

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1986

MONTAG, 29. DEZEMBER 1986

Nr. 52

Seite		Seite		Seite	
	Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		Der Hessische Sozialminister		Verordnung zur einstweiligen Sicher-
	Verleihung von Verdienstorden der Bun-		Durchführung der Ausbildungsstätten-		stellung des künftigen Naturschutzge-
	desrepublik Deutschland 2570		Kostenausgleichsverordnung gemäß		bietes „Callunaheide bei NeuhoF“ vom
	Der Hessische Minister des Innern		§ 17 Abs. 4 a KHG vom 20. 12. 1984;		3. 12. 1986: 2591
	Behandlung von Schadensersatzansprü-		hier: Einbeziehung der Ausgleichsbe-		Erklärung von Waldflächen in den Ge-
	chen des Landes Hessen gegen Beschäf-		träge in das Budget 1987 auf der Grund-		markungen Mörfelden, Walldorf, Kel-
	tigte des Landes 2570		lage der Vereinbarung zwischen der		sterbach, Raunheim, Rüsselsheimer
	Übersicht über die derzeit bestehenden		Hessischen Krankenhausgesellschaft		Wald und Haßloch, Landkreis Groß-Ge-
	Tarifverträge 2571		e. V. und den Krankenkassenverbänden		rau, sowie in der Gemarkung Flughafen
	Der Hessische Minister der Finanzen		vom 19. 4. 1984 2586		Frankfurt, Stadt Frankfurt am Main, zu
	Vorläufige Verwaltungsvorschriften zur		Personalnachrichten		Bannwald vom 5. 12. 1986 2592
	Landeshaushaltsordnung zu §§ 70, 71,		Im Bereich des Hessischen Ministers des		KASSEL
	74, 75, 78, 79 und 80 LHO 2585		Innern 2589		Verordnung über das Naturschutzgebiet
	Der Hessische Kultusminister		Die Regierungspräsidenten		„Sondertal und Talgraben bei Bad Wil-
	Genehmigung des Landeskirchensteuer-		DARMSTADT		dungen“ vom 9. 12. 1986 2596
	beschlusses der Evangelischen Kirche in		Ungültigkeitserklärungen von Polizei-		Hessischer Verwaltungsschulverband
	Hessen und Nassau für das Haushalts-		Dienstausweisen 2589		Fortbildungsprogramm 1987 des Ver-
	jahr 1987 2585		GIESSEN		waltungsseminars Wiesbaden 2597
	Genehmigung des Landeskirchensteuer-		Auflösung des Tierversicherungsvereins		Buchbesprechungen 2603
	beschlusses der Evangelischen Kirche		a. G. Hirzenhain, Lahn-Dill-Kreis. 2589		Öffentlicher Anzeiger 2606
	von Kurhessen-Waldeck für das Rech-		Bezirksdirektionen für Forsten und Na-		Öffentliche Ausschreibungen 2616
	nungsjahr 1987 2585		turschutz		Stellenausschreibungen 2616
	Der Hessische Minister für Umwelt und		DARMSTADT		
	Energie		Verordnung zur einstweiligen Sicher-		
	Anerkennung von Verbänden nach § 29		stellung des künftigen Naturschutzge-		
	des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20.		bietes „Theißtal“ vom 8. 12. 1986. 2589		
	12. 1976 2585				

Die zwölfte Folge 1986 der regelmäßig beigelegten, monatlich erscheinenden Beilage.

RECHTSPRECHUNG DER HESSISCHEN VERWALTUNGSGERICHTE

ist dieser Ausgabe des Staatsanzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt. Sie kann auch in einem Jahresabonnement zum Preis von 15,- DM plus Versandkosten zuzüglich 7 Prozent Mehrwertsteuer bezogen werden.

Bestellungen richten Sie bitte an:

VERLAG KULTUR UND WISSEN GMBH
WILHELMSTRASSE 42 · 6200 WIESBADEN · TELEFON 0 61 21 / 3 96 71

1286

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Verleihung von Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland

Der Herr Bundespräsident hat auf meinen Vorschlag an folgende besonders verdiente Frauen und Männer den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen:

Verdienstkreuz 1. Klasse

Meyer, Helmut, Ltd. Direktor, Darmstadt
Müller, Dr. jur. Karl Ludwig, Gießen

Verdienstkreuz am Bande

Arendt, Herbert, Verwaltungsangestellter a. D., Heinsberg
Feussner, Herbert, Amtsrat, Biedenkopf
Fuhrmann, Theodor, ehem. Angestellter, Höchst i. Odw.
Grebe, Heinrich, Geschäftsführer, Dautphetal
Herrigt, Herbert, kaufm. Angestellter, Heringen
Keck, Heinrich, Amtsrat a. D., Lorsch
Knapp, Dr. Bruno, Rechtsanwalt und Notar, Offenbach am Main
Koob, Ludwig, Prokurist, Lorsch
Kranz, Dr. med. Horst, Arzt und Geschäftsführer, Eschwege
Kunze, Heinz, Personalleiter, Stadtallendorf
Leinweber, Amand, Landwirt, Neuhof
Löffler, Horst August, ehem. Direktor, Biedenkopf

Pfeffer, August, Bürgermeister, Antriftal
Pieper, Fritz, Werkstoffprüfer, Fuldata
Rausch, Karoline, Hausfrau, Wiesbaden
Rehnelt, Franz, Leiter einer Generalversicherungsagentur, Rotenburg a. d. Fulda
Römer, Friedrich, Geschäftsleiter, Brombachtal
Schick, Peter, Maschinenbauingenieur, Wiesbaden
Strauss, Karl, ehem. kaufm. Angestellter, Solms
Vonderau, Aenne, Hausfrau, Fulda
Wannagat, Fritz, Amtsrat a. D., Wiesbaden
Wolpers, Marianne, Hausfrau, Wiesbaden
Zulauf, Heinrich, Dreher, Höchst i. Odw.

Verdienstmedaille

Engel, August, Verwaltungsangestellter a. D., Gudensberg
Heß, Heinrich, Schuhmachermeister, Homberg (Efze)
Ruhlandt, Adam, Techn. Bundesbahnbetriebsinspektor a. D., Wiesbaden
Steinborn, Rudolf, Polizeihauptmeister a. D., Wiesbaden
Unholz, Walter, ehem. kaufm. Angestellter, Wiesbaden

Wiesbaden, 8. Dezember 1986

Der Hessische Ministerpräsident
P 1 2 4 — 14 a 02/01

StAnz. 52/1986 S. 2570

1287

DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

Behandlung von Schadensersatzansprüchen des Landes Hessen gegen Beschäftigte des Landes

Bezug: Erlaß vom 28. Februar 1976 (StAnz. S. 522, 623)

Zur Haftung der Beamten, Richter und sonstigen im Landesdienst Beschäftigten für dem Land Hessen zugefügte Schäden wird im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen und dem Direktor des Landespersonalamts folgendes bestimmt:

1. Rechtsgrundlagen und Haftungsvoraussetzungen
 - 1.1 Ein Beschäftigter (Beamter, Richter, Angestellter oder Arbeiter) haftet grundsätzlich für den Schaden, den er dem Land durch schuldhaftes Verletzung der ihm obliegenden Pflichten zufügt (§ 91 HBG, § 2 HRiG, § 14 BAT, § 11 a MTL II).
 - 1.2 Der Schaden, für den der Beschäftigte haftet, kann beim Land entweder
 - 1.2.1 unmittelbar eingetreten (Eigenschaden) oder
 - 1.2.2 mittelbar dadurch entstanden sein, daß das Land für den unmittelbar bei einem Dritten eingetretenen Schaden Ersatz geleistet hat (Fremdschaden).
 - 1.3.1 Für Schäden, die ein Beschäftigter dem Land in Ausübung des ihm anvertrauten öffentlichen Amtes (also bei hoheitlicher Tätigkeit) unmittelbar zufügt, haftet er nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit (§ 91 Abs. 1 Satz 2 HBG, § 2 HRiG, § 14 BAT, § 11 a MTL II).
Zu den hoheitlichen Befugnissen gehört insbesondere jede Tätigkeit, die mit der Möglichkeit staatlichen Zwanges ausgestattet ist (z. B. bei Polizei-, Justiz- und Steuerbeamten), die Aufnahme öffentlicher Urkunden (z. B. von Verhandlungsniederschriften, Unterwerfungsverhandlungen sowie die Lehrtätigkeit an öffentlichen Schulen und die Lehr- und Forschungstätigkeit an öffentlichen Hochschulen).
 - 1.3.2 Hat der Beschäftigte das Land bei nicht hoheitlicher Tätigkeit unmittelbar geschädigt, so haftet er hierfür grundsätzlich unbeschränkt (§ 91 Abs. 1 Satz 1 HBG, § 2 HRiG, § 14 BAT, § 11 a MTL II, §§ 823, 276 BGB), also für Vorsatz und jede Fahrlässigkeit.
 - 1.4.1 Hat das Land einem Dritten Schadensersatz geleistet (Art. 34 GG, Art. 136 HV, § 839 BGB), weil ein Beschäftigter in Ausübung des ihm anvertrauten öffentlichen Amtes diesem einen Personenschaden, Sachschaden oder Vermögensschaden zugefügt hat (Amtspflichtverletzung), so ist der Rückgriff gegen den Beschäftigten nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit zulässig (Art. 34 Satz 2 GG, § 91 Abs. 2 HBG, § 14 BAT, § 11 a MTL II, §§ 276, 823 BGB).

Das gilt nach § 2 HRiG auch für Richter, sofern sie die Amtspflichtverletzung nicht bei einem Urteil in einer Rechtssache begangen haben; in diesem Falle haften Richter für den Schaden nur, wenn die Amtspflichtverletzung in einer Straftat besteht (§ 839 Abs. 2 Satz 1 BGB).

- 1.4.2 Hat das Land einem Dritten einen Schaden ersetzt, der diesem durch ein nicht hoheitliches Handeln eines Beschäftigten als verfassungsmäßig berufener Vertreter (§§ 89, 31 BGB) oder als Verrichtungs- oder Erfüllungsgehilfe (§§ 831, 278 BGB) zugefügt worden ist, so haftet der Beschäftigte dem Land hierfür grundsätzlich unbeschränkt (§ 91 Abs. 1 Satz 1 HBG, § 2 HRiG, § 14 BAT, § 11 a MTL II, §§ 823, 276 BGB), also für Vorsatz und jede Fahrlässigkeit.
- 1.5 Bei schadensgeneigter Tätigkeit haftet der Beschäftigte nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Schadensgeneigte Tätigkeit liegt vor, wenn auch dem sorgfältigsten Beschäftigten bei der Eigenart seiner Aufgaben mit großer Wahrscheinlichkeit gelegentliche vermeidbare Fehler unterlaufen, die — je für sich betrachtet — fahrlässig entstanden sind, mit denen aber als typischem Abirren wegen menschlicher Unzulänglichkeiten zu rechnen ist. Schadensgeneigte Tätigkeit üben vor allem Beschäftigte aus, solange sie ein Kraftfahrzeug im allgemeinen Straßenverkehr zu führen haben.
- 1.6 Die Haftung des Beschäftigten kann durch besondere gesetzliche Vorschriften (z. B. durch § 2 Abs. 2 Satz 4 PflVG) eingeschränkt sein.
2. Feststellung und Sicherung der Ansprüche
 - 2.1 Zuständig für die Bearbeitung der Schadensersatzansprüche und zur Entscheidung hierüber ist bei Beamten und Richtern grundsätzlich der Dienstvorgesetzte, bei Angestellten und Arbeitern die Beschäftigungsbehörde.
Da die einschlägigen Rechtsfragen oftmals schwierig sind, ist insbesondere bei der Prüfung der materiellen Haftungsvoraussetzungen ein Jurist zu beteiligen; gehört ein solcher der Behörde nicht an, ist die Zuständigkeit der nächsthöheren Behörde gegeben, bei der ein Jurist beschäftigt ist.
Zuständig für die Bearbeitung und Entscheidung der Schadensersatzansprüche bei Angehörigen der Wasserschutzpolizei, der Hessischen Polizeischule und der Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei ist der Regierungspräsident.
 - 2.2 Ist das Land durch Beschäftigte geschädigt worden, so hat die Behörde, in deren Bereich der Schaden entstanden ist, unverzüglich und unter besonderer Beachtung der Verjährungsfristen nach § 91 Abs. 3 HBG und der Ausschlussfristen nach § 70 BAT und § 72 MTL II

- 2.2.1 die Ursache und die Höhe des Schadens, die Zeit seiner Entstehung und die verantwortlichen Beschäftigten festzustellen;
- 2.2.2 etwaige Forderungen gegen andere Personen, die sich aus dem Schadensfall ergeben, zu sichern und ggf. beizutreiben;
- 2.2.3 die für den Schaden verantwortlichen Beschäftigten aufzufordern, sich schriftlich oder zur Niederschrift eines mit der Sachaufklärung beauftragten Beschäftigten zu äußern; auf Antrag der betroffenen Beschäftigten ist der Personalrat (§ 62 Abs. 2 HPVG), der Richterrat (§ 25 Abs. 2 HRiG) oder der Staatsanwaltsrat (§ 78 a HRiG) zu beteiligen;
- 2.2.4 die Schuldfrage sorgfältig zu prüfen; dabei sind die belastenden wie die entlastenden Umstände gleichermaßen zu erforschen und zu berücksichtigen; die für die Bearbeitung wesentlichen Gesichtspunkte sind in einem Aktenvermerk festzuhalten;
- 2.2.5 den Fall in straf- und disziplinarrechtlicher Hinsicht zu prüfen.
3. Geltendmachung und Durchsetzung der Ansprüche
- 3.1 Für die Zuständigkeiten zur Geltendmachung und Durchsetzung der Ansprüche gilt Nr. 2.1 entsprechend, sofern sich aus § 182 HBG (§ 126 BRRG) nichts anderes ergibt.
- 3.2 Liegen die Haftungsvoraussetzungen vor, so ist der Schadensersatzanspruch gegenüber den ersatzpflichtigen Beschäftigten geltend zu machen. § 59 LHO und die Verwaltungsvorschriften hierzu sind auch bei Schadensersatzansprüchen des Landes gegen seine Beschäftigten anzuwenden, soweit diese keinen Anspruch gegen einen privaten Versicherer auf Freistellung von Rückgriffsforderungen haben. Wenn die mit der Bearbeitung von Schadensfällen beauftragten Beschäftigten ihre Pflichten nicht ordnungsgemäß erfüllen, können auch sie zum Schadensersatz herangezogen werden.
- 3.3 Ergeben sich aus dem Schadensfall auch Forderungen gegen andere Personen, sind diese regelmäßig zunächst geltend zu machen.
- 3.4 Nach abschließender Anhörung ist dem Beschäftigten die Entscheidung über seine Heranziehung zum Schadensersatz schriftlich unter Darlegung des Sachverhalts mitzuteilen. Dabei ist ihm Gelegenheit zu geben, den Ersatzanspruch schriftlich anzuerkennen. Geschieht dies nicht, so hat der Dienstherr
- 3.4.1 bei Rückgriffsforderungen wegen Amtspflichtverletzungen von Beamten oder Richtern (Nr. 1.4.1) vor dem zuständigen ordentlichen Gericht Klage zu erheben (Art. 34 GG); in anderen Schadensfällen ist ein Heranziehungsbekleid (Leistungsbescheid) zu erlassen, mit Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und zuzustellen; gegen den Bescheid ist Widerspruch mit anschließender Klage im Verwaltungsstreitverfahren gegeben (§ 182 HBG, § 126 BRRG, §§ 68 ff. VwGO);
- 3.4.2 bei Schadensersatzansprüchen gegen Angestellte und Arbeiter vor dem zuständigen Arbeitsgericht Klage zu erheben.
- 3.5 Haftet ein Beschäftigter für einen schuldhaft verursachten Fehlbestand am öffentlichen Vermögen, so ist nach den Vorschriften des Erstattungsgesetzes vom 18. April 1937 (GVBl. II 320-34 = RGBl. I S. 461) und der Durchführungsverordnung dazu vom 29. Juni 1937 (GVBl. II 320-35 = RGBl. I S. 723) zu verfahren.
- 3.6 Ersatzansprüche sind möglichst durch Aufrechnung und Einbehaltung der Bezüge geltend zu machen. Gegen unpfändbare Teile der Bezüge kann jedoch nur aufgerechnet werden, wenn ein Anspruch wegen vorsätzlicher unerlaubter Handlung besteht (§ 11 BBesG, § 14 BAT, § 11 a MTL II, §§ 387 ff. BGB). Die Ersatzleistungen sind bei Titel 119 46, ggf. außerplanmäßig, nachzuweisen.
- 3.7 Der Schadensersatzanspruch ist ggf. in einer Form geltend zu machen, die die Verjährung (§ 91 Abs. 3 HBG) unterbricht.
- 3.8 Sind mehrere Beschäftigte für denselben Schaden ersatzpflichtig, so ist jeder von ihnen nach seinem Beteiligungs-

verhältnis gesondert zu behandeln. Übersteigen dabei die auf die einzelnen Ersatzpflichtigen entfallenden einziehbaren Beträge den Schadensbetrag, so sind sie anteilig zu kürzen.

4. Die Richtlinien für die Schadensabwicklung bei Unfällen von Kraftfahrzeugen oder Anhängern, deren Eigentümer oder Halter das Land Hessen ist (Kfz-Unfallrichtlinien), vom 17. Mai 1978 (StAnz. S. 1081), geändert durch Erlaß vom 4. September 1981 (StAnz. S. 1825), bleiben unberührt.
5. Die Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich des Ministers der Justiz vom 17. November 1978 (StAnz. S. 2051, 2473), geändert durch Anordnung vom 12. Februar 1985 (StAnz. S. 456), und die dazu ergangenen Ausführungsvorschriften vom 29. September 1978 (StAnz. S. 2053) bleiben unberührt.
6. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, die vorstehenden Grundsätze für ihren Bereich anzuwenden. Die Vorschriften der §§ 77 Abs. 1 HGO und 50 HKO bleiben unberührt.
7. Mein Erlaß vom 28. Februar 1976 wird aufgehoben.

Wiesbaden, 9. Dezember 1986

Der Hessische Minister des Innern

I B 1 — 8 b 42 — 031

— Gült.-Verz. 3200 —

StAnz. 52/1986 S. 2570

1288

Übersicht über die derzeit bestehenden Tarifverträge

Bezug: Meine Bekanntmachung vom 17. Dezember 1985 (StAnz. S. 2383)

Nachstehend veröffentliche ich eine Neufassung der Übersicht über die derzeit für den Bereich der Landesverwaltung maßgebenden Tarifverträge einschließlich der Satzung der VBL.

Die für die Waldarbeiter des Landes maßgebenden tariflichen Regelungen sind nicht aufgeführt, da sie bereits vollständig in dem vom Hessischen Minister für Landwirtschaft und Forsten herausgegebenen „Tariferlaß-Handbuch“ enthalten sind, das allen Dienststellen der Staatsforstverwaltung vorliegt.

Zum Verständnis der nachstehenden Übersicht bemerke ich folgendes:

- a) Die Zusammenstellung ist nach den Gliederungsnummern des Gültigkeitsverzeichnisses geordnet. Bekanntmachungen, die vom Inhalt her mehreren Sachgebieten zugeordnet werden können, sind nur einmal — und zwar jeweils unter der niedrigsten Gliederungsnummer — aufgeführt.
- b) Bei der angegebenen Fundstelle handelt es sich — wenn nichts anderes ausdrücklich vermerkt ist — stets um den Staatsanzeiger für das Land Hessen. Die in Klammern aufgeführten Erlaßdaten bzw. Fundstellen beziehen sich auf Wiederinkraftsetzungen.
- c) Bekanntgebende oberste Dienstbehörde ist bis zum 31. Dezember 1969 der Hessische Minister der Finanzen gewesen. Seit dem 1. Januar 1970 erfolgt die Bekanntgabe ausschließlich durch mich.
- d) Tarifverträge mit erfahrungsgemäß kurzer Geltungsdauer (wie z. B. Lohn- oder Vergütungstarifverträge) sind nicht aufgeführt, es sei denn, daß Entgeltregelungen in Form von Änderungsverträgen zu den jeweiligen Rahmentarifverträgen vereinbart worden sind. In diesen Fällen ist die derzeit gültige Entgeltregelung mit aufgeführt.

Wiesbaden, 10. Dezember 1986

Der Hessische Minister des Innern

I B 43 — P 2000 A — 116

StAnz. 52/1986 S. 2571

Gliederungs-Nr. 3200 Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
<p>Tarifverträge vom 1. Januar 1967 zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwester und Lernpfleger sowie der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 12. Dezember 1968 zum TV-Lernschwestern und Lernpfleger ÄndTve vom 16. März 1974 ÄndTve vom 12. Juni 1974 ÄndTve vom 7. November 1974 ÄndTve vom 17. März 1975 ÄndTve vom 17. Mai 1976 ÄndTve vom 16. März 1977 ÄndTve vom 30. März 1979 ÄndTve vom 18. April 1980 ÄndTve vom 20. Juni 1983 ÄndTve vom 12. Dezember 1984 ÄndTve vom 28. Februar 1986</p>	<p>23. 2. 1967</p> <p>17. 4. 1969</p> <p>18. 3. 1974</p> <p>31. 7. 1974</p> <p>15. 1. 1975</p> <p>18. 3. 1975</p> <p>10. 5. 1976</p> <p>25. 3. 1977</p> <p>3. 14. 1979</p> <p>5. 5. 1980</p> <p>11. 7. 1983</p> <p>27. 12. 1984</p> <p>27. 3. 1986</p>	<p>S. 330</p> <p>S. 772</p> <p>S. 620</p> <p>S. 1511</p> <p>S. 180</p> <p>S. 565</p> <p>S. 993</p> <p>S. 805</p> <p>S. 880</p> <p>S. 1021</p> <p>S. 1474</p> <p>1985 S. 90</p> <p>S. 830</p>	<p>ÄndTV vom 17. März 1975</p> <p>ÄndTV vom 17. Mai 1976</p> <p>ÄndTV vom 16. März 1977</p> <p>ÄndTV vom 30. März 1979</p> <p>ÄndTV vom 18. April 1980</p> <p>ÄndTV vom 20. Juni 1983</p> <p>ÄndTV vom 12. Dezember 1984</p> <p>ÄndTV vom 28. Februar 1986</p>	<p>18. 3. 1975</p> <p>10 5. 1976</p> <p>25. 3. 1977</p> <p>2. 4. 1979</p> <p>12. 5. 1980</p> <p>1. 7. 1983</p> <p>27. 12. 1984</p> <p>25. 3. 1986</p>	<p>S. 564</p> <p>S. 991</p> <p>S. 802</p> <p>S. 878</p> <p>S. 1023</p> <p>S. 1474</p> <p>1985 S. 90</p> <p>S. 813</p>
<p>Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden, vom 28. Februar 1986</p>	<p>23. 12. 1970</p>	<p>1971 S. 102</p>	<p>Tarifvertrag vom 17. Dezember 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und des Erziehungsdienstes</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 12. Mai 1971 ÄndTV vom 16. März 1974 ÄndTV vom 12. Juni 1974 ÄndTV vom 7. November 1974 ÄndTV vom 17. März 1975 ÄndTV vom 17. Mai 1976 ÄndTV vom 16. März 1977 ÄndTV vom 18. April 1980 ÄndTV vom 17. Mai 1982 ÄndTV vom 20. Juni 1983 ÄndTve vom 12. Dezember 1984 ÄndTve vom 28. Februar 1986</p>	<p>16. 8. 1971</p> <p>18. 3. 1974</p> <p>31. 7. 1974</p> <p>15. 1. 1975</p> <p>18. 3. 1975</p> <p>10. 5. 1976</p> <p>25. 3. 1977</p> <p>7. 5. 1980</p> <p>27. 5. 1982</p> <p>1. 7. 1983</p> <p>27. 12. 1984</p> <p>25. 3. 1986</p>	<p>S. 1459</p> <p>S. 619</p> <p>S. 1511</p> <p>S. 180</p> <p>S. 564</p> <p>S. 992</p> <p>S. 804</p> <p>S. 1024</p> <p>S. 1122</p> <p>S. 1474</p> <p>1985 S. 90</p> <p>S. 813</p>
<p>Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe vom 28. Januar 1970</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 17. Dezember 1970 ÄndTV vom 19. Januar 1972 ÄndTV vom 16. März 1974 ÄndTV vom 12. Juni 1974</p>	<p>16. 2. 1970</p> <p>22. 12. 1970</p> <p>24. 1. 1972</p> <p>18. 3. 1974</p> <p>31. 7. 1974</p>	<p>S. 445</p> <p>1971 S. 10</p> <p>S. 268</p> <p>S. 618</p> <p>S. 1511</p>	<p>Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 6. Dezember 1974</p> <p><u>geändert durch:</u> 1. ÄndTV vom 25. November 1975 2. ÄndTV vom 28. April 1978</p>	<p>17. 1. 1975</p> <p>28. 8. 1975</p> <p>8. 10. 1975</p> <p>8. 3. 1976</p> <p>20. 7. 1977</p> <p>14. 7. 1978</p>	<p>S. 176</p> <p>S. 1754</p> <p>S. 1973</p> <p>S. 588</p> <p>S. 1572</p> <p>S. 1531</p>

Gliederungs-Nr. 3200, 3202, 3203 Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende vom 17. Dezember 1970	24.12.1970	1971 S. 91	Bundes-Angestelltentarifvertrag vom 23. Februar 1961	28. 2.1961	S. 332
geändert durch: TV vom 19. Januar 1972 betreffend das Wiederinkrafttreten der Tve über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende	21. 1.1972	S. 270	i. d. F. der ÄndTve Nr. 1 bis 30 wieder in Kraft gesetzt durch den 31. ÄndTV vom 18. Oktober 1973	19.12.1973	1974 S. 98
TV vom 16. Februar 1973 betreffend das Wiederinkrafttreten der Tve über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte und Auszubildende	16. 2.1973	S. 439	geändert durch: 32. ÄndTV vom 16. März 1974	18. 3.1974 4. 4.1974	S. 603 S. 862
ÄndTV Nr. 2 vom 6. Dezember 1974 zum TV über vermögenswirksame Leistungen an Auszubildende	6. 2.1975	S. 331	33. ÄndTV vom 12. Juni 1974	31. 7.1974 23.12.1974	S. 1492 1975 S. 79
TV betreffend das Wiederinkrafttreten der Tve über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende vom 16. März 1977	29. 3.1977	S. 810	34. ÄndTV vom 24. Juli 1974 35. Änd TV vom 4. Oktober 1974	23. 9.1974 25.11.1974	S. 1827 S. 2218
Tve vom 18. April 1980 zur Änderung der Tve über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende	19. 5.1980	S. 1025	36. ÄndTV 7. November 1974 37. ÄndTV vom 17. März 1975	15. 1.1975 24. 4.1975 11. 3.1976	S. 173 S. 818 S. 589 S. 225
Tve über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende	30. 1.1984	S. 411	38. ÄndTV vom 24. Juni 1975 39. ÄndTV vom 23. Juli 1975	12. 8.1975 22.10.1975	S. 1610 S. 2034
ÄndTV Nr. 3 vom 28. Februar 1986 zum TV über vermögenswirksame Leistungen an Auszubildende	27. 3.1986	S. 830	40. ÄndTV vom 16. Dezember 1975 41. ÄndTV vom 1. Dezember 1976 42. ÄndTV vom 16. März 1977 43. ÄndTV vom 28. April 1978 44. ÄndTV vom 13. Oktober 1978 45. ÄndTV vom 31. Oktober 1979	26. 2.1976 14. 2.1977 25. 3.1977 14. 7.1978 12.12.1978 6. 2.1980	S. 475 S. 559 S. 787 S. 1540 1979 S. 3 S. 370, 1490 1983 S. 1098
			46. ÄndTV vom 18. April 1980 47. ÄndTV vom 1. Juli 1981 48. ÄndTV vom 7. Oktober 1981 49. ÄndTV vom 17. Mai 1982	7. 5.1980 7. 8.1981 22. 2.1982 28. 5.1982	S. 1061 S. 1687 S. 544 S. 1137, 1226 1450, 1617
			50. ÄndTV vom 22. November 1982 51. ÄndTV vom 20. Juni 1983 52. ÄndTV vom 31. August 1984 53. ÄndTV vom 12. Dezember 1984 54. ÄndTV vom 21. April 1986	20.12.1982 6. 7.1983 17.12.1984 17. 1.1985 5. 6.1986	1983 S. 2 S. 1504 1985 S. 6 S. 266 S. 1278

<u>Tarifverträge</u>	<u>Erlaßdatum</u>	<u>Fundstelle (StAnz.)</u>	<u>Tarifverträge</u>	<u>Erlaßdatum</u>	<u>Fundstelle (StAnz.)</u>
Vergütungsordnung zum BAT vom 23. Februar 1961 (Anlagen 1a und 1b) wieder in Kraft gesetzt durch den 37. ÄndTV vom 17. März 1975	24. 4. 1975 11. 3. 1976 6. 1. 1977	S. 818 S. 589 S. 225	Tarifvertrag zu § 71 BAT betreffend Be- sitzstandswahrung vom 23. Februar 1961 geändert durch: TV vom 21. Januar 1974 über das Wieder- inkraftsetzen des TV zu § 71 BAT ÄndTV vom 7. November 1974 TV vom 10. April 1981 über das Wieder- inkraftsetzen des TV zu § 71 BAT	28. 2. 1961 5. 6. 1974 15. 11. 1975 3. 6. 1981	S. 332 S. 1146 S. 173 S. 1314
<u>zusätzlich geändert durch:</u> TV zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT (Neufassung der Fallgruppe 1) vom 24. Juni 1975	31. 7. 1975 27. 8. 1975 13. 10. 1975 5. 4. 1976	S. 1506 S. 1717 S. 1972 S. 745			
TV zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT (Bezügerechner) vom 28. April 1978	19. 7. 1978	S. 1534	Tarifvertrag über den Rationalisierungs- schutz für Angestellte vom 29. Oktober 1971	16. 2. 1972 24. 8. 1977	S. 492 S. 1827
TV zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT vom 28. September 1978	24. 11. 1978	S. 2537	geändert durch: ÄndTV vom 18. Oktober 1973 ÄndTV Nr. 2 vom 12. Juni 1974	12. 12. 1973 31. 7. 1974	1974 S. 3 S. 1503
TV zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT vom 6. Februar 1979	19. 3. 1979	S. 722, 914			
TV zur Änderung und Ergänzung der An- lage 1 a zum BAT (Angestellte in den Steuerverwaltungen) vom 30. März 1979	26. 6. 1979	S. 1500	Tarifvertrag vom 19. März 1981 (über die Zuteilung der Bereitschaftsdienste des Krankenpflegepersonals usw. zu den Stu- fen gem. Nr. 6 Abschnitt B Abs. 5 SR 2 a BAT)	.7. 4. 1981	S. 938
TV zur Änderung und Ergänzung der An- lage 1 a zum BAT (Schwimmeister und Schwimmeistergehilfen) vom 18. Februar 1981	3. 6. 1980	S. 1091			
TV zur Änderung und Ergänzung der An- lage 1 a zum BAT (Angestellte in Nah- verkehrsbetrieben) vom 11. Juni 1981	15. 4. 1981	S. 1018	Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte vom 17. Mai 1982	28. 5. 1982	S. 1133
Ergänzung von Teil IV Abschn. D der Anlage 1 a zum BAT vom 7. Juli 1981	2. 10. 1981	S. 1975	geändert durch: ÄndTV Nr. 1 vom 20. Juni 1983 ÄndTV Nr. 2 vom 4. November 1983 ÄndTV Nr. 3 vom 28. Februar 1986	7. 7. 1983 11. 4. 1984 25. 3. 1986	S. 1504 S. 878 S. 813
TV zur Änderung und Ergänzung der An- lage 1 a zum BAT (Angestellte an Thea- tern und Bühnen) vom 17. Mai 1982	22. 2. 1982	S. 544			
TV zur Änderung und Ergänzung der An- lage 1 a zum BAT (Angestellte in der Da- tenverarbeitung) vom 4. November 1983	28. 5. 1982	S. 1178			
TV zur Änderung und Ergänzung der Anlage	9. 4. 1984	S. 858, 979			

<u>Tarifverträge</u>	<u>Erlaßdatum</u>	<u>Fundstelle (StAnz.)</u>	<u>Tarifverträge</u>	<u>Erlaßdatum</u>	<u>Fundstelle (StAnz.)</u>
<p>Normalvertrag Solo vom 1. Mai 1924 i. d. F. des Tarifvertrages vom 8. Dezember 1970</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 17. November 1972 ÄndTV vom 3. Dezember 1974 ÄndTV vom 24. Mai 1984</p>	<p>23. 2. 1971</p> <p>19. 2. 1973</p> <p>23. 12. 1974</p> <p>8. 8. 1984</p>	<p>S. 442</p> <p>S. 480</p> <p>1975 S. 78</p> <p>S. 1607</p>	<p>Tarifvertrag über zusätzlichen Mutter- schutz vom 17. Mai 1976 (Bühnen)</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 11. Mai 1979 ÄndTV vom 9. Juni 1980 TV vom 9. Januar 1982 zur Wiederin- kraftsetzung des TV vom 17. Mai 1976</p>	<p>19. 10. 1976</p> <p>13. 8. 1979</p> <p>22. 7. 1980</p> <p>23. 14. 1982</p>	<p>S. 1956</p> <p>S. 1795</p> <p>S. 1419</p> <p>S. 918</p>
<p>Tarifvertrag für technische Angestellte mit künstlerischer oder überwiegend künstlerischer Tätigkeit an Bühnen - Bühnentechnikertarifvertrag - vom 25. Mai 1961</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 19. Dezember 1967 ÄndTV vom 30. November 1970 ÄndTV vom 10. November 1971 TV vom 6. März 1972 zur Neufassung des ÄndTV vom 10. November 1971 ÄndTV vom 15. Oktober 1974 ÄndTV vom 16. Mai 1978 ÄndTV vom 24. Mai 1984 ÄndTV vom 27. November 1984</p>	<p>15. 10. 1963 (25. 1. 1974)</p> <p>16. 8. 1968</p> <p>11. 1. 1971</p> <p>15. 12. 1971</p> <p>19. 6. 1972</p> <p>15. 11. 1974</p> <p>22. 5. 1978</p> <p>8. 8. 1984</p> <p>19. 4. 1985</p>	<p>S. 1248 (S. 260)</p> <p>S. 1385</p> <p>S. 187</p> <p>1972 S. 42</p> <p>S. 1195</p> <p>S. 2225</p> <p>S. 1162</p> <p>S. 1607</p> <p>S. 854</p>	<p>Tarifvertrag über die Mitteilungspflicht vom 23. November 1977</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 9. Juni 1980</p> <p>Normalvertrag Chor vom 11. Mai 1979</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 5. Mai 1980 ÄndTV vom 21. Dezember 1981/ 9. Januar 1982 ÄndTV Nr. 3 vom 27. Oktober 1982 ÄndTV Nr. 4 vom 23. Januar 1985</p>	<p>20. 12. 1978</p> <p>22. 7. 1980</p> <p>13. 8. 1979</p> <p>22. 7. 1980</p> <p>23. 4. 1982</p> <p>19. 7. 1982</p> <p>22. 2. 1983</p> <p>17. 4. 1985</p>	<p>S. 546</p> <p>S. 1419</p> <p>S. 1786</p> <p>S. 1420</p> <p>S. 919</p> <p>S. 1427</p> <p>S. 692</p> <p>S. 851</p>
<p>Tarifvertrag über ein Sterbegeld vom 17. Mai 1976 (Bühnen)</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 11. Mai 1979 ÄndTV vom 9. Juni 1980 ÄndTV vom 12. März 1981</p>	<p>19. 10. 1976</p> <p>13. 8. 1979</p> <p>22. 7. 1980</p> <p>9. 7. 1981</p>	<p>S. 1996</p> <p>S. 1795</p> <p>S. 1419</p> <p>S. 1510</p>	<p>Tarifvertrag über die Bildung und die Aufgaben des Opernchorvorstandes (TV-Opernchorvorstand) vom 27. September 1972</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 11. Mai 1979 TV zur Wiederinkraftsetzung vom 21. Dezember 1981/9. Januar 1982 TV zur Wiederinkraftsetzung vom 23. Januar 1985</p>	<p>2. 4. 1973</p> <p>13. 8. 1979</p> <p>22. 2. 1983</p> <p>17. 4. 1985</p>	<p>S. 747</p> <p>S. 1795</p> <p>S. 692</p> <p>S. 851</p>

<u>Tarifverträge</u>	<u>Erlaßdatum</u>	<u>Fundstelle (StAnz.)</u>	<u>Tarifverträge</u>	<u>Erlaßdatum</u>	<u>Fundstelle (StAnz.)</u>
Normalvertrag Tanz vom 9. Juni 1980 geändert durch: ÄndTV Nr. 1 vom 23. Januar 1985	22. 7. 1980 17. 4. 1985	S. 1410 S. 851	6. ÄndTV vom 11. März 1985 7. ÄndTV vom 11. März 1986	11. 3. 1985 27. 3. 1986	S. 482 S. 837
Tarifvertrag für die Musiker in Kultur- orchestern (TVK) vom 1. Juli 1971 geändert durch: ÄndTV vom 4. Februar 1974 ÄndTV Nr. 2 vom 3. Dezember 1974 ÄndTV Nr. 3 vom 26. Januar 1978 ÄndTV Nr. 4 vom 15. Mai 1979 ÄndTV Nr. 5 vom 11. Juni 1981 ÄndTV Nr. 6 vom 14. September 1981 ÄndTV Nr. 7 vom 18. Mai 1982	26. 10. 1971 12. 2. 1975 12. 2. 1975 14. 7. 1978 14. 8. 1979 31. 8. 1981 20. 11. 1981 22. 6. 1982	S. 1829 S. 372 S. 372 S. 1544 S. 1797 S. 1791 S. 2321 S. 1278	Tanzgruppen-Gagentarifvertrag vom 14. Mai 1979 geändert durch: ÄndTV vom 9. Juni 1980 ÄndTV vom 23. März 1984 ÄndTV Nr. 2 vom 13. Dezember 1984 ÄndTV Nr. 3 vom 11. März 1986	13. 8. 1979 22. 7. 1980 18. 5. 1984 11. 2. 1985 27. 3. 1986	S. 1796 S. 1419 S. 1109 S. 482 S. 837
Tarifvertrag über die Bildung und die Aufgaben des Orchestervorstandes vom 1. Juli 1971 geändert durch: ÄndTV vom 15. Mai 1979	26. 10. 1971 14. 8. 1979	S. 1829 S. 1797	Tarifverträge vom 26. Januar 1971 über vermögenswirksame Leistungen an Bühnenmitglieder, Tanzgruppenmitglieder und Chormitglieder geändert durch: ÄndTV vom 5. Mai 1980	15. 2. 1971 2. 6. 1980 10. 7. 1980	S. 412 S. 1100 S. 1322
Anpassungsrahmentarifvertrag vom 3. Juni 1966 i. d. F. des ÄndTV vom 24. Oktober 1973	1. 11. 1977	S. 2235	Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Orchestermusiker vom 5. April 1971 geändert durch: TV vom 27. Januar 1972 betreffend das Wiederinkrafttreten des TV vom 5. April 1971 TV vom 30. März 1977 über die Wieder- inkraftsetzung des TV vom 5. April 1971 ÄndTV vom 6. Mai 1980	19. 4. 1971 7. 2. 1972 29. 6. 1977 9. 6. 1980	S. 748 S. 412 S. 1430 S. 1102
Chorgagentarifvertrag vom 16. Februar 1979 geändert durch: TV zur Wiederinkraftsetzung vom 27. Oktober 1982 5. ÄndTV vom 28. Juni 1983 TV zur Wiederinkraftsetzung vom 25. November 1983	2. 3. 1979 22. 2. 1983 8. 7. 1983 14. 3. 1984	S. 595 S. 692 S. 1508 S. 684			

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Gliederungs-Nr. 3202, 3203 Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
<p>Tarifvereinbarung für die Bühnenschiedsgerichte vom 1. Oktober 1948 i. d. F. vom 1. Juni 1960</p> <p>geändert durch:</p> <p>ÄndTV vom 24. November 1966</p> <p>ÄndTV vom 8. Februar 1967</p> <p>TV vom 1. November 1971 (Wiederinkraftsetzung)</p> <p>ÄndTV vom 25. November 1983</p> <p>ÄndTV vom 24. Mai 1984</p>	<p>30. 8. 1960</p> <p>1. 2. 1967</p> <p>8. 4. 1969</p> <p>20. 3. 1967</p> <p>15. 12. 1971</p> <p>29. 12. 1977</p> <p>14. 3. 1984</p> <p>8. 8. 1984</p>	<p>S. 1122</p> <p>S. 245</p> <p>S. 680</p> <p>S. 429</p> <p>1972 S. 3</p> <p>1978 S. 137</p> <p>S. 288</p> <p>S. 1607</p>	<p>Tarifverträge über die Bewertung der Personalunterkünfte für Angestellte bzw. Arbeiter vom 16. März 1974</p> <p>geändert durch:</p> <p>ÄndTV vom 7. November 1974</p> <p>ÄndTV vom 14. November 1977</p> <p>ÄndTV vom 6. Februar 1979</p>	<p>18. 3. 1974</p> <p>21. 5. 1976</p> <p>28. 15. 1975</p> <p>28. 12. 1977</p> <p>7. 3. 1979</p>	<p>S. 604</p> <p>S. 1079</p> <p>S. 1042</p> <p>1978 S. 136</p> <p>S. 597</p>
<p>Tarifvertrag vom 30. März 1977 über die Bühnenschiedsgerichtsbarkeit für Opernhörschüler i. d. F. des ÄndTV vom 29. September 1977</p> <p>geändert durch:</p> <p>ÄndTV vom 20. Januar 1981</p> <p>ÄndTV vom 23. Januar 1985</p>	<p>28. 12. 1977</p> <p>15. 4. 1981</p> <p>17. 4. 1985</p>	<p>1978 S. 137</p> <p>S. 1021</p> <p>S. 851</p>	<p>Tarifverträge über Zulagen an Angestellte bzw. Arbeiter bei den Sicherheitsdiensten der Länder vom 9. Februar 1978</p>	<p>6. 3. 1978</p>	<p>S. 620</p>

Gliederungs-Nr. 3203 Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 27. Februar 1964.	10. 3. 1964 01. 4. 1964 17. 4. 1964	S. 383 S. 507 S. 628	Tarifvertrag zu § 73 MTL II betr. Be- sitzstandswahrung vom 27. November 1964 <u>geändert durch:</u> ÄndTV Nr. 5 zum MTL II vom 2. Dezember 1965 ÄndTV Nr. 10 zum MTL II vom 7. Februar 1968	17. 4. 1964	S. 628
i. d. F. der ÄndTVe Nr. 1 bis 20 wieder in Kraft gesetzt durch den 21. ÄndTV vom 29. November 1972	8. 1. 1973	S. 179	<u>geändert durch:</u> ÄndTV Nr. 22 vom 18. Oktober 1973 ÄndTV Nr. 23 vom 16. März 1974 ÄndTV Nr. 24 vom 12. Juni 1974 ÄndTV Nr. 25 vom 24. Juli 1974 ÄndTV Nr. 26 vom 7. November 1974 ÄndTV Nr. 27 vom 17. März 1975 ÄndTV Nr. 28 vom 16. Dezember 1975 ÄndTV Nr. 29 vom 1. Dezember 1976 ÄndTV Nr. 30 vom 16. März 1977	18. 12. 1973 18. 3. 1974 31. 7. 1974 8. 10. 1974 15. 1. 1975 28. 5. 1975 26. 2. 1976 3. 2. 1977 25. 3. 1977	S. 290, 366 (1977 S. 14) S. 691 (S. 2085) S. 1734
ÄndTV Nr. 31 vom 28. April 1978 ÄndTV Nr. 32 vom 13. Oktober 1978 ÄndTV Nr. 33 vom 31. Oktober 1979 ÄndTV Nr. 34 vom 29. Januar 1980 ÄndTV Nr. 35 vom 18. April 1980 ÄndTV Nr. 36 vom 1. Juli 1981 ÄndTV Nr. 37 vom 17. Mai 1982	14. 7. 1978 11. 12. 1978 11. 2. 1980 22. 4. 1980 29. 5. 1980 7. 8. 1981 28. 5. 1982	S. 603 S. 1503 S. 1924 S. 175 S. 1043 S. 478, 871 S. 480, 603 S. 788 S. 1532 1979 S. 4 S. 377 S. 834 S. 1062 S. 1687 S. 1137, 1226 1450, 1617 1983 S. 77	Tarifvertrag über das Lohngruppenver- zeichnis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 11. Juli 1966 i. d. F. des ÄndTV Nr. 6 vom 19. Juni 1975 <u>geändert durch:</u> ÄndTV Nr. 7 vom 10. September 1980 (Neufassung-Lohngruppenverzeichnis)	8. 9. 1975 27. 11. 1980 17. 3. 1981	S. 1549 S. 2327, 1981 S. 476 S. 810
ÄndTV Nr. 38 vom 8. Dezember 1982 ÄndTV Nr. 39 vom 20. Juni 1983 ÄndTV Nr. 40 vom 31. August 1984 ÄndTV Nr. 41 vom 12. Dezember 1984	21. 12. 1982 6. 7. 1983 17. 12. 1984 17. 1. 1985	S. 1505 1985 S. 6 S. 266	Tarifvertrag zur Ergänzung des Tarif- vertrages über das Lohngruppenverzeich- nis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 11. Juli 1966 i. d. F. des ÄndTV vom 19. Juni 1975 <u>geändert durch:</u> ÄndTV Nr. 2 vom 17. Mai 1976	8. 8. 1975 10. 5. 1976	S. 1549 S. 985

Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
<p>Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen vom 10. Februar 1965</p> <p>i. d. F. des 12. ÄndTV vom 7. November 1974</p>	28. 4. 1975	S. 881	<p>Tarifvertrag zur Ergänzung des Tarifvertrages über die Lohnzuschläge gem. § 29 MTL II für Arbeiter des Landes Hessen vom 9. Oktober 1963</p>	25.11.1963 (17. 1.1974)	S. 1368 (S. 210)
<p><u>geändert durch:</u></p>	10. 5. 1976 18. 8. 1976	S. 989 S. 1572	<p>ÄndTV Nr. 1 vom 15. Januar 1970</p>	4. 3. 1970 (20. 3. 1981)	S. 622 (S. 838)
<p>15. ÄndTV vom 16. März 1977</p>	21. 3. 1977	S. 799	<p>Tarifvertrag vom 25. Juni 1964 (Regelung der Arbeitsbedingungen des Abendpersonals bei den staatlichen Theatern)</p>	28. 7. 1964	S. 1006
<p>20. ÄndTV vom 17. Mai 1982</p>	27. 5. 1982	S. 1122	<p><u>geändert durch:</u></p>	14. 10. 1966	S. 1424
<p>21. ÄndTV vom 20. Juni 1983</p>	1. 7. 1983	S. 1474	<p>ÄndTV vom 26. August 1966</p>	10. 12. 1970	S. 2439
<p>22. ÄndTV vom 17. Oktober 1983</p>	27. 12. 1983	1984 S. 146	<p>ÄndTV vom 25. November 1970</p>	3. 3. 1975	S. 460
<p>23. ÄndTV vom 31. August 1984</p>	17. 12. 1984	1985 S. 6	<p>ÄndTV vom 23. Dezember 1974</p>		
<p>24. ÄndTV vom 12. Dezember 1984</p>	27. 12. 1984	1985 S. 90			
<p>25. ÄndTV vom 28. Februar 1986</p>	25. 3. 1986	S. 813			
<p>Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gem. § 29 MTL II (TVZ zum MTL) vom 9. Oktober 1963</p>	25.11.1963 (17. 1.1974)	S. 1368 (S. 210)	<p>Tarifvertrag über den Rationalisierungsschutz für Arbeiter des Bundes und der Länder vom 29. Oktober 1971</p>	16. 2. 1972 24. 8. 1977	S. 492 S. 1827
<p><u>geändert durch:</u></p>	12. 4. 1965 (7. 11. 1975)	S. 477 (S. 2111)	<p><u>geändert durch:</u></p>	12. 12. 1973	1974 S. 3
<p>ÄndTV Nr. 1 vom 9. März 1965</p>	28. 3. 1966	S. 521	<p>ÄndTV vom 18. Oktober 1973</p>	15. 1. 1975	S. 184
<p>ÄndTV Nr. 6 zum MTL II vom 21. Januar 1966</p>	3. 11. 1967 18. 7. 1968	S. 1481 S. 1172	<p>ÄndTV Nr. 2 vom 7. November 1974</p>		
<p>ÄndTV Nr. 2 vom 5. Oktober 1967</p>	4. 3. 1970 (20. 3. 1981)	S. 622 (S. 838)	<p>Tarifvertrag über Zulagen an Arbeiter bei Justizvollzugsanstalten vom 27. November 1975</p>	31. 3. 1976	JMBl. S. 198
<p>ÄndTV Nr. 3 vom 15. Januar 1970</p>	2. 9. 1970	S. 1832			
<p>ÄndTV Nr. 18 zum MTL II vom 5. August 1970</p>	27. 12. 1972	1973 S. 78			
<p>ÄndTV Nr. 4 vom 27. Oktober 1972</p>	9. 7. 1973	S. 1314			
<p>ÄndTV Nr. 5 vom 7. Juni 1973</p>	16. 11. 1973	S. 2179	<p>Tarifvertrag über eine Zulage an Arbeiter vom 17. Mai 1982</p>	1. 6. 1982	S. 1136
<p>ÄndTV Nr. 6 vom 12. Oktober 1973</p>	1. 6. 1981	S. 1302	<p><u>geändert durch:</u></p>		
<p>ÄndTV Nr. 11 vom 19. Mai 1981</p>	25. 3. 1986	S. 813	<p>ÄndTV Nr. 1 vom 28. Februar 1986</p>	25. 3. 1986	S. 813

Gliederungs-Nr. 3209 Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	v Fundstelle (StAnz.)
<p>Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Versorgungs-TV) vom 4. November 1966</p> <p>i. d. F. des 12. ÄndTV vom 1. Juni 1979</p> <p><u>geändert durch:</u></p> <p>13. ÄndTV vom 14. Dezember 1979</p> <p>14. ÄndTV vom 16. September 1981</p> <p>15. ÄndTV vom 21. Februar 1984</p> <p>16. ÄndTV vom 7. Dezember 1984</p> <p>17. ÄndTV vom 28. Februar 1986</p>	<p>9. 11. 1979</p> <p>4. 3. 1980</p> <p>30. 12. 1981</p> <p>27. 1. 1983</p> <p>26. 7. 1984</p> <p>11. 3. 1985</p> <p>26. 3. 1986</p>	<p>S. 2324</p> <p>S. 525</p> <p>1982 S. 74</p> <p>S. 480</p> <p>S. 1575</p> <p>S. 564</p> <p>S. 836</p>	<p>Tarifvertrag über die Verbesserung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung von Bühnengehörigen vom 11. Juni 1963</p> <p>i. d. F. des ÄndTV vom 1. April 1968</p> <p><u>geändert durch:</u></p> <p>ÄndTV vom 23. Oktober 1973</p> <p>ÄndTV vom 9. Juni 1980</p>	<p>10. 5. 1968</p> <p>14. 12. 1973</p> <p>22. 7. 1980</p>	<p>S. 887</p> <p>1974 S. 4</p> <p>S. 1419</p>	
<p>Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) vom 27. Juli 1966</p> <p>i. d. F. der 14. Satzungsänderung vom 3. März 1977</p> <p><u>geändert durch:</u></p> <p>15. Satzungsänderung vom 25. November 1977</p> <p>16. Satzungsänderung vom 15. Dezember 1978</p> <p>17. Satzungsänderung vom 14. Dezember 1979</p> <p>18. Satzungsänderung vom 16. September 1981</p> <p>19. Satzungsänderung vom 10. November 1983</p> <p>20. Satzungsänderung vom 19. April 1985</p> <p>21. Satzungsänderung vom 18. November 1985</p>	<p>9. 12. 1977</p> <p>10. 3. 1978</p> <p>1. 3. 1979</p> <p>29. 5. 1980</p> <p>13. 4. 1982</p> <p>09. 4. 1984</p> <p>19. 4. 1985</p> <p>20. 12. 1985</p>	<p>S. 2523</p> <p>S. 622</p> <p>S. 563</p> <p>S. 1063</p> <p>S. 834</p> <p>S. 810</p> <p>S. 811</p> <p>1986 S. 71</p>	<p>Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben und den Weinbaubetrieben der Länder (VerstV-L) vom 4. November 1966</p> <p>i. d. F. des 10. ÄndTV vom 16. September 1981</p> <p><u>geändert durch:</u></p> <p>11. ÄndTV vom 29. März 1984</p> <p>12. ÄndTV vom 5. Juni 1986</p>	<p>10. 5. 1968</p> <p>2. 2. 1982</p> <p>29. 8. 1984</p> <p>15. 9. 1986</p>	<p>S. 885</p> <p>S. 316</p> <p>S. 1799</p> <p>S. 1890</p>	

Gliederungs-Nr. 3232 Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)	Gliederungs-Nr. 3236 Tarifverträge	Erlaßdatum	Fundstelle (StAnz.)
<p>Tarifvertrag vom 9. November 1964 (Abfindung von Angestellten und Arbeitern der staatlichen Theater in Hessen bei Absteuern und Gastspielen)</p>	<p>4. 12. 1964 (18. 11. 1974)</p>	<p>S. 1544 (S. 2226)</p>	<p>Tarifverträge vom 12. Oktober 1973 über eine Zuwendung für Angestellte, Arbeiter, Auszubildende, Praktikant- innen (Praktikanten), Lernschwestern und Lernpfleger, Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe</p>	<p>15. 1. 1974</p>	<p>S. 195 1975 S. 162</p>
<p>geändert durch:</p>	<p>30. 6. 1969 (18. 11. 1974)</p>	<p>S. 1230 (S. 2226)</p>	<p>ÄndTV Nr. 1 vom 7. November 1974</p>	<p>15. 1. 1975 16. 11. 1979</p>	<p>S. 181 S. 2338</p>
<p>ÄndTV vom 20. Dezember 1974</p>	<p>13. 3. 1975</p>	<p>S. 570</p>	<p>ÄndTV Nr. 2 vom 31. August 1984</p>	<p>17. 12. 1984</p>	<p>1985 S. 6</p>
<p>ÄndTV vom 18. August 1983</p>	<p>19. 9. 1983</p>	<p>S. 1938</p>			
<p>ÄndTV vom 10. Juni 1986</p>	<p>24. 7. 1986</p>	<p>S. 1563</p>	<p>Tarifvertrag über eine Zuwendung für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden, vom 21. April 1986</p>	<p>26. 6. 1986</p>	<p>S. 1410</p>
			<p>Tarifvertrag über eine Zuwendung für Orchestermusiker vom 23. Oktober 1973</p>	<p>28. 11. 1973 2. 4. 1974</p>	<p>S. 2242 S. 763</p>
			<p>geändert durch:</p>		
			<p>ÄndTV Nr. 1 vom 3. Dezember 1974</p>	<p>16. 1. 1975</p>	<p>S. 185</p>
			<p>Tarifvertrag über eine Zuwendung für Bühnenmitglieder vom 23. Oktober 1973</p>	<p>27. 3. 1974 22. 7. 1975</p>	<p>S. 726 S. 1489</p>
			<p>geändert durch:</p>		
			<p>ÄndTV vom 30. Mai 1974</p>	<p>15. 11. 1974</p>	<p>S. 2225</p>
			<p>ÄndTV Nr. 2 vom 3. Dezember 1974</p>	<p>23. 12. 1974</p>	<p>1975 S. 76</p>
			<p>ÄndTV Nr. 3 vom 17. Mai 1976</p>	<p>19. 10. 1976</p>	<p>S. 1955</p>

<u>Tarifverträge</u>	<u>Erlaßdatum</u>	<u>Fundstelle (StAnz.)</u>	<u>Gliederungs-Nr. 3237 Tarifverträge</u>	<u>Erlaßdatum</u>	<u>Fundstelle (StAnz.)</u>
<p>Tarifvertrag über eine Zuwendung für bühnentechnische Angestellte vom 23. Oktober 1973</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 30. Mai 1974 ÄndTV Nr. 2 vom 3. Dezember 1974 ÄndTV Nr. 3 vom 17. Mai 1976</p>	<p>27. 3. 1974 22. 7. 1975</p> <p>15. 11. 1974 23. 12. 1974 19. 10. 1976</p>	<p>S. 726 S. 1469</p> <p>S. 2225 1975 S. 76 S. 1955</p>	<p>Tarifvertrag über die Gewährung von Zulagen gem. § 33 Abs. 1 Buchst. c BAT vom 11. Januar 1962</p> <p><u>geändert durch:</u> TV zur Änderung und Ergänzung der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT vom 21. April 1964 TV zur Änderung und Ergänzung der Anlagen 1 a und 1 b zum BAT vom 15. Februar 1967 24. ÄndTV zum BAT vom 11. August 1970</p>	<p>16. 5. 1962 (12. 12. 1972)</p> <p>6. 8. 1964</p> <p>29. 3. 1967 28. 8. 1970 12. 10. 1970</p>	<p>S. 744 (1973 S. 3)</p> <p>S. 1045</p> <p>S. 459 S. 1807 S. 2015</p>
<p>Tarifvertrag über eine Zuwendung für Tanzgruppenmitglieder vom 23. Oktober 1973</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV Nr. 1 vom 3. Dezember 1974 ÄndTV Nr. 2 vom 17. Mai 1976</p>	<p>27. 3. 1974 22. 7. 1975</p> <p>23. 12. 1974 19. 10. 1976</p>	<p>S. 726 S. 1469</p> <p>1975 S. 76 S. 1955</p>	<p>Tarifvertrag über die Zahlung von Wechselschichtzulagen gem. Nr. 6 Abs. 2 SR 2 o BAT vom 3. Oktober 1967</p>	<p>30. 11. 1967 (9. 12. 1977)</p>	<p>S. 1579 (S. 2550)</p>
<p>Tarifvertrag über eine Zuwendung für Chormitglieder vom 23. Oktober 1973</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV Nr. 1 vom 3. Dezember 1974 ÄndTV Nr. 2 vom 17. Mai 1976</p>	<p>28. 3. 1974 22. 7. 1975</p> <p>23. 12. 1974 19. 10. 1976</p>	<p>S. 730 S. 1469</p> <p>1975 S. 78 S. 1955</p>	<p>Tarifvertrag vom 24. Juli 1961 (Theaterbetriebszulage für Angehörige bei den staatlichen Theatern)</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 26. Oktober 1964 ÄndTV vom 8. November 1966 ÄndTV vom 6. August 1976</p>	<p>27. 7. 1961</p> <p>27. 11. 1964 22. 11. 1966 (15. 12. 1976) 11. 8. 1976</p>	<p>S. 921</p> <p>S. 1485 S. 1571 (1977 S. 15) S. 1539</p>

<u>Tarifverträge</u>	<u>Erlabdatum</u>	Fundstelle (StAnz.)	<u>Tarifverträge</u>	<u>Erlabdatum</u>	Fundstelle (StAnz.)
<p>Tarifvertrag vom 25. Juni 1964 (Arbeiter, die die Voraussetzungen für die Zahlung des Theaterbe- triebszuschlages erfüllen)</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 23. Dezember 1974</p>	<p>28. 7. 1964</p> <p>3. 3. 1975</p>	<p>S. 1008</p> <p>S. 460</p>	<p>Tarifverträge vom 16. März 1977 über ein Urlaubsgeld für Angestellte, Arbeiter, Auszubildende sowie Lern- schwestern und Lernpfleger</p> <p><u>geändert durch:</u> ÄndTV vom 30. März 1979</p> <p>ÄndTV Nr. 2 vom 21. Mai 1980 TV vom 19. Mai 1981 betr. das Wieder- inkrafttreten der TVE über ein Urlaubsgeld</p> <p>ÄndTV Nr. 4 vom 21. April 1986</p> <p>ÄndTV Nr. 4 vom 21. April 1986 betr. Urlaubsgeld für Lernschwestern und Lernpfleger</p>	<p>2. 5. 1977</p> <p>13. 4. 1979 15. 6. 1979</p> <p>30. 7. 1980</p> <p>1. 6. 1981</p> <p>4. 6. 1986</p> <p>26. 6. 1986</p>	<p>S. 1067</p> <p>S. 883 S. 1383</p> <p>S. 1458</p> <p>S. 1302</p> <p>S. 1279</p> <p>S. 1410</p>
<p>Tarifvertragliche Vereinbarung vom 15. Februar 1965 (Entschädigungen für Sonderleistungen an Arbeiter und Ange- stellte bei den staatlichen Theatern)</p>	<p>30. 3. 1965 (6. 10. 1975) (28. 8. 1986)</p>	<p>S. 436 (S. 1923) (S. 1776)</p>	<p>Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegesetzes in der Kranken- pflege oder in der Kinderkrankenpflege oder nach Maßgabe des Hebammengesetzes ausgebildet werden, vom 21. April 1986</p>	<p>26. 6. 1986</p>	<p>S. 1410</p>
<p>Tarifvertrag über die Entschä- digung nach § 13 Abs. 2 TVK vom 7. September 1981</p> <p><u>geändert durch:</u> TV zur Wiederinkraftsetzung vom 24. November 1983</p>	<p>20. 11. 1981</p>	<p>S. 2321</p>	<p>Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Bühnenmitglieder vom 18. April 1977</p> <p><u>geändert durch:</u> 1. ÄndTV vom 27. April 1979 2. ÄndTV vom 11. März 1986</p> <p>Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Musiker in Kulturorchestern vom 18. April 1977</p> <p><u>geändert durch:</u> 1. ÄndTV vom 27. April 1979 TV vom 19. Juni 1981 betr. das Wiederinkrafttreten des TV vom 18. April 1977</p>	<p>24. 6. 1977</p> <p>17. 5. 1979</p> <p>27. 3. 1986</p> <p>24. 6. 1977</p> <p>17. 5. 1979</p> <p>9. 7. 1981</p>	<p>S. 1428</p> <p>S. 1278</p> <p>S. 837</p> <p>S. 1427</p> <p>S. 1278</p> <p>S. 1510</p>
<p>Tarifvertrag über Instrumentengehd und Rohr-, Blatt- und Saitengehd vom 7. September 1981</p> <p><u>geändert durch:</u> TV zur Wiederinkraftsetzung vom 24. November 1983</p>	<p>20. 11. 1981</p> <p>9. 3. 1984</p>	<p>S. 2321</p> <p>S. 634</p>	<p>Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Bühnenmitglieder vom 18. April 1977</p> <p><u>geändert durch:</u> 1. ÄndTV vom 27. April 1979 TV vom 19. Juni 1981 betr. das Wiederinkrafttreten des TV vom 18. April 1977</p>	<p>24. 6. 1977</p> <p>17. 5. 1979</p> <p>9. 7. 1981</p>	<p>S. 1427</p> <p>S. 1278</p> <p>S. 1510</p>

<u>Gliederungs-Nr. 3241</u> <u>Tarifverträge</u>	<u>Erlaßdatum</u>	<u>Fundstelle</u> <u>(StAnz.)</u>	<u>Gliederungs-Nr. 3571</u> <u>Tarifverträge</u>	<u>Erlaßdatum</u>	<u>Fundstelle</u> <u>(StAnz.)</u>
<p>Tarifvertrag vom 17. Dezember 1959 (Zusatzurlaub gem. § 49 Abs. 2 MTL II für Arbeiter, die unter erheblicher Gefährdung der Gesundheit arbeiten)</p> <p>i. d. F. des ÄndTV vom 6. Juni 1967</p> <p>geändert durch:</p> <p>ÄndTV Nr. 17 zum MTL II vom 21. April 1970</p> <p>ÄndTV zum TV-Zusatzurlaub vom 9. Dezember 1974</p> <p>ÄndTV Nr. 30 zum MTL II vom 16. März 1977</p> <p>ÄndTV Nr. 31 zum MTL II vom 28. April 1978</p> <p>ÄndTV Nr. 35 zum MTL II vom 18. April 1980</p> <p>ÄndTV Nr. 37 zum MTL II vom 17. Mai 1982</p>	<p>18. 9. 1967</p> <p>18. 8. 1970</p> <p>24. 3. 1971</p> <p>25. 9. 1975</p> <p>25. 3. 1977</p> <p>14. 7. 1978</p> <p>29. 5. 1980</p> <p>28. 5. 1982</p>	<p>S. 1250</p> <p>S. 1734</p> <p>S. 626</p> <p>S. 1877</p> <p>S. 788</p> <p>S. 1532</p> <p>S. 1062</p> <p>S. 1137, 1226</p> <p>1450, 1617</p>	<p>Tarifverträge über die Regelung der Rechtsverhältnisse</p> <p>a) der Fleischbeschautierärzte, Fleischbeschauer und Trichinenschauer außerhalb öffentlicher Schlachthöfe</p> <p>b) der nicht vollbeschäftigten Fleischbeschautierärzte, Fleischbeschauer und Trichinenschauer in öffentlichen Schlachthöfen und in Einfuhruntersuchungsstellen vom 1. April 1969,</p> <p>i. d. F. der 5. ÄndTV vom 28. Februar 1973</p> <p>geändert durch:</p> <p>6. ÄndTV vom 16. März 1974</p> <p>7. ÄndTV vom 29. Mai 1974</p> <p>8. ÄndTV vom 10. April 1975</p> <p>9. ÄndTV vom 4. Mai 1976</p> <p>10. ÄndTV vom 28. März 1977</p> <p>12. ÄndTV vom 27. April 1979</p> <p>13. ÄndTV vom 29. April 1980</p> <p>15. ÄndTV vom 7. Oktober 1981</p> <p>17. ÄndTV vom 24. Juni 1983</p> <p>18. ÄndTV vom 28. November 1984</p> <p>19. ÄndTV vom 12. Mai 1986</p>	<p>7. 8. 1973</p> <p>26. 3. 1974</p> <p>29. 7. 1974</p> <p>23. 1. 1975</p> <p>14. 5. 1975</p> <p>28. 6. 1976</p> <p>5. 5. 1977</p> <p>12. 6. 1979</p> <p>6. 6. 1980</p> <p>2. 3. 1982</p> <p>7. 7. 1983</p> <p>24. 1. 1985</p> <p>20. 6. 1986</p>	<p>S. 1578</p> <p>S. 682</p> <p>S. 1459</p> <p>S. 221</p> <p>S. 971</p> <p>S. 1269</p> <p>S. 1065</p> <p>S. 1442</p> <p>S. 1102</p> <p>S. 587</p> <p>S. 1506</p> <p>S. 315</p> <p>S. 1362</p>
<p>Urlaubstarifvertrag vom 13. Mai 1975 (Bühnengehörige)</p> <p>geändert durch:</p> <p>TV vom 11. Juni 1981 zur Wiederinkraftsetzung des TV vom 13. Mai 1975</p> <p>TV vom 9. Januar 1982 zur Wiederinkraftsetzung des TV vom 13. Mai 1975</p> <p>ÄndTV vom 23. März 1984</p>	<p>8. 9. 1981</p> <p>8. 9. 1981</p> <p>23. 4. 1982</p> <p>18. 5. 1984</p>	<p>S. 1862</p> <p>S. 1862</p> <p>S. 914</p> <p>S. 1109</p>			

1289

DER HESSISCHE MINISTER DER FINANZEN

Vorläufige Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung (VV-LHO) zu §§ 70, 71, 74, 75, 78, 79 und 80 LHO

Bezug: Rundschreiben des MdF vom 13. November 1986 (StAnz. S. 2394)

In der Anlage zu dem o. a. Rundschreiben muß es

in Anlage 3 zu den VV zu § 70
in Nr. 2

(StAnz. 1986 S. 2413, rechte Spalte)

in der vorletzten Zeile statt
„Übersendungen“ richtig
„Übersendenden“,

in der Fußnote 7)
(StAnz. 1986 S. 2417, rechte Spalte)

in den VV zu § 71 in Nr. 26.5
(StAnz. 1986 S. 2420, rechte Spalte)

statt „10. März 1973“ richtig
„10. März 1937“ und

in der 3. Zeile statt „kapitel-“
richtig „kapitel-“
heißen.

Die Redaktion

1290

DER HESSISCHE KULTUSMINISTER

Genehmigung des Landeskirchensteuerbeschlusses der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau für das Haushaltsjahr 1987

Hiermit genehmige ich den von der Siebten Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau auf ihrer zweiten Tagung vom 1. Dezember bis 6. Dezember 1986 in Frankfurt am Main für das Haushaltsjahr 1987 beschlossenen Landeskirchensteuerbeschuß gemäß § 7 Abs. 2 des Kirchensteuergesetzes i. d. F. vom 12. Februar 1986 (GVBl. I S. 90).

Wiesbaden, 9. Dezember 1986

Der Hessische Kultusminister
I B 4.1 — 873/6/4 — 1 — 25
StAnz. 52/1986 S. 2585

Die Siebte Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat auf ihrer zweiten Tagung vom 1. Dezember bis 6. Dezember 1986 in Frankfurt am Main auf Grund von § 2 Abs. 3 der Kirchensteuerordnung für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau im Bereich des Landes Hessen i. d. F. vom 24. November 1970 (KABl. S. 193 ff.) und auf Grund von § 2 Abs. 3 der Kirchensteuerordnung für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau im Bereich des Landes Rheinland-Pfalz vom 29. November 1971 (KABl. S. 471 ff.) folgenden Beschluß gefaßt:

Landeskirchensteuerbeschuß

1. Die Erhebung der Landeskirchensteuer erfolgt ab 1. Januar 1987 bis zum 31. Dezember 1987 im gesamten Bereich der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in Form eines Zuschlagssatzes von 9% zur Einkommensteuer (Lohnsteuer).
2. Es wird ein besonderes Kirchgeld von Kirchensteuerpflichtigen, deren Ehegatte keiner steuerberechtigten Kirche angehört (Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe), nach Maßgabe der Kirchensteuerordnung für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau im Bereich des Landes Hessen i. d. F. vom 24. November 1970 und im Bereich des Landes Rheinland-Pfalz vom 29. November 1971 und der ihnen jeweils anliegenden Tabelle für die Zeit vom 1. Januar 1987 bis 31. Dezember 1987 erhoben.

3. Die Landeskirchensteuer aus dem Zuschlag zur Einkommensteuer (vgl. Ziff. 1) wird auf Antrag des Steuerpflichtigen von der Kirchenleitung (Kirchenverwaltung) der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau auf 4% des zu versteuernden Einkommens ermäßigt.

1291

Genehmigung des Landeskirchensteuerbeschlusses der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck für das Rechnungsjahr 1987

Gemäß § 7 des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz) i. d. F. vom 12. Februar 1986 (GVBl. I S. 90) genehmige ich den von der Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck am 3. Dezember 1986 beschlossenen Landeskirchensteuerbeschuß für das Rechnungsjahr 1987.

Wiesbaden, 9. Dezember 1986

Der Hessische Kultusminister
I B 4.1 — 873/6/4 — 2 — 22
StAnz. 52/1986 S. 2585

Landeskirchensteuerbeschuß für das Rechnungsjahr 1987

Die Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck hat am 3. Dezember 1986 im Rahmen des Haushaltsgesetzes 1987 folgenden Beschluß für das Rechnungsjahr 1987 gefaßt:

1. Für das Rechnungsjahr 1987 wird als Landeskirchensteuer erhoben
 - a) ein Zuschlag von 9% zur Einkommensteuer (Lohnsteuer),
 - b) ein besonderes Kirchgeld von Kirchensteuerpflichtigen, deren Ehegatte keiner steuerberechtigten Kirche angehört (Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe).
2. Die Landeskirchensteuer aus dem Zuschlag zur Einkommensteuer kann auf Antrag auf vier vom Hundert des zu versteuernden Einkommensbetrages ermäßigt werden.

1292

DER HESSISCHE MINISTER FÜR UMWELT UND ENERGIE

Anerkennung von Verbänden nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574)

Bezug: Erlaß des damaligen Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten vom 26. Oktober 1978 (StAnz. S. 2628), zuletzt ergänzt durch Erlaß vom 30. Dezember 1981 (StAnz. 1982 S. 110)

Mit Anerkennungsbescheid Nr. 8 vom 24. September 1986 habe ich der Botanischen Vereinigung für Naturschutz in Hessen e.V., Wetzlarer Straße 16, 6335 Lahnau 3, die Anerkennung nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes für den satzungsgemäßen und nachgewiesenen Aufgabenbereich „Wissenschaftliche Erforschung der heimischen Pflanzenwelt als Grundlage für ihren Schutz und ihre Erhaltung sowie Anregung bzw. Durchführung von Maßnahmen des Natur-, Biotop- und Umweltschutzes“ ausgesprochen.

Des weiteren sind bereits folgende Verbände nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannt:

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. Landesverband Hessen
Neue Mainzer Straße 54,
6000 Frankfurt am Main (Anerkennungsbescheid Nr. 1 vom 12. Oktober 1978)

Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz e. V.
Schneckenhofstraße 35,
6000 Frankfurt am Main 70 (Anerkennungsbescheid Nr. 2 vom 28. Dezember 1978)

Deutscher Bund für Vogelschutz
Landesverband Hessen e. V.
Friedenstraße 28,
6330 Wetzlar (Anerkennungsbescheid Nr. 3 vom 28. Dezember 1978)

Landesjagdverband Hessen e. V.
Am Römerkastell 9,
6350 Bad Nauheim (Anerkennungsbescheid Nr. 4 vom 25. April 1979)

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Hessen e. V.
David-Stempel-Straße 1,
6000 Frankfurt am Main 70 (Anerkennungsbescheid Nr. 5 vom 31. Mai 1979)

Deutsche Gebirgs- und Wandervereine
Landesverband Hessen e. V.
Postfach 21 23,
6200 Wiesbaden (Anerkennungsbescheid Nr. 6 vom 21. Dezember 1981)

Verband Hessischer Sportfischer e. V.
Kaiser-Friedrich-Ring 52,
6200 Wiesbaden (Anerkennungsbescheid Nr. 7 vom 21. Dezember 1981).

Wiesbaden, 5. Dezember 1986

Der Hessische Minister
für Umwelt und Energie
II B 1 — R 17.2

StAnz. 52/1986 S. 2585

1293

DER HESSISCHE SOZIALMINISTER

Durchführung der Ausbildungsstätten-Kostenausgleichsverordnung gemäß § 17 Abs. 4 a KHG vom 20. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1716);

hier: Einbeziehung der Ausgleichsbeträge in das Budget 1987 auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen der Hessischen Krankenhausgesellschaft e. V. und den Krankenkassenverbänden vom 19. April 1984

Aus gegebenem Anlaß weise ich darauf hin, daß nach § 15 Abs. 3 der Bundespflegesatzverordnung — BpflV — vom 21. Dezember 1985 (BGBl. I S. 1666) i. V. m. § 17 Abs. 4 a und § 2 Nr. 1 a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes — KHG — i. d. F. vom 23. Dezember 1985 (BGBl. I S. 33) das 12fache der in der Anlage für das jeweilige Krankenhaus genannten monatlichen Ausgleichsbeträge Bestandteil der Selbstkosten dieses Krankenhauses sind.

Diese Auflistung ist auch nach der Ausbildungsstätten-Kostenausgleichsverordnung von der Hessischen Krankenhausgesellschaft erstellt und mit den Krankenkassenverbänden im Lande abgestimmt worden; die Ausgleichsbeträge sind daher nicht Gegenstand der Einigungsverhandlungen nach § 18 KHG.

Der Umlagebetrag ist nach § 15 Abs. 3 BpflV im Kosten- und Leistungsnachweis in K 2 unter der lfd. Nr. 29 auszuweisen.

Bei den Pflegesatzvereinbarungen vom 1. Januar 1987 an sind die in der Anlage genannten Ausgleichsbeträge erstmals zu berücksichtigen. Sie gelten für das gesamte Jahr 1987. Die nächste Anpassung wird zum 1. Januar 1988 vorzunehmen sein.

Wiesbaden, 8. Dezember 1986

Der Hessische Sozialminister
III B 1 A — 18 c 04.17.02

StAnz. 52/1986 S. 2586

Ordnungs-Nr.	Krankenhaus	monatliche Teilbeträge	
		zu zahlen	zu erhalten
1.1	Städt. Kliniken Kassel (allgemeiner Bereich)		
1.2	Städt. Kliniken Kassel (Bereich Ludwig-Noll-Krankenhaus)		132 351,83 DM
2	Rotes-Kreuz-Krankenhaus Kassel	27 200,33 DM	
3	Elisabeth-Krankenhaus Kassel		26 546,08 DM
4	Kurhessisches Diakonissenhaus Kassel	64 282,00 DM	
5	Burgfeld-Krankenhaus Kassel		87 291,00 DM
6	Marienkrankenhaus Kassel	36 720,67 DM	
			28 415,50 DM
8	Frauenklinik Dr. Koch Kassel		
9	Kinderkrankenhaus „Park Schönfeld“ Kassel	31 808,67 DM	
10	Orthopädische Klinik Kassel		45 271,67 DM
11	Paracelsus-Elena-Klinik Kassel	60 291,67 DM	
12	Kreiskrankenhaus Hofgeismar	39 411,58 DM	
13	Ev. Krankenhaus Gesundbrunnen Hofgeismar	22 542,83 DM	
14	Bezirkskrankenhaus Helmarshausen/Bad Karlshafen	37 700,42 DM	
15	Klinik und Rehabilitationszentrum Lippoldsberg/Wahlsburg	25 589,42 DM	
16	Kreiskrankenhaus Wolfhagen	13 675,50 DM	
17	DRK-Nachsorgeklinik Kaufungen	9 090,75 DM	
18	Kreiskrankenhaus Rotenburg a. d. Fulda	29 359,50 DM	
19	Herz- und Kreislaufzentrum Rotenburg a. d. Fulda		17 360,75 DM
20	Hospital zum Heiligen Geist Fritzlar	36 655,50 DM	
21	Lindenberg-Klinik Melsungen	13 505,83 DM	
22	Städt. Krankenhaus Arolsen	19 194,58 DM	
23	Städt. Krankenhaus Korbach		21 567,42 DM
24	Städt. Krankenhaus Bad Wildungen		77 358,42 DM
25	St. Liborius-Krankenhaus Bad Wildungen		13 430,25 DM
26	St. Elisabeth-Krankenhaus Volkmarsen	11 180,00 DM	
27	Kreiskrankenhaus Eschwege	26 636,42 DM	
28	Kreis- und Städt. Krankenhaus Witzenhausen		15 719,25 DM
29	Krankenhaus Fürstentagen/Hessisch Lichtenau		28 270,25 DM
30.1	Orthopädische Klinik (allgemeiner Bereich) Hessisch Lichtenau	16 048,58 DM	
30.2	Orthopädische Klinik (Klinik für Querschnittsgelähmte) Hessisch Lichtenau	13 268,17 DM	
31	Städt. Kliniken Fulda	8 108,08 DM	
			42 754,25 DM
33	Herz-Jesu-Krankenhaus Fulda	72 184,67 DM	
34	Klinik „Dr. Poeschel“ Fulda	7 272,58 DM	
36	Krankenhaus Dr. Siegmund Gersfeld (Rhön)		
37	St. Elisabeth-Krankenhaus Hünfeld	7 717,33 DM	
38	Kreiskrankenhaus Bad Hersfeld	46 970,00 DM	
39	St. Elisabeth-Krankenhaus Bad Hersfeld		112 773,67 DM
40	Kreiskrankenhaus Schlüchtern	17 932,17 DM	
41	Krankenhaus Bad Soden-Salmünster		42 671,67 DM
42	Krankenhaus Eichhof Lauterbach (Hessen)	13 866,08 DM	
43.1	Universitätsklinikum (allgemeiner Bereich) Gießen	12 222,33 DM	
			541 401,00 DM

Ordnungs-Nr.	Krankenhaus	monatliche Teilbeträge	
		zu zahlen	zu erhalten
43.2	Universitätsklinikum (Nachtklinik) Gießen	920,83 DM	
44	St. Josefs-Krankenhaus Gießen		50 669,08 DM
45	Ev. Krankenhaus Gießen		31 359,33 DM
46	Krankenhaus Balserische Stiftung Gießen	18 995,58 DM	
47	Kreiskrankenhaus Lich		5 468,67 DM
48	Laubacher Stift Laubach	12 238,67 DM	
49	Kreiskrankenhaus Wetzlar		6 374,25 DM
50	Kreiskrankenhaus Dillenburg		28 793,33 DM
51	Friedrich-Zimmer-Krankenhaus Herborn	33 071,92 DM	
52	Stadtkrankenhaus Haiger	5 791,83 DM	
53	Priv. Entbindungsanstalt Herborn	3 820,42 DM	
54	Kreiskrankenhaus Falkeneck/Braunfels		7 094,33 DM
55	Kaiserin Auguste-Victoria-Krankenhaus Ehringshausen	25 112,08 DM	
56	Neurologische Klinik Braunfels	21 754,17 DM	
57	Fachklinik Waldhof-Elgershausen/Greifenstein	28 130,08 DM	
58	Universitätsklinikum Marburg		421 753,50 DM
59	Klinik Dr. Schweckendiek Marburg	5 860,33 DM	
60	Diakonie-Krankenhaus Marburg		46 228,42 DM
61	Rotes-Kreuz-Krankenhaus Biedenkopf	35 235,08 DM	
62	Klinik für Physikalische Therapie Bad Endbach	15 924,50 DM	
63	Hess. Berglandklinik Bad Endbach	26 349,58 DM	
64.1	Kreiskrankenhaus Ziegenhain/Schwalmstadt		
64.2	Kreiskrankenhaus Homberg (Efze)	7 316,67 DM	
64.3	Kreiskrankenhaus Melsungen		
64.4	Nachsorgeklinik Schwalmstadt	13 648,50 DM	
65	Diakoniezentrum Hephata/Schwalmstadt	17 251,83 DM	
66	Kreiskrankenhaus Alsfeld		31 493,83 DM
67	Kreiskrankenhaus Frankenberg (Eder)		9 153,58 DM
68.1	Universitätsklinikum (allgemeiner Bereich) Frankfurt am Main		250 134,58 DM
68.2	Universitätsklinikum (Tagesklinik) Frankfurt am Main	1 475,92 DM	
68.3	Universitätsklinikum (Nachtklinik) Frankfurt am Main	2 184,08 DM	
69.1	Städt. Krankenhaus Höchst (allgemeiner Bereich) Frankfurt am Main		70 921,42 DM
69.2	Städt. Krankenhaus Höchst (Geriatrische Tagesklinik) Frankfurt am Main	4 833,92 DM	
70	St. Markus-Krankenhaus Frankfurt am Main	13 338,08 DM	
71	Katharinen-Krankenhaus Frankfurt am Main	14 137,67 DM	
72	Vereinigte Krankenhäuser St. Marien/St. Elisabeth Frankfurt am Main	63 957,92 DM	
73	Bürgerhospital Frankfurt am Main		11 794,92 DM
74	Hospital zum Heiligen Geist Frankfurt am Main	7 570,67 DM	
75	Krankenhaus Nordwest Frankfurt am Main	20 405,83 DM	
76	Krankenhaus Sachsenhausen		74 570,50 DM
77	Krankenhaus Maingau vom Roten Kreuz Frankfurt am Main		2 618,50 DM
78	Rotes Kreuz Krankenhaus Frankfurt am Main		38 062,33 DM
79	Krankenhaus Bethanien Frankfurt am Main		15 919,17 DM
80	Diakonissen-Krankenhaus Frankfurt am Main		23 352,75 DM
81	Brüderkrankenhaus Frankfurt am Main	30 982,92 DM	
82	Clementine-Kinderkrankenhaus Frankfurt am Main		23 824,17 DM
83	Orthopädische Universitätsklinik Friedrichsheim Frankfurt am Main	18 019,83 DM	
84.1	Stadtkrankenhaus (allgemeiner Bereich) Offenbach am Main	28 419,83 DM	
84.2	Stadtkrankenhaus (Abt. Schwerstverbrannte) Offenbach am Main	1 155,33 DM	
84.3	Stadtkrankenhaus (Psych. Tagesklinik) Offenbach am Main	1 741,83 DM	
85	Ketteler-Krankenhaus Offenbach am Main		22 415,83 DM
86	Klinik des Hochtaunuskreises Bad Homburg v. d. Höhe		14 352,92 DM
87	Krankenhaus Königstein im Taunus	14 944,83 DM	
88	Taunusklinik Falkenstein/Königstein im Taunus	35 873,17 DM	
89	Kreiskrankenhaus Usingen	39 771,75 DM	
90	Neurologische Klinik Bad Homburg v. d. Höhe	33 939,67 DM	
91	Stadtkrankenhaus Hanau		105 633,25 DM
92	St. Vincenz-Krankenhaus Hanau		33 811,50 DM
93	Kreiskrankenhaus Gelnhausen		46 177,58 DM
94	Krankenhaus Bad Orb	11 632,00 DM	
95	Krankenanstalten des Main-Taunus-Kreises/Bad Soden am Taunus	52 092,33 DM	
96	Dreieich-Krankenhaus Langen		294,75 DM
97	Kreiskrankenhaus Seligenstadt	29 393,33 DM	
98	Kreiskrankenhaus Schotten	7 884,75 DM	
99	Kreiskrankenhaus Friedberg (Hessen)	13 781,00 DM	
100	Städtisches Krankenhaus Bad Nauheim	68 160,42 DM	
101	Mathilden-Hospital Büdingen	26 889,08 DM	
103	Dr. Horst-Schmidt-Kliniken Wiesbaden		79 993,67 DM
104	Paulinenstift Wiesbaden		56 136,75 DM
105	St. Josefs-Hospital Wiesbaden		69 842,83 DM
106	Rotes Kreuz Krankenhaus Wiesbaden	1 913,08 DM	
107	Aukamm-Klinik Wiesbaden	18 219,75 DM	
108	Orthopädische Klinik Wiesbaden	37 453,92 DM	
109	Klinik für Plastische und Wiederherstellungschirurgie Wiesbaden	6 243,75 DM	
110	Deutsche Klinik für Diagnostik Wiesbaden	20 075,17 DM	
111	St. Vincenz-Krankenhaus Limburg a. d. Lahn		6 828,50 DM
112	St. Anna-Krankenhaus Hadamar	8 249,42 DM	
113	Kreiskrankenhaus Weilburg		8 728,58 DM
114	Marienkrankenhaus Flörsheim am Main	40 965,75 DM	
115	Kreiskrankenhaus Eltville am Rhein	3 665,17 DM	
116	St. Josef-Krankenhaus Rüdeshheim am Rhein	48 913,42 DM	

Ordnungs-Nr.	Krankenhaus	monatliche Teilbeträge zu zahlen	monatliche Teilbeträge zu erhalten
117	Kreis Krankenhaus Bad Schwalbach		
118	Kreis Krankenhaus Idstein	10 903,08 DM	
119	Orthopädische Klinik Bad Schwalbach	5 599,33 DM	
120	Städtische Kliniken Darmstadt	9 128,00 DM	
121	Alice-Hospital vom DRK Darmstadt		4 038,58 DM
122.1	Elisabethenstift (allgemeiner Bereich) Darmstadt		80 079,83 DM
122.2	Elisabethenstift (Psych. Nachtambulanz) Darmstadt		41 373,67 DM
122.3	Elisabethenstift (Gerontopsych. Tagesklinik) Darmstadt	2 474,92 DM	
122.4	Elisabethenstift (Tagesklinik) Darmstadt	950,67 DM	
123	Marienhospital Darmstadt	1 836,08 DM	
124	Kreis Krankenhaus Heppenheim (Bergstraße)	38 064,58 DM	
125	Heilig-Geist-Hospital Bensheim		21 999,08 DM
126	St. Marien Krankenhaus Lampertheim		44 848,33 DM
127	Ev. Krankenhaus Lampertheim	30 340,00 DM	
128	St. Josefs-Krankenhaus Viernheim	21 498,00 DM	
129	Luisen Krankenhaus Lindenfels	27 696,67 DM	
130	St. Josef-Krankenhaus Lorsch	11 481,17 DM	
131	Klinik Auerbach Bensheim	30 909,58 DM	
132	Nachsorgeklinik Bergstraße/Bensheim	37 002,75 DM	
133	Kreis Krankenhaus Seeheim-Jugenheim	17 108,00 DM	
134	Kreis Krankenhaus Groß-Umstadt	35 339,83 DM	
135	St. Rochus-Krankenhaus Dieburg		15 449,00 DM
136	Kreis Krankenhaus Groß-Gerau	31 123,25 DM	
137	Stadtkrankenhaus Rüsselsheim		63 993,67 DM
138	Kreis Krankenhaus Erbach	8 428,50 DM	
139	Fachklinik Fürstenwald/Calden		52 377,58 DM
140.1	Psych. Krankenhaus (allgemeiner Bereich) Emstal	18 388,17 DM	
140.2	Psych. Krankenhaus (Psych. Tagesklinik Kassel) Emstal	93 793,83 DM	
141	Heilstätte im Meißner/Hessisch Lichtenau	2 180,92 DM	
142.1	Psych. Krankenhaus (allgemeiner Bereich) Haina	23 552,42 DM	
142.2	Psych. Krankenhaus (Maßregelvollzug) Haina (Kloster)	67 687,17 DM	
143	Kurheim Mahlerthof/Burghaun	69 342,33 DM	
144	Psych. Krankenhaus Gießen	21 970,92 DM	
145.1	Psych. Krankenhaus (allgemeiner Bereich) Herborm	39 427,00 DM	
145.2	Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Herborm	5 166,33 DM	
146.1	Psych. Krankenhaus (allgemeiner Bereich) Marburg	24 127,58 DM	
146.2	Psych. Krankenhaus (Vollstationäre Außenstelle Fulda) Marburg	23 277,75 DM	
146.3	Psych. Krankenhaus (Tagesklinik Außenstelle Fulda) Marburg	5 957,00 DM	
146.4	Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie (allgemeiner Bereich) Marburg	515,58 DM	
146.5	Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie (Tagesklinik Kassel) Marburg	21 633,33 DM	
147	Helmut-Hartenfels-Haus Frankfurt am Main	1 026,42 DM	
148.1	Waldkrankenhaus Köppern (allgemeiner Bereich) Friedrichsdorf	6 077,00 DM	
148.2	Waldkrankenhaus Köppern (Tagesklinik) Friedrichsdorf	21 277,17 DM	
148.3	Waldkrankenhaus Köppern (Nachtambulanz) Friedrichsdorf	1 231,00 DM	
149	Klinik Hohe Mark Oberursel (Taunus)	2 316,25 DM	
150	Burghof-Klinik Bad Nauheim	75 571,58 DM	
151.1	Psych. Krankenhaus (allgemeiner Bereich) Hadamar	15 712,58 DM	
151.2	Psych. Krankenhaus (Maßregelvollzug) Hadamar		13 763,92 DM
152	Psych. Krankenhaus Weilmünster	15 375,83 DM	
153.1	Psych. Krankenhaus (allgemeiner Bereich) Eltville am Rhein	64 404,25 DM	
153.2	Psych. Krankenhaus (Kinder- und Jugendpsychiatrie) Eltville am Rhein	50 681,42 DM	
154	St. Valentinus-Krankenhaus Kiedrich	20 336,25 DM	
155	Heilstätte Haus Burgwald Mühlthal	64 782,17 DM	
156	Psych. Krankenhaus Heppenheim (Bergstraße)	12 208,83 DM	
157	Klinik Schloß Falkenhof/Bensheim		45 846,58 DM
158.1	Psych. Krankenhaus (allgemeiner Bereich) Riedstadt	19 134,17 DM	
158.2	Psych. Krankenhaus (Tagesklinik) Riedstadt	32 213,67 DM	
158.3	Psych. Krankenhaus (Kinder- und Jugendpsychiatrie) Riedstadt	1 719,25 DM	
159	Vitalis-Klinik Bad Hersfeld	19 775,50 DM	
160	Kerckhof-Klinik Bad Nauheim	13 346,42 DM	
161	William-Harvey-Klinik Bad Nauheim	28 555,50 DM	
162	Otto-Fricke-Krankenhaus Bad Schwalbach	3 798,58 DM	
163	Klinik Glückauf Bad Wildungen	5 433,83 DM	
164.1	Orthop. Klinik (Bereich Querschnittsgelähmte und Rückenmarkverletzte) Bad Wildungen	2 520,08 DM	
164.2	Orthop. Klinik (Bereich Skoliose) Bad Wildungen	31 630,83 DM	
165	Klinik Schloß Braunfels/Braunfels	36 299,58 DM	
166	Zentrales Aufnahmelager Gießen	41 408,83 DM	
167	Klinik Oberwald Grebenhain	1 919,08 DM	
168	Klinik Dr. Walb Homberg (Ohm)	49 773,92 DM	
169	Fachklinik für Lungenerkrankungen Immenhausen	13 675,08 DM	
170	Klinik Dr. Steib Königstein im Taunus	22 030,67 DM	
171	Fachklinik für Stoffwechselerkrankungen Lindenfels	10 799,75 DM	
		12 934,75 DM	
173	Privatklinik Dr. Frühauf Offenbach am Main	9 139,33 DM	
174	Medizinische Klinik Schlangenbad	12 024,33 DM	
175	Diabetesklinik Birkenhof/Vellmar	5 132,00 DM	
176	Klinik am Kurpark Wiesbaden	27 500,08 DM	
177	Klinik am Wartenberg Witzenhausen	14 419,50 DM	
178	Hardtwaldklinik in Zwesten	13 058,00 DM	
179	Klinik Seltersberg Gießen	39 718,58 DM	

1294

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

beim Polizeipräsidenten in Kassel

ernannt:

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Reimund Philipp (1. 10. 86);zum **Kriminaloberkommissar** -Kriminalkommissar (BaL) Walter Lehmann (1. 10. 86);zum **Polizeioberkommissar** Polizeikommissar (BaL) Reiner Birkel (1. 10. 86);zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Ulrich Niezel, Kurt Ritschel, Robert Utz (sämtlich 1. 10. 86);zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Bernd Baczewski, Andreas Freybott, Friedhelm Leck, Wilfried Löber (sämtlich 1. 10. 86);

eingewiesen:

in die **Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage**

Kriminalhauptmeister (BaL) Alfred Born (24. 9. 86), Polizeihauptmeister (BaL) Hans-Dieter Menzel (1. 10. 86);

berufen in das Beamtenverhältnis auf **Lebenszeit**:die **Kriminalobermeister** (BaP) Jürgen Adam (24. 7. 86), Joachim Stamm (27. 9. 86), die **Polizeimeister** (BaP) Hartmut Krug (31. 7. 86), Michael Wetzel (22. 8. 86), Manfred Ahne (28. 8. 86), Jürgen Roschinsky (14. 9. 86), Rudolf Albrecht (3. 10. 86), Michael Tam (4. 10. 86), Uwe Arend (12. 10. 86), Volker Dietrich (17. 10. 86), Dieter Boßmann (4. 11. 86), Klaus Künzel (10. 11. 86);in den **Ruhestand** getreten:

Polizeihauptmeister (BaL) Gerhard Wegner (30. 6. 86);

entlassen:

Polizeimeister (BaL) Udo Schilling (30. 9. 86) gem. § 41 HBG.

Kassel, 28. November 1986

Der Polizeipräsident

P III — 8 b 24 03 B

St.Anz. 52/1986 S. 2589

1295 DARMSTADT

DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

Ungültigkeitserklärungen von Polizei-Dienstausweisen

Der am 21. Januar 1985 vom Regierungspräsidenten in Darmstadt für Polizeihauptmeister Hans Ritschel ausgestellte Polizei-Dienstausweis, Nr. 03-2403,

der am 17. November 1983 vom Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main für Polizeihauptmeister Alfred Krause ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 05-1008,

der am 28. Februar 1985 vom Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main für Polizeimeister Mathias Reitz ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 05-342 und

der am 26. November 1985 vom Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main für Kriminalhauptmeister Manfred Bauer ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 15-1362 sind in Verlust geraten.

Sie werden hiermit für ungültig erklärt.

Darmstadt, 8. Dezember 1986

Der Regierungspräsident

III 2/13 S/III 3/13 K-65 — 7 d 14

St.Anz. 52/1986 S. 2589

1296 GIESSEN

Auflösung des Tierversicherungsvereins a. G. Hirzenhain, Lahn-Dill-Kreis

Der Tierversicherungsverein a. G. Hirzenhain hat durch außerordentliche Mitgliederversammlung am 1. August 1986 die Auflösung mit Wirkung vom 31. Dezember 1986 beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Gießen, 5. Dezember 1986

Der Regierungspräsident

11 — 25 d 04/15 — (2) — 41

St.Anz. 52/1986 S. 2589

1297 DARMSTADT

BEZIRKSDIREKTIONEN FÜR FORSTEN UND NATURSCHUTZ

Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des künftigen Naturschutzgebietes „Theißtal“ vom 8. Dezember 1986

Auf Grund des § 18 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), geändert durch Gesetz vom 28. August 1986 (GVBl. I S. 253), wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände verordnet:

§ 1

(1) Der Talraum des Theißbaches westlich von Niedernhausen wird in den sich aus Abs. 2 und 3 ergebenden Grenzen als künftiges Naturschutzgebiet für die Dauer von drei Jahren einstweilig sichergestellt. Die Sicherstellung kann um höchstens zwei Jahre verlängert werden.

(2) Das einstweilig sichergestellte Gebiet besteht aus Wiesen und Waldbereichen in den Gemarkungen Engenhahn und Königshofen der Gemeinde Niedernhausen im Rheingau-Taunus-Kreis sowie in den Gemarkungen Bierstadt, Auringen und Kloppenheim der Stadt Wiesbaden im Stadtkreis Wiesbaden. Es hat eine Größe von 59,84 ha. Die örtliche Lage des einstweilig sichergestellten Gebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Diese Verordnung gilt für das in den Karten im Maßstab 1 : 2 000 und 1 : 5 000 rot begrenzte Gebiet. Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden von der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt, oberer Naturschutzbehörde, Orangerieallee 12, 6100 Darmstadt, verwahrt. Sie liegen während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Je eine weitere Ausfertigung liegt bei der unteren Naturschutzbehörde des Rheingau-Taunus-Kreises, Badweg 8, 6208 Bad Schwalbach und des Stadtkreises Wiesbaden, Kapellenstraße 99, 6200 Wiesbaden, zu jedermanns Einsicht aus.

(4) Das einstweilig sichergestellte Gebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

§ 2

Als Handlungen, die geeignet sind, das einstweilig sichergestellte Gebiet nachteilig zu verändern (§ 18 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen i. S. des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig von deren Anwendungsbereich (§ 1 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung) oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;

3. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern sowie Moore, Sümpfe oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen;
4. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;
5. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
6. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. das einstweilig sichergestellte Gebiet außerhalb der Wege zu betreten;
8. zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen;
9. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken;

10. Wiesen oder Weiden umzubereiten oder deren Nutzung zu ändern;
11. Hunde frei laufen zu lassen.

§ 3

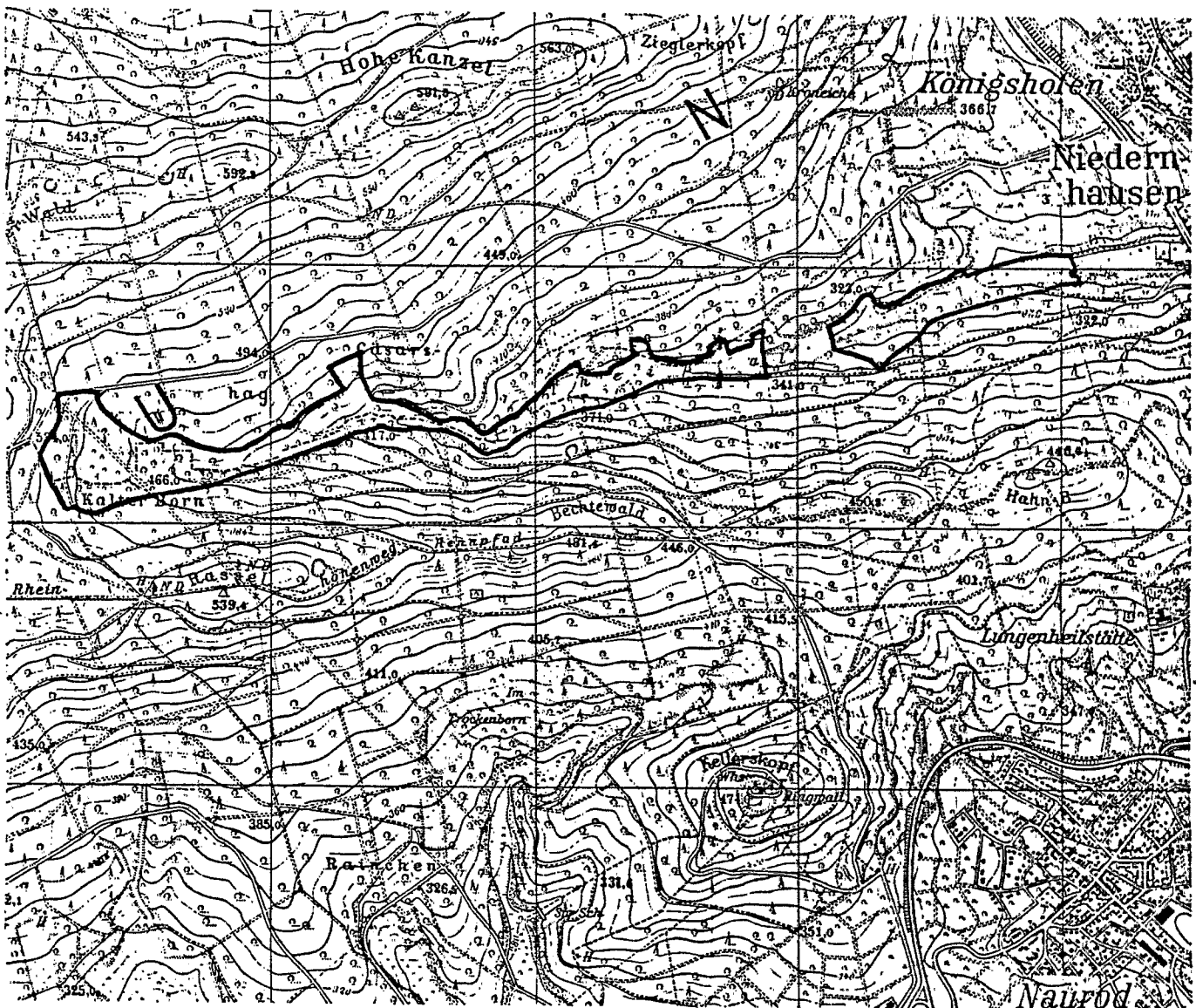
Ausgenommen von den Verboten des § 2 bleiben:

1. die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art mit der in § 2 Nr. 10 genannten Einschränkung;
2. die Ausübung der Fischerei;
3. die Ausübung der Einzeljagd auf Schalenwild in der Zeit vom 16. Juli bis 31. Januar;
4. Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung von natürlichen arten- und strukturreichen Waldgesellschaften im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
5. die Handlungen der zuständigen Wasserbehörde oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht sowie Unterhaltungsarbeiten an Gewässern im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
6. die Überwachungs-, Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den bestehenden Ver- und Entsorgungsanlagen im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde.

§ 4

Zuständige Behörde für Befreiungen nach § 31 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung

Auszug aus der Top. Karte, Maßstab 1 : 25 000, Nr. 5815,
des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 86-1-007



kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden. Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist zu hören.

§ 5

Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 15 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. bauliche Anlagen entgegen § 2 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 2 Nr. 2);
3. Wasser, Gewässer oder Feuchtgebiete in der in § 2 Nr. 3 bezeichneten Art beeinflusst;
4. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 2 Nr. 4);
5. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 2 Nr. 5);
6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 2 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. das einstweilig sichergestellte Gebiet außerhalb der Wege betritt (§ 2 Nr. 7);
8. reitet, lagert, badet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärm, Feuer anzündet oder unterhält, Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter und Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt (§ 2 Nr. 8);
9. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt oder Kraftfahrzeuge parkt (§ 2 Nr. 9);
10. Wiesen oder Weiden umbricht oder deren Nutzung ändert (§ 2 Nr. 10);
11. Hunde frei laufen läßt (§ 2 Nr. 11).

§ 6

Die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Landkreisen Gießen, Limburg-Weilburg, Wetzlar, dem Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingaukreis, Untertaunuskreis, Wetteraukreis und in dem Stadtkreis Wiesbaden „Landschaftsschutzgebiet Taunus“ vom 20. Januar 1976 (StAnz. S. 294) wird für den Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 8. Dezember 1986

**Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz**
gez. D u m m

StAnz. 52/1986 S. 2589

1298

Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des künftigen Naturschutzgebietes „Callunaheide bei Neuhof“ vom 3. Dezember 1986

Auf Grund des § 18 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), geändert durch Gesetz vom 28. August 1986 (GVBl. I S. 253), wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände verordnet:

§ 1

- (1) Die Heideflächen östlich der Siedlung Platte werden in den sich aus Abs. 2 und 3 ergebenden Grenzen als künftiges Naturschutzgebiet für die Dauer von drei Jahren einstweilig sichergestellt. Die Sicherstellung kann um höchstens zwei Jahre verlängert werden.
- (2) Das einstweilig sichergestellte Gebiet besteht aus Flächen an einem west-exponierten Hang in der Gemarkung Neuhof der Stadt Taunusstein im Rheingau-Taunus-Kreis. Es hat eine Größe von 9,78 ha. Die örtliche Lage des einstweilig sichergestellten Gebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.
- (3) Diese Verordnung gilt für das in einer Karte im Maßstab 1 : 2 000 rot begrenzte Gebiet. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird von der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt, oberer Naturschutzbehörde, Orangeallee 12, 6100 Darmstadt, verwahrt. Sie liegt während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Eine weitere Ausfertigung

liegt bei der unteren Naturschutzbehörde des Rheingau-Taunus-Kreises, Badweg 8, 6208 Bad Schwalbach, zu jedermanns Einsicht aus.

(4) Das einstweilig sichergestellte Gebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

§ 2

Als Handlungen, die geeignet sind, das einstweilig sichergestellte Gebiet nachteilig zu verändern (§ 18 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig von deren Anwendungsbereich (§ 1 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung) oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Gewässer zu schaffen;
4. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;
5. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
6. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. das einstweilig sichergestellte Gebiet außerhalb der Wege zu betreten;
8. zu reiten, zu lagern, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärm, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten;
9. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken;
10. die Heideflächen umzubrechen oder deren Nutzung zu ändern;
11. Hunde frei laufen zu lassen.

§ 3

Ausgenommen von den Verboten des § 2 bleiben:

1. die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodenmutterung im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art mit der in § 2 Nr. 10 genannten Einschränkung;
2. die Ausübung der Einzeljagd auf Schalenwild in der Zeit vom 16. Juli bis 31. Januar.

§ 4

Zuständige Behörde für Befreiungen nach § 31 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden. Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist zu hören.

§ 5

Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 15 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. bauliche Anlagen entgegen § 2 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder sonst die Bodengestalt verändert (§ 2 Nr. 2);
3. Gewässer schafft (§ 2 Nr. 3);
4. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 2 Nr. 4);
5. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 2 Nr. 5);
6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 2 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. das einstweilig sichergestellte Gebiet außerhalb der Wege betritt (§ 2 Nr. 7);
8. reitet, lagert, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärm, Feuer anzündet oder unterhält, (§ 2 Nr. 8);
9. mit Kraftfahrzeugen einschließlich Fahrräder mit Hilfsmotor außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt oder Kraftfahrzeuge parkt (§ 2 Nr. 9);
10. die Heideflächen umbricht oder deren Nutzung ändert (§ 2 Nr. 10);
11. Hunde frei laufen läßt (§ 2 Nr. 11).

§ 6

Die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Landkreisen Gießen, Limburg-Weilburg, Wetzlar, dem Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Rheingaukreis, Untertaunuskreis, Wetteraukreis und in dem Stadtkreis Wiesbaden „Landschaftsschutzgebiet Taunus“ vom 20. Januar 1976 (StAnz. S. 294) wird für den Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 3. Dezember 1986

Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz
gez. D u m m

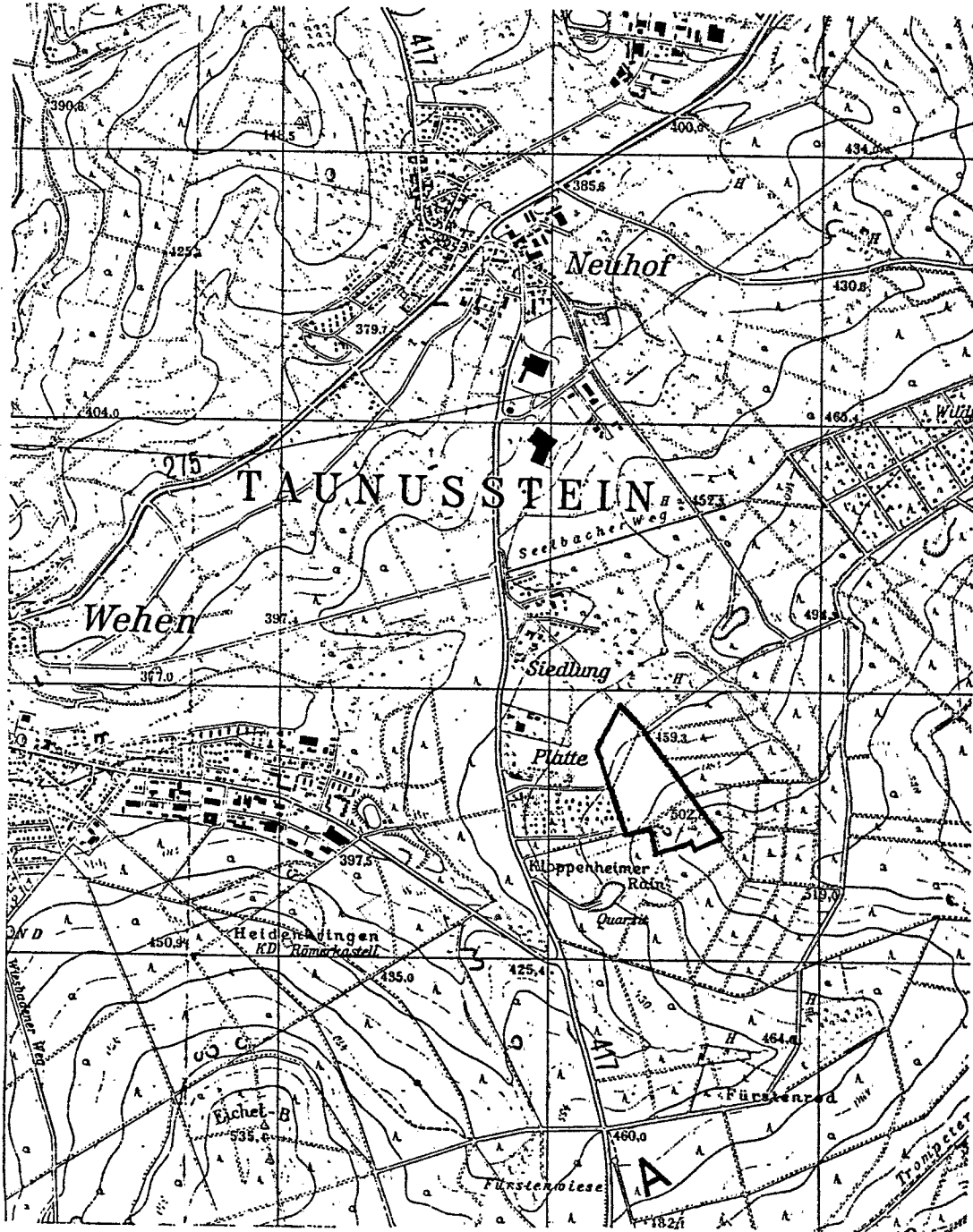
StAnz. 52/1986 S. 2591

1299

Erklärung von Waldflächen in den Gemarkungen Mörfelden, Walldorf, Kelsterbach, Raunheim, Rüsselsheimer Wald und Haßloch, Landkreis Groß-Gerau, sowie in der Gemarkung Flughafen Frankfurt, Stadt Frankfurt am Main, zu Bannwald vom 5. Dezember 1986

Auf Grund von § 22 Abs. 2 des Hessischen Forstgesetzes i. d. F. vom 4. Juli 1978 (GVBl. I S. 424, 584), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juni 1983 (GVBl. I S. 103), i. V. m. §§ 1 und 8 der Vierten Verordnung zur Durchführung des Hessischen Forstgesetzes (Verordnung über die Erklärung des Hessischen Forstgesetzes (Verordnung über die Erklärung zu Schutzwald, Bannwald und Erholungswald und die Walderhaltungsabgabe) vom 18. Februar 1980 (GVBl. I S. 96) wird erklärt:

Auszug aus der Top. Karte, Maßstab 1 : 25 000, Nr. 5815,
des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 86-1-007



I. Geltungsbereich

1. Die in Nr. 2 näher bezeichneten Waldflächen in den Gemarkungen Mörfelden, Walldorf, Kelsterbach, Raunheim, Rüsselsheimer Wald und Haßloch, Landkreis Groß-Gerau, sowie in der Gemarkung Flughafen Frankfurt, Stadt Frankfurt am Main, werden als Bannwald ausgewiesen, weil sie wegen ihrer besonderen Bedeutung für das Gemeinwohl unersetzlich sind.
2. Der Bannwald besteht aus folgenden Grundstücken:

Gemarkung Mörfelden

Flur 25	Nr. 1	=	56,6831 ha
	Nr. 2/6	=	21,5833 ha
	Nr. 3	=	31,8762 ha
	Nr. 5	=	24,8256 ha
	Nr. 6/3 teilweise	=	1,9300 ha
	Nr. 11/6 teilweise	=	8,8575 ha
	Nr. 13/3	=	31,5195 ha
	Nr. 14/1	=	21,2967 ha
	Nr. 15/98	=	15,9899 ha
	Nr. 15/100	=	7,5363 ha
Flur 29	Nr. 1 teilweise	=	ca. 18,0000 ha
Sa. Gemarkung Mörfelden			240,0981 ha

Gemarkung Walldorf

Flur 1	Nr. 1/3	=	2,5520 ha
	Nr. 12	=	0,0207 ha
	Nr. 13	=	1,9216 ha
	Nr. 19/62	=	0,3082 ha
	Nr. 1439/1	=	0,1830 ha
	Nr. 1443/1	=	0,3344 ha
	Nr. 1439/2	=	0,0364 ha
	Nr. 1439/3	=	0,0029 ha
	Nr. 1446/5 teilweise	=	1,4109 ha
	Nr. 1450	=	0,1402 ha
	Nr. 1453/1	=	0,5061 ha
	Nr. 1454/1	=	0,1292 ha
	Nr. 9/12	=	0,0349 ha
Flur 7	Nr. 1/18	=	15,9879 ha
	Nr. 1/19	=	32,8797 ha
	Nr. 1/7	=	10,1729 ha
	Nr. 4/7	=	50,5779 ha
	Nr. 4/8	=	8,9588 ha
	Nr. 5/2	=	0,4485 ha
	Nr. 7/1	=	75,0751 ha
	Nr. 8	=	0,5681 ha
	Nr. 9	=	0,0309 ha
	Nr. 10	=	1,8427 ha
	Nr. 11/1 teilweise	=	0,5448 ha
	Nr. 14/1	=	0,6018 ha
	Nr. 15/2	=	35,0232 ha
	Nr. 15/3	=	33,4603 ha
	Nr. 16/2	=	0,5601 ha
	Nr. 17/3	=	43,4560 ha
	Nr. 19/1	=	9,4144 ha
	Nr. 38	=	40,8666 ha
	Nr. 43/1	=	30,9316 ha
	Nr. 44	=	0,4820 ha
	Nr. 45/3	=	39,6518 ha
	Nr. 46	=	0,7368 ha
	Nr. 47	=	33,7750 ha
	Nr. 48	=	0,7700 ha
	Nr. 49 teilweise	=	8,7000 ha
Flur 9	Nr. 1/1	=	7,8619 ha
	Nr. 1/2	=	23,4397 ha
	Nr. 2	=	0,3324 ha
	Nr. 3	=	29,7230 ha
	Nr. 4	=	19,5267 ha
	Nr. 5	=	0,3631 ha
	Nr. 6	=	0,2008 ha
	Nr. 7	=	0,1150 ha
	Nr. 8	=	0,2097 ha
	Nr. 9	=	0,2273 ha
	Nr. 10	=	0,1113 ha
Sa. Gemarkung Walldorf			565,2083 ha

Gemarkung Kelsterbach

Flur 5	Nr. 112/1	=	0,4005 ha
	Nr. 112/4 teilweise	=	ca. 27,0000 ha
	Nr. 113/3	=	30,8902 ha
	Nr. 123/9	=	14,5796 ha
Sa. Gemarkung Kelsterbach			72,8703 ha

Gemarkung Raunheim

Flur 9	Nr. 1/2	=	2,4012 ha
	Nr. 5/4	=	30,1125 ha
	Nr. 6/2	=	0,4913 ha
Flur 10	Nr. 1/2	=	0,2484 ha
Flur 13	Nr. 71/10 teilweise	=	ca. 31,0000 ha
	Nr. 75/3	=	38,1411 ha
Flur 14	Nr. 2/1	=	2,9563 ha
Sa. Gemarkung Raunheim			105,3508 ha

Gemarkung Rüsselsheimer Wald

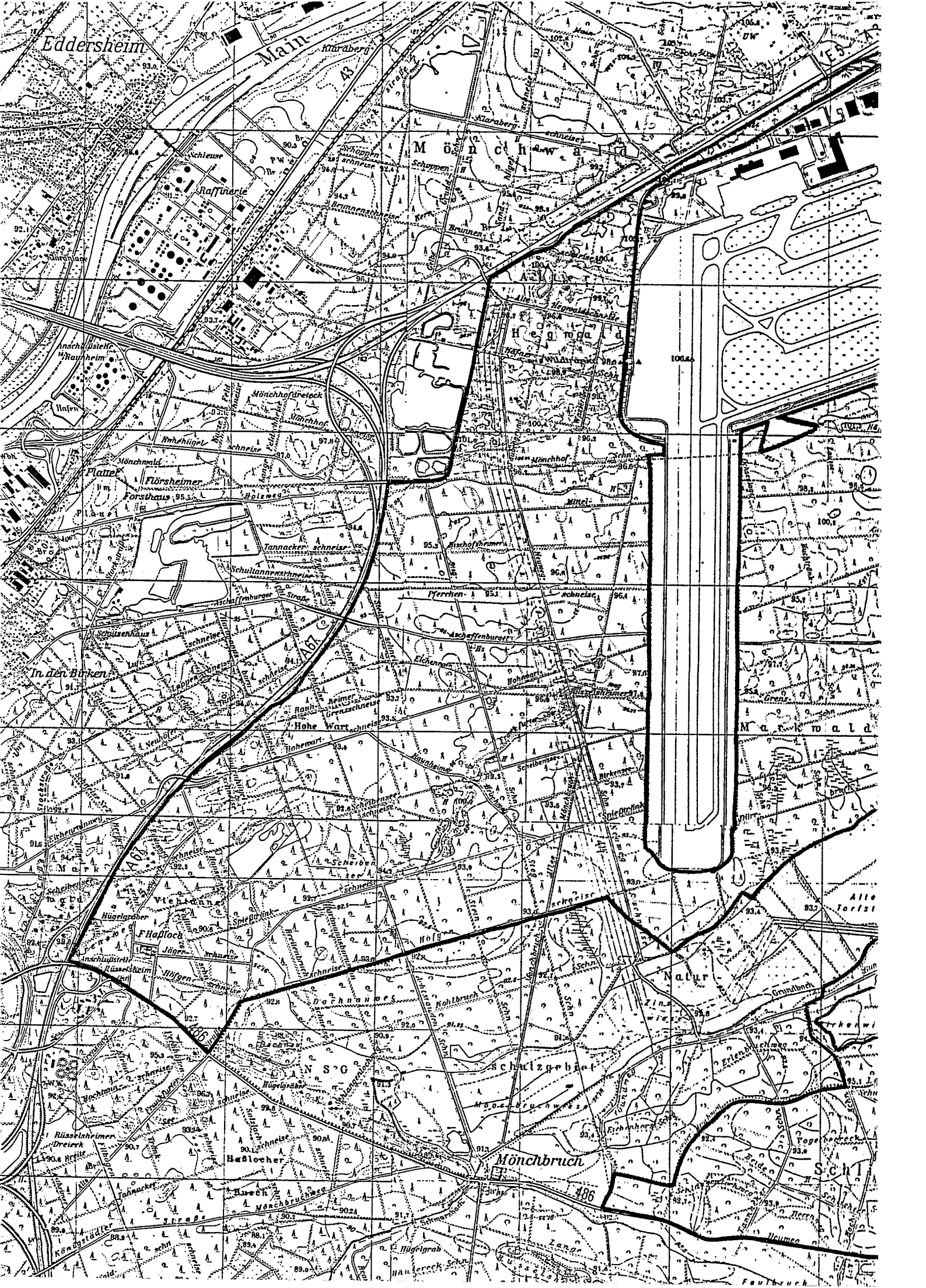
Flur 1	Nr. 1/6	=	275,8774 ha
	Nr. 1/7	=	28,2500 ha
	Nr. 1/8	=	114,7837 ha
Flur 2	Nr. 1/1	=	47,4496 ha
	Nr. 2/1	=	57,0767 ha
	Nr. 3	=	0,3311 ha
	Nr. 4/1	=	2,5694 ha
	Nr. 4/3	=	14,1199 ha
	Nr. 5	=	66,5718 ha
	Nr. 6/1	=	1,0061 ha
	Nr. 7	=	39,2294 ha
	Nr. 8/2	=	14,3117 ha
	Nr. 10/1	=	0,5193 ha
	Nr. 11/1	=	23,2097 ha
	Nr. 12	=	0,2167 ha
	Nr. 13	=	21,2413 ha
	Nr. 14	=	0,4819 ha
	Nr. 16	=	0,4957 ha
	Nr. 17	=	21,6447 ha
Flur 3	Nr. 1/1	=	43,6434 ha
	Nr. 1/4	=	0,1626 ha
	Nr. 2/1	=	47,2652 ha
	Nr. 3	=	0,2935 ha
	Nr. 4	=	39,0534 ha
	Nr. 5/1	=	57,1808 ha
Flur 4	Nr. 338/2	=	0,5661 ha
	Nr. 339 teilweise	=	1,5602 ha
	Nr. 340/1	=	0,1432 ha
	Nr. 341/1 teilweise	=	1,6926 ha
	Nr. 336/1	=	27,9949 ha
	Nr. 343/1	=	35,3237 ha
	Nr. 348	=	17,0175 ha
	Nr. 349	=	9,3180 ha
	Nr. 347	=	15,6650 ha
	Nr. 350/9	=	15,8258 ha
	Nr. 353	=	19,7800 ha
	Nr. 356/1	=	1,2125 ha
	Nr. 357 teilweise	=	ca. 50,4000 ha
	Nr. 355/1	=	79,9300 ha
Sa. Gemarkung Rüsselsheimer Wald			1 193,4145 ha

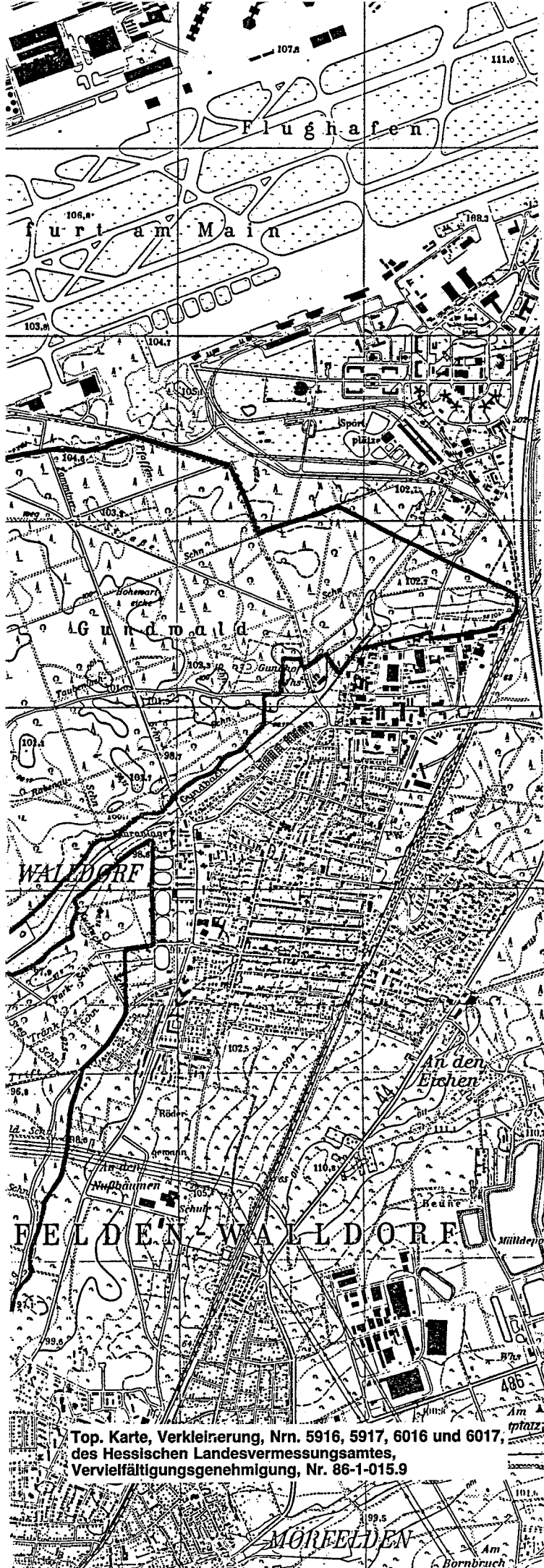
Gemarkung Haßloch

Flur 1	Nr. 1428	=	9,8414 ha
--------	----------	---	-----------

Gemarkung Flughafen Frankfurt

Flur 1	Nr. 130/8	=	0,2297 ha
	Nr. 215	=	0,1996 ha
	Nr. 217	=	0,5719 ha
	Nr. 218	=	33,7327 ha
	Nr. 219	=	0,5279 ha
	Nr. 220	=	0,1856 ha
	Nr. 221	=	3,3826 ha
	Nr. 222	=	0,0912 ha
	Nr. 223	=	0,0057 ha
	Nr. 224	=	0,1009 ha
	Nr. 225	=	0,0660 ha
	Nr. 226	=	4,9572 ha
	Nr. 227	=	0,0766 ha
	Nr. 228	=	6,4577 ha
	Nr. 229	=	0,2263 ha
	Nr. 231	=	0,0252 ha
	Nr. 237	=	2,9698 ha
	Nr. 238	=	0,0132 ha
	Nr. 239	=	0,9148 ha
	Nr. 240	=	0,0745 ha
	Nr. 241	=	6,7771 ha
	Nr. 242/1	=	0,9505 ha
	Nr. 245/2	=	0,0002 ha
	Nr. 245/4	=	0,0016 ha
	Nr. 248	=	0,6144 ha
	Nr. 249	=	9,5319 ha
	Nr. 250 teilweise	=	9,9172 ha
	Nr. 254 teilweise	=	39,6622 ha
Sa. Gemarkung Flughafen Frankfurt			122,2642 ha





Top. Karte, Verkleinerung, Nrn. 5916, 5917, 6016 und 6017,
des Hessischen Landesvermessungsamtes,
Vervielfältigungsgenehmigung, Nr. 86-1-015-9

Die Gesamtfläche des Bannwaldes beträgt 2 309,0476 ha. Von der genannten Fläche stehen

- 390,6611 ha im Eigentum der Stadt Rüsselsheim,
- 310,4750 ha im Eigentum der Gemeinde Bischofsheim,
- 33,2534 ha im Eigentum der Stadt Raunheim,
- 94,1584 ha im Eigentum der Stadt Flörsheim am Main,
- 20,2932 ha im Eigentum der Stadt Kelsterbach,
- 8,8094 ha im Eigentum der Stadt Mörfelden-Walldorf,
- 245,3932 ha im Eigentum der Flughafen Frankfurt am Main AG,

1 205,1398 ha im Eigentum des Landes Hessen
— Forstverwaltung — und
0,8641 ha sind Kleinprivatwald.

3. Die Grenzen des Bannwaldes sind in einer als Bestandteil dieser Erklärung geltenden Topographischen Karte im Maßstab 1 : 25 000 in Violett eingetragen.
4. Diese Erklärung und die Karte nach Nr. 3 sind bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt — oberer Forstbehörde — hinterlegt.

II. Zweck der Erklärung zu Bannwald

Der Bannwald stellt eine Restwaldfläche im Rhein-Main-Gebiet dar. Das nach größeren Eingriffen — z. B. für den Ausbau des Verkehrsflughafens Frankfurt am Main, den Bau von Fern- und Nahverkehrsstraßen sowie für Industrieansiedlungen — jetzt noch vorhandene Waldgebiet ist auf Grund seiner Lage zwischen dem Flughafen Frankfurt am Main und den Städten Kelsterbach, Raunheim, Rüsselsheim und Mörfelden-Walldorf und der damit verbundenen Funktionen hinsichtlich ihrer positiven Auswirkungen auf das Klima, die Reinhaltung der Luft sowie den Grundwasserschutz für die Bevölkerung dieses dicht besiedelten Raumes unersetzlich. Hinzu kommt, daß der Wald insbesondere im Nahbereich der Verkehrsanlagen einen nicht ersetzbaren Lärm- und Sichtschutz darstellt.

III. Gesetzliche Beschränkungen

1. Nach § 22 Abs. 2 Satz 2 des Hessischen Forstgesetzes ist die Rodung und Umwandlung von Bannwald in eine andere Nutzungsart verboten.
2. Nach § 22 Abs. 3 des Hessischen Forstgesetzes bedarf ein Kahlhieb sowie eine Vorratsabsenkung von mehr als vierzig vom Hundert des Holzvorrates der üblicherweise verwendeten Ertragstafeln im Bannwald der Genehmigung durch die obere Forstbehörde. Die Genehmigung kann mit Auflagen verbunden werden, soweit dies zur Erhaltung der Funktionen des Waldes erforderlich ist.

Keiner besonderen Genehmigung bedürfen die Maßnahmen, die aus Gründen der Sicherheit des Luftverkehrs im Bereich der Hindernisfreiflächen (Flächen mit höhenbegrenztem Aufwuchs) des Flughafens Frankfurt am Main auf Grund der Vorschriften des Luftverkehrsgesetzes durchzuführen sind.

IV. Besondere Auflagen

Die Erklärung zu Bannwald dient dem Ziel, die Schutzfunktionen der unter Abschn. I Nr. 2 aufgeführten Waldflächen nachhaltig zu sichern und durch geeignete Maßnahmen möglichst zu steigern (Schutzziel):

- a) Der Waldbesitzer ist zu einer pfleglichen, den Waldbestand erhaltenden sowie zu einer die Schutzfunktionen fördernden Behandlung des Waldes verpflichtet.
- b) Er ist ferner verpflichtet, alles zu unterlassen, was dem Schutzziel entgegensteht oder die Schutzfunktionen wesentlich beeinträchtigt.
- c) Alle waldbaulichen Maßnahmen sind im Rahmen der standörtlichen Möglichkeiten auf das Schutzziel auszurichten.

V. Schlußvorschriften

1. Die verfahrensmäßigen Rechte
 - a) des Trägers der Regionalplanung
 - b) der Waldbesitzer
 - c) der Gemeinden
 - d) der unteren Naturschutzbehörde
 - e) des Bezirksforstsausschusses
 sind gewahrt.
2. Diese Erklärung wird in ortsüblicher Weise öffentlich bekanntgemacht.
3. Diese Erklärung wird am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wirksam, soweit sie bis dahin in ortsüblicher Weise bekanntgemacht ist; anderenfalls wird sie am Tage nach der ortsüblichen Bekanntmachung wirksam.

4. Die Erklärung vom 17. Mai 1971 — VII/10 F 11 — 19 — (n. v.) sowie vom 11. September 1975 (StAnz. 1976 S. 300) werden hiermit aufgehoben.

Darmstadt, 5. Dezember 1986

Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz
gez. D u m m

StAnz. 52/1986 S. 2592

1300 KASSEL

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Sondertal und Talgraben bei Bad Wildungen“ vom 9. Dezember 1986

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), geändert durch Gesetz vom 28. August 1986 (GVBl. I S. 253), wird nach Anhörung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574, 1977 S. 650), geändert durch Gesetz vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649), anerkannten Verbände im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung und mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

§ 1

(1) Das Sondertal und der Talgraben südwestlich von Bad Wildungen werden in den sich aus Abs. 2 und 3 ergebenden Grenzen zum Naturschutzgebiet erklärt.

(2) Zum Naturschutzgebiet „Sondertal und Talgraben bei Bad Wildungen“ gehören zwei Teilflächen, diese bestehen aus kleinräumig wechselnden Waldgesellschaften sowie Wiesen, Weiden und dem Bachsystem von Sondertal und Talgraben und liegen in den Gemarkungen Odershausen und Bad Wildungen der Stadt Bad Wildungen im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Es hat eine Größe von 64,19 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

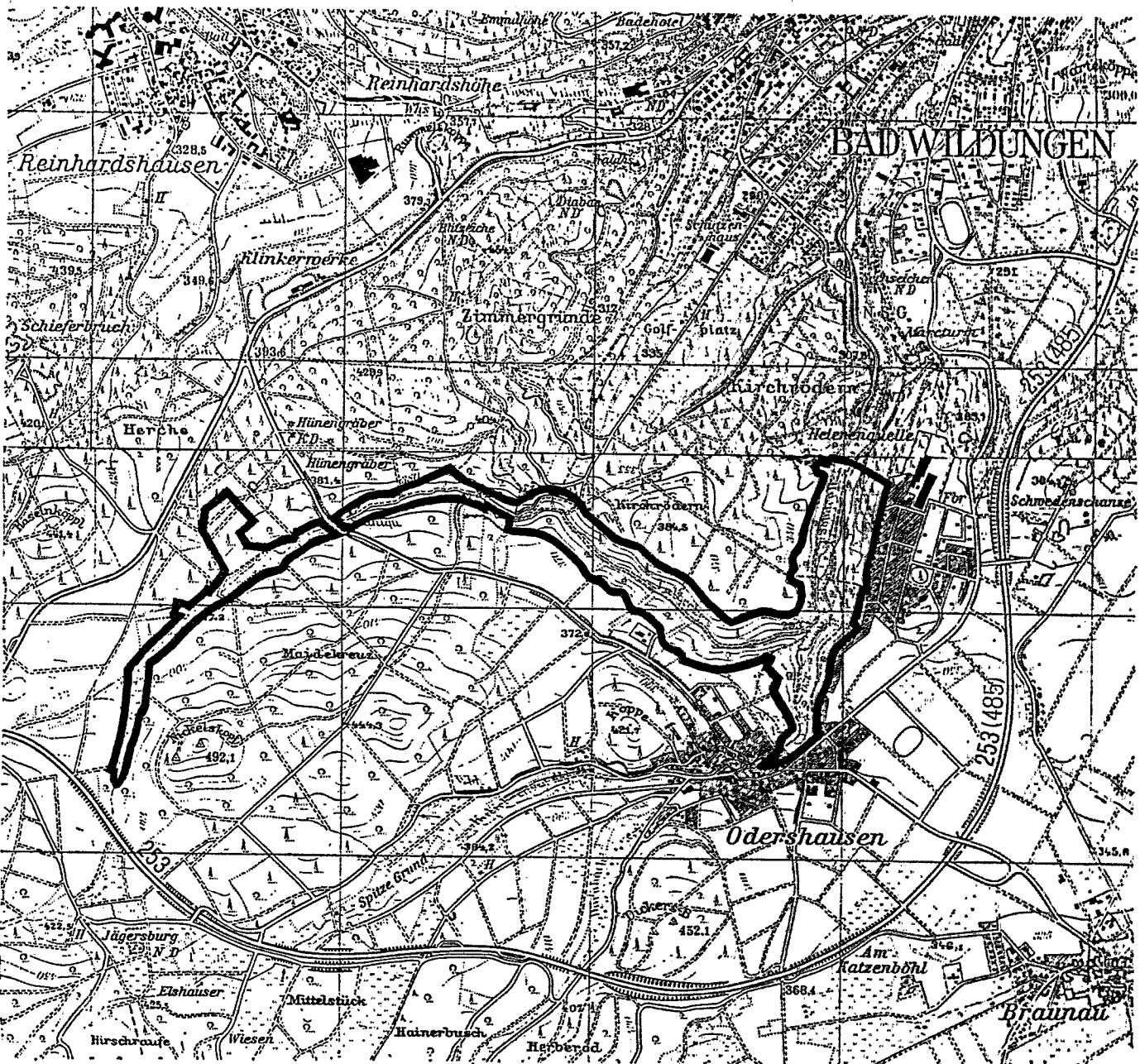
(3) Diese Verordnung gilt für das in einer Karte im Maßstab 1 : 5 000 rot begrenzte Gebiet. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird von der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Kassel — oberer Naturschutzbehörde — Wilhelmshöher Allee 157-159, 3500 Kassel, verwahrt.

(4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

§ 2

Zweck der Unterschutzstellung ist es, die natürlichen Waldgesellschaften mit dem naturnahen Bachsystem und dessen Uferberei-

Auszug aus der Top. Karte, Maßstab 1 : 25 000, Nrn. 4820/4920, des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 86-1-007



che als Standort zahlreicher, zum Teil sehr seltener Pflanzenarten sowie als Lebensraum bestandsgefährdeter Tierarten zu sichern und zu erhalten.

§ 3

Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen i. S. des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig von deren Anwendungsbereich (§ 1 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung) oder von einer Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer sowie den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern sowie Moore, Sümpfe oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen;
5. Pflanzen einschließlich der Bäume und Sträucher zu beschädigen oder zu entfernen;
6. wildlebenden Tieren, auch Fischen in Teichen oder sonstigen geschlossenen Gewässern nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege zu betreten;
9. zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten, Wasserverfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter oder Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen;
10. mit Fahrzeugen außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Fahrzeuge zu parken;
11. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
12. Wiesen oder Weiden umzubrechen oder deren Nutzung zu ändern;
13. zu düngen oder Pflanzenbehandlungsmittel anzuwenden;
14. Hunde frei laufen zu lassen;
15. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.

§ 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die extensive Nutzung der Grünlandflächen, mit den in § 3 Nr. 12 und 13 genannten Einschränkungen;
2. Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung von natürlichen arten- und strukturreichen Waldgesellschaften mit der in § 3 Nr. 13 genannten Einschränkung und im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;
3. die Ausübung der Einzeljagd auf Schalenwild und Waschbären;
4. die Handlungen der zuständigen Wasserbehörden oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht sowie Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern und Wassergewinnungsanlagen im jeweiligen Einvernehmen mit der oberen Naturschutz-

behörde, sowie der Betrieb der Wassergewinnungsanlagen im Rahmen der wasserrechtlichen Erlaubnis;

5. die erforderlichen Maßnahmen zur Erhaltung der vorhandenen Erholungseinrichtungen im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde und ihre Benutzung;
6. der Betrieb und die Unterhaltung der technischen Anlagen des Hessischen Staatsbades Bad Wildungen im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art.

§ 5

Zuständige Behörde für Befreiungen nach § 31 des Bundesnaturschutzgesetzes ist die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden. Die Hessische Landesanstalt für Umwelt ist zu hören.

§ 6

Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. bauliche Anlagen entgegen § 3 Nr. 1 herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder die Bodengestalt verändert (§ 3 Nr. 2);
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Nr. 3);
4. Wasser, Gewässer oder Feuchtgebiete in der in § 3 Nr. 4 bezeichneten Art beeinflusst;
5. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Nr. 5);
6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Nr. 7);
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege betritt (§ 3 Nr. 8);
9. reitet, lagert, badet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmert, Feuer anzündet oder unterhält, Wasserverfahrzeuge aller Art einschließlich Surfbretter oder Luftmatratzen oder Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt (§ 3 Nr. 9);
10. mit Fahrzeugen außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt oder Fahrzeuge parkt (§ 3 Nr. 10);
11. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Nr. 11);
12. Wiesen oder Weiden umbricht oder deren Nutzung ändert (§ 3 Nr. 12);
13. düngt oder Pflanzenbehandlungsmittel anwendet (§ 3 Nr. 13);
14. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 14);
15. gewerbliche Tätigkeiten ausübt (§ 3 Nr. 15).

§ 7

Die Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen in den Landkreisen Frankenberg, Fritzlar-Hörsberg, Waldeck und Ziegenhain — Landschaftsschutzverordnung für den Kellerwald — vom 11. August 1972 (StAnz. S. 1626), geändert durch Verordnung vom 9. August 1974 (StAnz. S. 1653), wird für den Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

§ 8

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 9. Dezember 1986

**Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz**
gez. Dr. Ruppert

StAnz. 52/1986 S. 2596

1301

HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND

Fortbildungsprogramm 1987 des Verwaltungsseminars Wiesbaden

Das Verwaltungsseminar Wiesbaden bietet 1987 in Wiesbaden und an der Seminarabteilung in Gießen folgende Fortbildungslehrgänge an:

F 1 G

Personalwesen
Berufsbegleitende Fortbildung
— Grundkurs —

Gießen

- Zielgruppe: Personalsachbearbeiter/innen der kommunalen und der staatlichen Verwaltung, insbesondere in der Einarbeitungsphase
- Stoffplan: Grundlage ist der Bundesangestelltentarifvertrag
— Sachlicher und persönlicher Geltungsbereich
— Gestaltung des Arbeitsvertrages, Probezeit

	<ul style="list-style-type: none"> — Eingruppierung, Bewährungsaufstieg vorübergehende Übertragung höherwertiger Tätigkeiten — Beendigung des Arbeitsverhältnisses Kündigungsschutz 		Stoffplan:	<ul style="list-style-type: none"> — Begriff, Aufgaben, Rechtstellung der Hilfspolizeibeamten/innen — Eingriffsbefugnisse, Zwangsmaßnahmen, Verhältnismäßigkeit der Mittel — Verkehrsbereich Zeichen und Weisungen von Polizeibeamten — Feld-, Forst- und Naturschutz Forstgesetz Abfallbeseitigungsgesetz Tierschutzgesetz Gemeindegesetzungen Psychologie — Steuerung menschlichen Verhaltens — Aggression und Aggressivität — Sprache als Mittel zum Aggressionsabbau
Dauer:	24 Stunden			40 Stunden
Zeitplan:	Dienstag, 3. Februar 1987, von 13.00—16.15 Uhr Dienstag, 10. Februar 1987, von 13.00—16.15 Uhr Dienstag, 17. Februar 1987, von 8.00—13.00 Uhr Dienstag, 24. Februar 1987, von 8.00—13.00 Uhr Mittwoch, 4. März 1987, von 13.00—16.15 Uhr			Mittwoch, 6. Mai 1987 Mittwoch, 13. Mai 1987 Mittwoch, 20. Mai 1987 Mittwoch, 27. Mai 1987 Mittwoch, 3. Juni 1987 Mittwoch, 10. Juni 1987 Freitag, 12. Juni 1987 — jeweils von 8.00 bis 13.00 Uhr —
F 2 G	Personalwesen	Gießen	Dauer:	40 Stunden
	Berufsbegleitende Fortbildung — Aufbaukurs —		Zeitplan:	Mittwoch, 6. Mai 1987 Mittwoch, 13. Mai 1987 Mittwoch, 20. Mai 1987 Mittwoch, 27. Mai 1987 Mittwoch, 3. Juni 1987 Mittwoch, 10. Juni 1987 Freitag, 12. Juni 1987 — jeweils von 8.00 bis 13.00 Uhr —
Zielgruppe:	Personalsachbearbeiter/innen der kommunalen und staatlichen Verwaltung			
Stoffplan:	Grundlage ist der Bundes-Angestellentarifvertrag — Eingruppierung anhand praktischer Beispiele — Berechnung der Beschäftigungs- und Dienstzeit — Mutterschutz — Kündigungsrecht — Kündigungsschutzgesetz mit praktischen Beispielen — Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Auflösungsvertrag, Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit oder Erreichen der Altersgrenze		F 3b G	Fortbildung der Hilfspolizeibeamten Gießen Berufsbegleitende Fortbildung — Aufbaukurs —
Dauer:	30 Stunden		Zielgruppe:	Hilfspolizeibeamten/innen, die bereits an einem Fortbildungs-Grundkurs teilgenommen haben
Zeitplan:	Donnerstag, 15. Oktober 1987 Donnerstag, 22. Oktober 1987 Donnerstag, 29. Oktober 1987 Donnerstag, 5. November 1987 Donnerstag, 12. November 1987 — jeweils von 8.00 bis 13.00 Uhr —		Stoffplan:	Konfliktbewältigung mit Hilfe der Transaktionsanalyse — Einführung in die Transaktionsanalyse; Die Persönlichkeit — Merkmale der verschiedenen Ich-Zustände; Transaktion und Analyse; Übungen — Kommunikationsregeln; Beispiele aus dem beruflichen Alltag; Übungen — Techniken der Konfliktbewältigung; Rollenspiele
F 3 W	Fortbildung der Hilfspolizeibeamten	Wiesbaden	Dauer:	16 Stunden
	Berufsbegleitende Fortbildung		Zeitplan:	Dienstag, 17. März 1987 Donnerstag, 19. März 1987 Dienstag, 24. März 1987 Donnerstag, 26. März 1987 — jeweils von 13.00 bis 16.15 Uhr —
Zielgruppe:	Hilfspolizeibeamte/innen, die ihr Fachwissen auffrischen und vertiefen möchten			
Stoffplan:	— Begriff, Aufgaben, Rechtstellung der Hilfspolizeibeamten/innen — Eingriffsbefugnisse, Zwangsmaßnahmen Verhältnismäßigkeit der Mittel — Verkehrsbereich Zeichen und Weisungen von Polizeibeamten — Feld-, Forst- und Naturschutz Forstgesetz Abfallbeseitigungsgesetz Tierschutzgesetz Gemeindegesetzungen Psychologie — Steuerung menschlichen Verhaltens — Aggression und Aggressivität — Sprache als Mittel zum Aggressionsabbau		F 4 W	Hessisches Beihilferecht Wiesbaden Berufsbegleitende Fortbildung — Grundkurs —
Dauer:	40 Stunden		Zielgruppe:	Bedienstete in der Einarbeitungsphase und solche, die ihr Wissen auffrischen möchten
Zeitplan:	Die genaue Terminfestsetzung erfolgt, sobald auf Grund der Anmeldezahl das Zustandekommen des Lehrganges gesichert ist		Stoffplan:	— Geltungsbereich der Hessischen Beihilfeverordnung — Beihilfeberechtigte Personen — Beihilfefälle — Beihilfefähigkeit der Aufwendungen
F 3a G	Fortbildung der Hilfspolizeibeamten	Gießen	Dauer:	18 Stunden
	Berufsbegleitende Fortbildung — Grundkurs —		Zeitplan:	Freitag, 13. Februar 1987 Freitag, 20. Februar 1987 Freitag, 27. Februar 1987
Zielgruppe:	Hilfspolizeibeamte/innen, die ihr Fachwissen auffrischen und vertiefen möchten		F 4a G	Hessisches Beihilferecht Gießen Berufsbegleitende Fortbildung — Grundkurs —
			Zielgruppe:	Bedienstete ohne große Erfahrung im Beihilferecht und solche, die ihr Wissen auffrischen möchten
			Stoffplan:	— Geltungsbereich der Hessischen Beihilfeverordnung — Beihilfeberechtigte Personen — Beihilfefälle

	<ul style="list-style-type: none"> — Beihilfefähigkeit der Aufwendungen; auch von privatkrankenversicherten Personen, die Beitragszuschuß erhalten — Krankheitsfälle — beihilfefähige Aufwendungen bei dauernder Anstaltsunterbringung; bestimmten zahnärztlichen Sonderleistungen — kieferorthopädischer Behandlung — Entbindungen außerhalb der Bundesrepublik — Begriffe des Sanatoriums — Geburtsfälle — Todesfälle — Heilkuren — Bemessung der Beihilfe — Verfahren — Beihilfe an Hinterbliebene und andere Personen in Todesfällen — Verwaltungsvorschriften 	<p>F 6 G</p> <p>Zielgruppe:</p> <p>Stoffplan:</p> <p>Zeit:</p> <p>Zeitplan:</p>	<p>Datenschutz und Melderecht Gießen</p> <p>Berufsbegleitende Fortbildung</p> <p>Bedienstete der Meldeämter</p> <p>Funktionswandel des Meldewesens seit seiner Entstehung</p> <p>Melderechtsrahmengesetz und das Hessische Landesmeldegesetz als Bestandteil des bereichsspezifischen Datenschutzes</p> <p>Aufbau und Systematik des Hessischen Meldegesetzes und der derzeit geltenden melderechtlichen Vorschriften</p> <p>Probleme der Anwendung melderechtlicher Vorschriften — Diskussion anhand von Beispielen aus der Praxis —</p> <p>8 Stunden</p> <p>Mittwoch, 11. März 1987</p> <p>Donnerstag, 12. März 1987</p> <p>— jeweils von 13.00 bis 16.15 Uhr —</p>
<p>Dauer:</p> <p>Zeitplan:</p>	<p>28 Stunden (ein- bis zweimal wöchentlich 4 Stunden)</p> <p>Februar/März/April 1987</p> <p>Genaue Terminfestsetzung erfolgt, sobald auf Grund der Anmeldezahl das Zustandekommen des Lehrganges gesichert ist</p>	<p>F 7 W</p> <p>Zielgruppe:</p> <p>Stoffplan:</p>	<p>Allgemeines Verwaltungsrecht Wiesbaden</p> <p>und Verwaltungsverfahrenrecht</p> <p>Berufsbegleitende Fortbildung</p> <p>Beamte/innen des mittleren und gehobenen Dienstes und vergleichbare Angestellte, die ihre Kenntnisse auffrischen wollen</p>
<p>F 4b G</p> <p>Zielgruppe:</p> <p>Themen- schwerpunkte:</p> <p>Dauer:</p> <p>Zeitplan:</p>	<p>Hessisches Beihilferecht Gießen</p> <p>Berufsbegleitende Fortbildung</p> <p>— Aufbaukurs —</p> <p>Teilnehmer des Grundkurses sowie Bedienstete, deren Aufgabenbereich die Anwendung der Hessischen Beihilfeverordnung einschließt und die bereits über Kenntnisse auf diesem Gebiet verfügen</p> <p>Aktueller Stand des Beihilferechts</p> <p>Notwendigkeit und Angemessenheit der Beihilfe</p> <p>Stationäre Krankenhausbehandlung</p> <p>Heilkuren und Sanatorien</p> <p>Das Seminar wird sich — unter Berücksichtigung der Interessenlage der Teilnehmer/innen — insbesondere auf die Bearbeitung praktischer Fälle erstrecken.</p> <p>24 Stunden (ein- bis zweimal wöchentlich 4 Stunden)</p> <p>Oktober/November 1987</p> <p>Die genaue Terminfestsetzung erfolgt, sobald auf Grund der Anmeldezahl das Zustandekommen des Lehrganges gesichert ist</p>	<p>1. Verwaltung im System des Grundgesetzes</p> <p>1.2 Verwaltungsaufbau in Bund und Land</p> <p>1.3 Träger der Verwaltung</p> <p>2. Verwaltungsrecht</p> <p>2.1 Grundsätze</p> <p>3. Verwaltungshandeln</p> <p>3.1 Verwaltungsakt</p> <p>3.2 Nebenbestimmungen</p> <p>3.3 Rücknahme, Widerruf</p> <p>4. Verwaltungsverfahrenrecht</p> <p>5. Widerspruch und Klageverfahren</p> <p>30 Stunden (einmal wöchentlich 6 Stunden)</p> <p>Freitag, 8. Mai 1987</p> <p>Freitag, 15. Mai 1987</p> <p>Freitag, 22. Mai 1987</p> <p>Freitag, 29. Mai 1987</p> <p>Freitag, 5. Juni 1987</p> <p>F 8</p> <p>Zielgruppe:</p> <p>Stoffplan:</p>	<p>6.1 Verwaltungsrecht</p> <p>6.2 Verwaltungsverfahrensrecht</p> <p>6.3 Träger der Verwaltung</p> <p>6.4 Verwaltungsrecht</p> <p>6.5 Grundsätze</p> <p>6.6 Verwaltungshandeln</p> <p>6.7 Verwaltungsakt</p> <p>6.8 Nebenbestimmungen</p> <p>6.9 Rücknahme, Widerruf</p> <p>6.10 Verwaltungsverfahrenrecht</p> <p>6.11 Widerspruch und Klageverfahren</p> <p>Rhetorik I Gießen und Wiesbaden</p> <p>Berufsbegleitende Fortbildung</p> <p>— Grundkurs —</p> <p>Interessenten/innen aus allen Bereichen (begrenzte Teilnehmerzahl)</p> <p>a) Theorie:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Rhetorik als Persönlichkeitsbildung — Persönlichkeitsbildung als bewusste Gestaltung des unmittelbaren Wirkungsraumes — Formen des unmittelbaren Umganges: Gespräche, freie Rede, Diskussion, Verhandlungen <p>b) praktische Übungen</p> <p>14 Stunden</p> <p>Gießen:</p> <p>Donnerstag, 11. Juni 1987, von 8.00 bis 15.30 Uhr,</p> <p>Freitag, 12. Juni 1987, von 8.00 bis 13.00 Uhr,</p> <p>Wiesbaden:</p> <p>Donnerstag, 4. Juni 1987, von 8.00 bis 15.30 Uhr,</p> <p>Freitag, 5. Juni 1987, von 8.00 bis 13.00 Uhr</p>
<p>F 5 G</p> <p>Zielgruppe:</p> <p>Stoffplan:</p> <p>Dauer:</p> <p>Zeitplan:</p>	<p>Allgemeines Verwaltungsrecht Gießen</p> <p>Berufsbegleitende Fortbildung</p> <p>Verwaltungsangestellte ohne Seminar- ausbildung sowie Beamte/innen des mittleren und gehobenen Dienstes, die ihre Kenntnisse auffrischen wollen</p> <p>1. Verwaltung im System des Grundgesetzes</p> <p>2. Allgemeine Grundlagen des Verwaltungsrechts</p> <p>3. Das Verwaltungshandeln</p> <p>3.1 Lehre vom Verwaltungsakt</p> <ul style="list-style-type: none"> — Nebenbestimmungen — Rücknahme, Widerruf <p>3.2 Tatsächliches Verwaltungshandeln</p> <p>4. Widerspruch und Klageverfahren</p> <p>20 Stunden</p> <p>Mittwoch, 30. September 1987</p> <p>Dienstag, 6. Oktober 1987</p> <p>Donnerstag, 8. Oktober 1987</p> <p>Mittwoch, 14. Oktober 1987</p> <p>Mittwoch, 21. Oktober 1987</p> <p>— jeweils von 13.15 bis 16.30 Uhr —</p>	<p>F 9</p> <p>Zielgruppe:</p> <p>Stoffplan:</p> <p>Dauer:</p> <p>Zeitplan:</p>	<p>Rhetorik II Gießen und Wiesbaden</p> <p>Agieren in Systemen</p> <p>Berufsbegleitende Fortbildung</p>

Zielgruppe: Stoffplan:	Teilnehmer/innen des Grundkurses Rhetorik I a) Theorie: — Formelle und informelle Strukturen — Psychologie der Führung und Organisation — Die Macht der Sprache — die Sprachen der Macht b) praktische Übungen	F 12a G	Aufbau und Fortsetzungsseminar im Bereich „Ausbildung der Ausbilder“ Berufsbegleitende Fortbildung Bedienstete aus allen Bereichen der kommunalen und staatlichen Verwaltung, die bereits an einem „Sonderlehrgang für Ausbilder zum Erwerb der berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse“ teilgenommen haben	Gießen
Dauer: Zeitplan:	14 Stunden Gießen: Donnerstag, 1. Oktober 1987, von 8.00 bis 15.30 Uhr Freitag, 2. Oktober 1987, von 8.00 bis 13.00 Uhr Wiesbaden: Donnerstag, 24. September 1987, von 8.00 bis 15.30 Uhr Freitag, 25. September 1987, von 8.00 bis 13.00 Uhr	Themen- schwerpunkte:	— Reflexion über die Umsetzung des Gelernten in die Praxis und Auswertung der Erfahrungen — Kritische Reflexion (Erfolgskontrolle) über die eigene Ausbildungspraxis — Auffrischen bereits erlernter Kenntnisse (Behebung von Lern- und Lehrschwierigkeiten) — Erarbeitung neuer Impulse und Strategien für die Ausbildung	
F 10	Rhetorik III Gießen und Wiesbaden Agieren aus Systemen Berufsbegleitende Fortbildung	Dauer: Zeitplan:	12 Stunden Montag, 4. Mai 1987 Donnerstag, 7. Mai 1987 — jeweils von 8.00 bis 13.00 Uhr —	
Zielgruppe: Stoffplan:	Aufbauseminar für Absolventen/innen der Kurse Rhetorik I und II a) Theorie: — Outsider / Insider — Agieren aus Systemen — Umgang mit dem Bürger — Probleme, Konflikte, Lösungsstrategien b) praktische Übungen	F 13	Personalbeurteilung Berufsbegleitende Fortbildung Personalsachbearbeiter/innen, die mit Einstellungen befaßt sind, Ausbilder, Vorgesetzte mit Beurteilungsaufgaben, Mitglieder der Personalräte	Wiesbaden
Dauer: Zeitplan:	14 Stunden Gießen: Donnerstag, 3. Dezember 1987, von 8.00 bis 15.30 Uhr, Freitag, 4. Dezember 1987, von 8.00 bis 13.00 Uhr Wiesbaden: Donnerstag, 26. November 1987, von 8.00 bis 13.00 Uhr Freitag, 27. November 1987, von 8.00 bis 13.00 Uhr	Zielgruppe: Stoffplan:	1. Anforderungs-Eignungsprofile 2. Verfahren zur Personalbeurteilung 3. Verlauf einer Personalbeurteilung	
		Dauer: Zeitplan:	18 Stunden Montag, 24. August 1987 Dienstag, 25. August 1987 Mittwoch, 26. August 1987	
F 11 W	Datenschutz und Datensicherung Wiesbaden Berufsbegleitende Fortbildung	F 14 W	Verwaltungsvollstreckungsrecht Wiesbaden Berufsbegleitende Fortbildung	Wiesbaden
Zielgruppe:	Mitarbeiter/innen aus den Meldebehörden und sonstigen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, die personenbezogene Daten speichern und verarbeiten	Zielgruppe:	Bedienstete aus dem Bereich der hoheitlichen Verwaltung, die mit der Durchsetzung von Verwaltungsentscheidungen betraut sind oder denen die Beitreibung öffentlicher Forderungen obliegt	
Stoffplan:	Einführung in die Grundprinzipien des Datenschutzrechts Datengeheimnis, Datensicherung Problemfälle und mögliche Lösungen	Stoffplan:	1. Durchsetzung von Verwaltungsakten 1.1 Formale Voraussetzungen 1.2 Vollziehbarkeit; sofortige Vollziehung 2. Zwangsmittel 3. Vollstreckung in das Vermögen 4. Verwaltungsvollstreckung aus der Sicht der Verwaltungsgerichte	
Dauer: Zeitplan:	12 Stunden (zweimal 6 Stunden) Dienstag, 28. April 1987 Dienstag, 5. Mai 1987	Dauer: Zeitplan:	24 Stunden (einmal wöchentlich 6 Stunden) Freitag, 4. September 1987 Freitag, 11. September 1987 Freitag, 18. September 1987 Freitag, 25. September 1987	
F 12 W	Aufbau- und Fortsetzungsseminar im Bereich „Ausbildung der Ausbilder“ Berufsbegleitende Fortbildung	F 15 W	Automatisierte Datenverarbeitung Der Personalcomputer Einführungsfortbildung	Wiesbaden
Zielgruppe:	Bedienstete aus allen Bereichen der kommunalen und staatlichen Verwaltung, die bereits an einem „Sonderlehrgang für Ausbilder zum Erwerb der berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse“ teilgenommen haben	Zielgruppe:	Mitarbeiter/innen aus allen Bereichen der Verwaltung, für deren Unterstützung der Einsatz von Personalcomputern vorgesehen ist	
Stoffplan:	— Umsetzung des Gelernten in die Praxis und Auswertung der Erfahrungen — Übungen verständlichen Erklärens und Erläuterns — Lernerfolgskontrolle und Umgang mit speziellen Lernschwierigkeiten	Stoffplan:	Möglichkeiten des Einsatzes in der Verwaltung Akzeptanzprobleme Praktische Übungen	
Dauer: Zeitplan:	12 Stunden Donnerstag, 11. Juni 1987 Freitag, 12. Juni 1987	Dauer: Zeitplan:	12 Stunden (einmal wöchentlich 6 Stunden) Freitag, 16. Oktober 1987 Freitag, 23. Oktober 1987	

F 16 G	Die Zusatzversorgung der Arbeitnehmer/innen im öffentlichen Dienst unter Berücksichtigung der neuesten Änderungen Berufsbegleitende Fortbildung	F 20	Ordnungswidrigkeitenrecht Berufsbegleitende Fortbildung
Zielgruppe:	Bedienstete, die in der Praxis mit zusatzversorgungsrechtlichen Fragen zu tun haben	Zielgruppe:	Mitarbeiter/innen mit entsprechenden Aufgabengebieten
Themenschwerpunkte:	Versicherungspflicht in der Zusatzversorgung Bestimmen des Zusatzversorgungspflichtigen Entgelts Ende der Pflichtversicherung Überleitungen Berechnen einer Versorgungsrente	Stoffplan:	— Die Änderung des Ordnungswidrigkeitengesetzes vom 7. Juli 1986 — Die Änderung der Zuständigkeiten der Gemeindeaufsichtsverwaltungen — Spezialvorschriften im Straßenverkehr
Dauer:	4 Stunden	Dauer:	18 Stunden
Zeitplan:	Mittwoch, 18. Februar 1987, von 13.00 bis 16.15 Uhr	Zeitplan:	Wiesbaden: Dienstag, 10. März 1987 Dienstag, 17. März 1987 Dienstag, 24. März 1987
F 17 W	Rechtschreibung Einführungsfortbildung	F 21 W	Gewerberecht Berufsbegleitende Fortbildung
Zielgruppe:	Mitarbeiter/innen aus allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, die ihre Kenntnisse in Orthographie und Interpunktion verbessern wollen	Zielgruppe:	Mitarbeiter/innen mit entsprechenden Aufgabengebieten
Stoffplan:	Straßennamen Silbentrennung die S-Laute das — daß Zusammen- und Getrenntschreiben Zeichensetzung	Stoffplan:	Gewerberechtliche Regelungen mit besonderem Schwerpunkt im Gaststättenrecht; Lebensmittelkontrolle; Besprechung schwieriger praktischer Fälle
Dauer:	24 Stunden (Nachmittage)	Dauer:	18 Stunden
Zeitplan:	jeweils dienstags und donnerstags, beginnend ab 1. September 1987	Zeitplan:	Freitag, 20. November 1987 Freitag, 27. November 1987 Freitag, 4. Dezember 1987
F 18 W	Fortbildung der Registratoren Einführungsfortbildung	F 22	Hessisches Personalvertretungsgesetz — HPVG —
Zielgruppe:	Mitarbeiter/innen in der Schriftgutverwaltung aus dem staatlichen und kommunalen Bereich	Zielgruppe:	Berufsbegleitende Fortbildung Personalsachbearbeiter/innen und Mitglieder der Personalvertretungen
Stoffplan:	Verwaltungsaufbau Verwaltungshandeln Schriftgutverwaltung Ordnungssysteme Aktenplan/Aktenverzeichnis Moderne Registratormittel	Stoffplan:	— Allgemeine Aufgaben und Rechte des Personalrats — Die Personalversammlung Beteiligungsform Stufenverfahren und Einigungsstelle Beschlussverfahren vor der Fachkammer der Verwaltungsgerichte
Dauer:	36 Stunden (einmal wöchentlich 6 Stunden)	Dauer:	12 Stunden
Zeitplan:	Dienstag, 13. Oktober 1987 Dienstag, 20. Oktober 1987 Dienstag, 27. Oktober 1987 Dienstag, 3. November 1987 Dienstag, 10. November 1987 Dienstag, 17. November 1987	Zeitplan:	Freitag, 27. März 1987 Dienstag, 31. März 1987
F 19 G	Kindergeldrecht Berufsbegleitende Fortbildung	F 23	Öffentliches Finanzwesen (staatlich)
Zielgruppe:	Bedienstete, die im Rahmen ihres Aufgabebereiches mit Kindergeldfragen zu tun haben	Zielgruppe:	Berufsbegleitende Fortbildung Sachbearbeiter/innen in entsprechenden Aufgabengebieten der staatlichen Verwaltung
Themenschwerpunkte:	Anspruchsberechtigte, Kinder i. S. des Bundeskindergeldgesetzes Beginn und Ende des Anspruchs, Höhe des Kindergeldes — einkommensabhängige Minderung Konkurrenzregelung, Kindergeld i. V. m. anderen Leistungen, Kindergeldzuschlag Verfahren	Stoffplan:	— Rechtsgrundlagen staatlicher Haushalts- und Wirtschaftsführung — Gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Haushaltswirtschaft — Gliederung des Haushaltsplans — Haushaltsgrundsätze — Aufstellung und Ausführung des Landeshaushaltsplanes — Arten der Kassenanweisung, Rechnungsbelege, Feststellungsvermerke, Anordnungsbefugnisse — Rechnungsprüfung
Dauer:	8 Stunden	Dauer:	30 Stunden (einmal wöchentlich 6 Stunden)
Zeitplan:	Mittwoch, 25. Februar 1987 Donnerstag, 26. Februar 1987 — jeweils von 13.00 bis 16.15 Uhr —	Zeitplan:	Wiesbaden: Dienstag, 11. August 1987 Dienstag, 18. August 1987 Dienstag, 25. August 1987

	Dienstag, 1. September 1987 Dienstag, 8. September 1987 Gießen: Die Terminfestsetzung erfolgt, sobald auf Grund der Anmeldezahl das Zustandekommen des Lehrganges gesichert ist	F 27 G	Einführung in die Informationsverarbeitung Berufsbegleitende Fortbildung Zielgruppe: Bedienstete mit oder ohne Vorkenntnisse in der Datenverarbeitung Stoffplan: Datenverarbeitungsgrundlagen — Datenverarbeitungstechnik — Der Umgang mit Daten — Die Hardware — Die Software — Verarbeitungsformen Personal-Computer-Grundlagen — Funktionsweise und Aufbau (aus Hardware- und Betriebssysteme)sicht — Einsatzmöglichkeiten/Standardsoftware — Datenorganisation/-sicherung/-schutz — Vernetzung Datenverarbeitungs-Organisation — Anwendungsentwicklung/Arbeitstechniken — Textverarbeitung/Dokumentenverarbeitung — Perspektiven der Informationsverarbeitung	Gießen
F 24	Öffentliches Gießen und Wiesbaden Finanzwesen (kommunal) Berufsbegleitende Fortbildung Zielgruppe: Sachbearbeiter/innen in entsprechenden Aufgabengebieten der Kommunalverwaltung Stoffplan: — Öffentliche Einnahmewirtschaft — Haushaltssatzung (Haushaltsgesetz) — Bedeutung, Aufbau und Inhalt des Haushaltsplanes — Aufstellung des Haushaltsplanes — Ausführung des Haushaltsplanes — Über- und außerplanmäßige Ausgaben einschließlich Nachtragshaushalts — Vorläufige Haushaltsführung Dauer: 30 Stunden (einmal wöchentlich 6 Stunden) Zeitplan: Wiesbaden: Mittwoch, 14. Oktober 1987 Mittwoch, 21. Oktober 1987 Mittwoch, 28. Oktober 1987 Mittwoch, 4. November 1987 Mittwoch, 11. November 1987 Gießen: Die Terminfestsetzung erfolgt, sobald auf Grund der Anmeldezahl das Zustandekommen des Lehrganges gesichert ist		Dauer: 30 Stunden Zeitplan: Donnerstag, 26. Februar 1987 Donnerstag, 5. März 1987 Donnerstag, 12. März 1987 Donnerstag, 19. März 1987 Donnerstag, 26. März 1987 — jeweils von 8.00—13.00 Uhr Lehrgangsort: Kommunales Gebietsrechenzentrum Gießen, Carlo-Mierendorff-Straße 11	
F 25	Bauplanungsrecht — Gießen und Wiesbaden Bauordnungsrecht Berufsbegleitende Fortbildung Zielgruppe: Mitarbeiter/innen der technischen Ämter Stoffplan: Bauplanungsrecht — Einführung in die Entwicklung der Gesetzgebung auf dem Gebiet des Baurechts — Zulässigkeit von Vorhaben im unbepflanzten Innenbereich — Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich — Bodenordnung und Erschließung Bauordnungsrecht — Baugenehmigungsverfahren — Bauordnungsverfügung — Zwangsmittel — Sofortvollzug Dauer: 36 Stunden Terminplan: Wiesbaden: Montag, 23. November 1987 Donnerstag, 26. November 1987 Montag, 30. November 1987 Donnerstag, 3. Dezember 1987 Montag, 7. Dezember 1987 Donnerstag, 10. Dezember 1987 Gießen: Terminfestsetzung erfolgt, sobald auf Grund der Anmeldezahl das Zustandekommen des Lehrganges gesichert ist	F 28 G	Aktuelle Probleme des Abfallbeseitigungsrechts Berufsbegleitende Fortbildung Zielgruppe: Sachbearbeiter/innen in den entsprechenden Aufgabengebieten Themen-schwerpunkte: Rechtsgrundlagen der Abfallbeseitigung; Abfallbeseitigungsplanung; Rechtsprobleme der Getrenntsammlung; Rechtsprobleme der Sondermüllentsorgung; Polizeirechtliche Störerhaftung und Altlasten Dauer: 20 Stunden Zeitplan: Donnerstag, 30. April 1987 Dienstag, 5. Mai 1987 Donnerstag, 7. Mai 1987 Dienstag, 12. Mai 1987 Donnerstag, 14. Mai 1987 — jeweils von 13.15 bis 16.30 Uhr —	Gießen
F 26	Einführung Gießen und Wiesbaden in die Kostenrechnung Berufsbegleitende Fortbildung Zielgruppe: Mitarbeiter/innen aus kostenrechnenden Einrichtungen Stoffplan: Notwendigkeit der Kostenrechnung Kostenarten Kostenstellen Betriebsabrechnung Dauer: 18 Stunden Terminplan: Dienstag, 15. September 1987 Dienstag, 22. September 1987 Dienstag, 29. September 1987		Sonderlehrgang für Ausbilder zum Erwerb der berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse Zielgruppe: Vor allem Ausbilder und Ausbildungsbeauftragte. Die Lehrgänge werden auf Grund der am 1. August 1976 in Kraft getretenen Verordnung über die berufs- und arbeitspädagogische Eignung für die Berufsausbildung durch Ausbilder in einem Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst vom 16. Juli 1976 (BGBl. I S. 1825) vom Landespersonalamt i. V. m. dem Hessischen Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Wiesbaden — durchgeführt. Die Prüfungen zum Nachweis der berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse werden nach den Bestimmungen der vom Direktor des Landespersonalamtes Hessen erlassenen Prüfungsordnung in der jeweils geltenden Fassung (14. Juli 1977 — StAnz. S. 1506 —) durchgeführt. Stoffplan: — Grundlagen der Berufsausbildung — Planung und Durchführung der Ausbildung	

— Der Jugendliche in der Ausbildung
 — Rechtsgrundlagen
 Dauer: 120 Stunden
 Zeitplan: a) Wiesbaden: Herbst 1987
 b) Gießen: 30. März—5. Juni 1987
 (einschl. Prüfung)
 bis zu dreimal wöchentlich
 — jeweils von 8.00 bis 13.00 Uhr —

Weitere Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, die lehrgangsmäßig organisiert sind

Angestellten-Lehrgänge I mit Abschlußprüfung

Beginn: nach Bedarf
 Dauer: ca. 18 Monate (480 Unterrichtsstunden)
 Unterricht: wöchentlich einmal von 8.00 bis 15.30 Uhr
 Zulassungsvoraussetzungen: 4 bzw. 6 Jahre Tätigkeit als Verwaltungsangestellte/r (§ 40 des Berufsbildungsgesetzes)
 Abschluß: Prüfung mit Abschlußzeugnis als Verwaltungsfachangestellte/r (StAnz. 1984/ S. 487)

Angestellten-Lehrgänge mit Fortbildungsprüfung

Beginn: wie vor
 Dauer: wie vor
 Unterricht: wie vor
 Zulassungsvoraussetzungen: keine
 Abschluß: Prüfung mit Zeugnis „Fortbildungsprüfung“ (s. StAnz. 1984 S. 487)

Sonderausbildungslehrgang für Hilfspolizeibeamte/innen

Beginn: nach Bedarf (Frühjahr 1987)
 Dauer: 6 Wochen (insgesamt 180 Stunden)
 Unterricht: täglich von 8.00 bis 13.00 Uhr

Hinweis:

Im Laufe des Jahres 1987 werden voraussichtlich auch Angestellten-Lehrgänge II eingerichtet.

Die Veranstaltungen finden zu den angegebenen Terminen und an den angegebenen Orten statt. Unterricht wird vormittags von 8.00 bis 13.00 Uhr bzw. nachmittags von 13.30 bis 16.45 Uhr in Wiesbaden, Steubenstraße 11 und in Gießen, Ostanlage 45, soweit nichts anderes vermerkt ist, gehalten. Fortbildungslehrgänge, die nur in Wiesbaden oder in Gießen angeboten werden, werden bei entsprechendem Bedarf auch an dem jeweils anderen Seminarort eingerichtet.

Anmeldungen sind formlos durch die Behörde unter Angabe der gewünschten Veranstaltung beim Verwaltungsseminar Wiesbaden bis spätestens vier Wochen vor Beginn des jeweiligen Lehrganges einzureichen. Diese Fristsetzung gilt nicht für die ausgeschriebenen Angestellten-, Hilfspolizeibeamten/innen — und Sonderlehrgänge für Ausbilder. Die Terminierung dieser Lehrgänge erfolgt nach Eingang der Anmeldungen. Die allgemeinen Ferien bleiben ausgespart. Nähere Auskünfte können beim Verwaltungsseminar Wiesbaden, Tel. 06121/30 50 37/38 und bei der Seminarabteilung Gießen, 0641/3 22 63, eingeholt werden.

Wiesbaden, 10. Dezember 1986

Hessischer Verwaltungsschulverband
 Verwaltungsseminar

StAnz. 52/1986 S. 2597

BUCHBESPRECHUNGEN

Akademie für Deutsches Recht 1934 bis 1944 — Protokolle der Ausschüsse. Von Werner Schubert, Werner Schmid, Jürgen Regge. Bd. 1: Ausschuß für Aktienrecht, von Werner Schubert, 1986, LXX, 554 S., L., 312, — DM, ISBN 3-11-010671 X. Bd. 2: Ausschuß für GmbH-Recht, von Werner Schubert, 1986, XXX, 626 S., L., 328, — DM, ISBN 3-11-011136-5. Abnahmeverpflichtung für das Gesamtwerk. Verlag Walter de Gruyter, 1000 Berlin/New York.

Eigenartigerweise ist die Rechtsgeschichte für die Zeit des Dritten Reichs wenig erforscht. Die Nürnberger Prozesse und die sog. NS-Prozesse haben ja mit der Rechtsgeschichte des Dritten Reichs nichts zu tun, sondern haben lediglich die Verbrechen der damaligen Zeit nachträglich aufgearbeitet. In ihrer rechtsgeschichtlichen Dimension — was die juristischen Probleme und die tatsächlichen Schwierigkeiten ihrer Durchführung betraf — gehören sie zur Rechtsgeschichte der Bundesrepublik. Die mangelhafte Erforschung der Rechtsgeschichte des Dritten Reichs liegt insbesondere darin begründet, daß die Quellen, aus denen sich die rechtstheoretischen Vorstellungen und Absichten der damaligen Machthaber ergeben, nur sehr schwer zugänglich sind, weil sie verstreut in Archiven lagern und gedruckt nicht zugänglich sind. Diesem Mangel will die vorliegende Edition abhelfen. Die hier erstmals veröffentlichten Protokolle der Ausschüsse der Akademie für Deutsches Recht eignen sich als Quellenmaterial hervorragend, denn die Akademie bildete einen Kristallisationspunkt der rechtspolitischen Diskussion während der NS-Zeit. Ihre überraschend vielfältigen rechtspolitischen Diskussionen sind von ihrem wissenschaftlichen Niveau her durchaus ernst zu nehmen. Die Akademie sollte die vorhandenen Meinungen sichten und so dem Reichsjustizminister bei der Neugestaltung der Rechtsordnung vor- und zuarbeiten. Die Akademie setzte sich offiziell zum Ziel, sich nie in staatliche Zusammenhänge und bürokratische Notwendigkeiten einzumischen, sondern wollte ihr Ziel in Anwendung bewährter rein wissenschaftlicher Methoden erreichen. Das Ernennungsschreiben für den Minister Frank faßte die Aufgabe dann konkreter, wenn es dort heißt, die Akademie solle ohne Beschränkung auf die Justiz im engeren Sinne bei der Durchsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung auf allen Gebieten des Rechts mitwirken.

Demgemäß prallten in der Diskussion die Meinungen der linientreuen Mitglieder, die in der Aktiengesellschaft das Führerprinzip durchsetzen wollten, auf die Ansichten der Gemäßigten, die in ihren Vorstellungen an die Überlegungen anknüpften, die in der Weimarer Zeit zur Neugestaltung des Aktienrechts entwickelt worden waren. Sie vertraten dann z. B. die Ansicht, nicht die Aktiengesellschaft bedürfe der grundlegenden Änderung, sondern die geschäftliche Moral der sie beherrschenden Personen. Auch der wiederholte Hinweis darauf, daß das deutsche Aktiengesetz Vorbild für ausländische Regelungen gewesen ist, fehlt nicht. Während auf der einen Seite gefordert wurde, die Generalversammlung ihrer dominierenden Stellung zu entkleiden und dafür den Aufsichtsrat zu stärken und so dem Führerprinzip den Weg zu ebnen, meinten die demokratisch gesonnenen Mitglieder der Akademie, man solle nicht die Eigentümer entrechten, sondern die Generalversammlung solle den Aufsichtsrat ersetzen und nannten diese Idee den „Grundsatz des Führerprinzips nach unten“.

Ausschlaggebend war schließlich die Erkenntnis von Schacht, daß die Aktiengesellschaft als notwendige Kapitalsammelstelle nur so lange funktionieren würde, wie die Eigentümer auch Einfluß auf die Verwendung ihres Kapitals nehmen konnten. Damit war der entscheidende Beitrag zur Ent-Ideologisierung der Diskussion geleistet. Die Verknüpfung mit dem Führerprinzip gelang Schacht, indem er feststellte, Führer könne nur der sein, der Führer-Eigenschaften habe. Alles andere sei ein bloßer Mißbrauch des Führerprinzips.

Die hier vollständig abgedruckten Protokolle der Diskussion mit allen Anträgen, Beratungsvorlagen und dergleichen zeigen, daß entgegen einer weitverbreiteten Meinung die Diskussionen und die Gesetzgebungsvorhaben im Dritten Reich

nicht völlig neu begonnen wurden, sondern die Ergebnisse aus der Weimarer Zeit — wenn auch unter anderen ideologischen Gesichtspunkten — fortgeführt und von ihren Anhängern zäh und geschickt verteidigt wurden. Um diese Kontinuität besser aufzeigen zu können, plant der Verlag Paralleleditionen zur Rechtsentwicklung in der Weimarer Zeit, wovon diejenige zum Aktienrecht bereits erschienen ist. Die Gesamtedition der Ausschußprotokolle der Akademie für Deutsches Recht soll neben Aktien- und GmbH-Recht das Genossenschaftsrecht, das Handelsrecht, Bürgerliche Recht, Strafrecht, Prozeßrecht, Sozialversicherungsrecht, Jugendrecht, den gewerblichen Rechtsschutz und schließlich Versicherungsrecht umfassen. Arbeitsrecht und das gesamte öffentliche Recht können nicht behandelt werden, weil hier die Materialien verlorengegangen sind. Im Vorwort bitten die Herausgeber um die Mitteilung verschollener Protokolle von Akademie-Ausschüssen. Sie gehen nämlich davon aus, daß die Protokolle bis weit in die Kriegszeit hinein hektographiert den Ausschuß-Mitgliedern überlassen worden sind, so daß doch noch die Chance besteht, verschollene Teile wieder aufzufinden.

Der Schwerpunkt des Interesses und der Reformdiskussion hatte zunächst bei der Aktiengesellschaft gelegen. Die GmbH trat demgegenüber in den Hintergrund und wurde, da sie von den Nationalsozialisten häufig als artfremd angegriffen worden war, von den demokratisch gesinnten Mitgliedern des Aktienrechtsausschusses absichtlich in der Diskussion nicht erwähnt. In Zeitschriftenaufsätzen und Vorträgen außerhalb der Ausschüsse war verlangt worden, die GmbH insgesamt abzuschaffen, da sie den Wertvorstellungen nicht mehr entspreche und lediglich charaktersschwachen Persönlichkeiten Gelegenheit gebe, am allgemeinen Handel teilzunehmen. Sie stelle letztendlich nichts anderes dar als einen Deckmantel zum Konkursbetrug. Etwas besonnener Vertreter der ablehnenden Meinung erkannten, daß die völlige Abschaffung der GmbH nicht möglich sei: würde, weil das Mindestkapital für eine Aktiengesellschaft nicht leicht zusammenzubringen war; es andererseits aber auch ein berechtigtes Interesse für kleinere Gesellschaften geben mußte, die Haftung zu beschränken. Die KG reichte für diese Zwecke nicht aus. So schwankten die Vertreter des Nationalsozialismus ursprünglich zwischen der Aufhebung der GmbH insgesamt und einer Änderung des GmbH-Gesetzes dahin, daß die Stellung der Geschäftsführer gegenüber den Gesellschaftern entscheidend gestärkt werden sollte, was dem Führerprinzip entsprechen hätte. Hier tauchten aber die gleichen Probleme auf wie bei der Aktiengesellschaft: Wenn man grundsätzlich Kapital bei der GmbH sammeln wollte, so mußte man den Eigentümern auch entsprechende Mitwirkungsrechte einräumen.

Der Meinung Schachts folgend, der für eine starke Stellung der Eigentümer bei der Aktiengesellschaft aus wirtschaftlichen Gründen eingetreten war, stellten Frank und Schlegelberger anlässlich der Eröffnungsansprachen für den GmbH-Ausschuß das Bestehenbleiben der GmbH nicht mehr in Frage, so daß der Ausschuß selbst nicht mehr unter dem Zwang stand, das Bestehenbleiben der GmbH an sich zu rechtfertigen und sich die meisten Ausschuß-Mitglieder von vornherein auf eine Bejahung der GmbH einstellten und die Ideologie etwas zurückdrängten. Trotzdem flammte die Diskussion über diese Grundsatzfrage ab und zu wieder auf, und es ist spannend zu lesen, mit welchen gelegentlich scheinheiligen Argumenten die Befürworter der GmbH ihre Gegner in Verlegenheit brachten: So wurde z. B. vorgetragen, die GmbH könne kein der nationalsozialistischen Rechtsordnung nicht entsprechendes Gebilde sein, da doch die privatwirtschaftlich organisierten Teile der NSDAP alle diese Rechtsform benutzten.

Die Beiträge, die der Ausschuß zum Recht der GmbH gesammelt hat, sind in nationalsozialistischer Zeit nicht mehr verwertet worden, konnten aber selbstverständlich unter anderen ideologischen Gesichtspunkten manche Anregung für die GmbH-Gesetzentwürfe der Bundesregierung aus den späten fünfziger Jahren bis hin zum Jahr 1978 liefern.

Richter am LG Peter Hausmann

Bundes-Angestelltentarifvertrag — BAT — (Bund, Länder und Gemeinden). Von Alfred Breier, Min.Dir. im Bundesministerium des Innern, Min.Rat Dr. Karl-Heinz Kiefer, Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, OReg.Rat a. D. Sigmund Uttlinger, und Horst Hoffmann, OReg.Rat im Bayer. Staatsministerium der Finanzen. Loseblattsammlung und Kommentar, 93. Erg.Liefg. z. 1. bzw. 2. Erg.Liefg. z. 12. Aufl., 226 S., DIN A5, 63,20 DM. Gesamtwerk, 3 812 S., 168.— DM., 4 Plastikordner, Verlag für Verwaltungspraxis, Franz Rehm, 8000 München 80.

Die vorliegende Ergänzungslieferung enthält bzw. berücksichtigt neben der laufenden Aktualisierung insbesondere die förmlichen und sachlichen Änderungen des Rechts der Schwerbehinderten durch das Erste Gesetz zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes vom 24. Juli 1986 (BGBl. I S. 1110) und durch dessen Neufassung vom 26. August 1986 (BGBl. I S. 1421); die Änderungen haben sich insbesondere bei den Erläuterungen der §§ 4, 37 und 49 BAT ausgewirkt; Hinweise zur Befreiung von der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung bei Übergang in Teilzeitarbeit nach § 173 f RVO (eingefügt durch Art. 10 des Gesetzes zur Änderung wirtschafter-, verbraucher-, arbeits- und sozialrechtlicher Vorschriften vom 25. Juli 1986 — BGBl. I S. 1169 — in Kraft seit 1. August 1986); die völlige Neubearbeitung der Vorbemerkungen zu Abschn. V (Beschäftigungszeit, Dienstzeit) und der Erläuterungen zu § 19 BAT; die Vorschriften über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen an Bundesbedienstete im Ausland vom 1. Juli 1986 (GMBl. I S. 346) sowie die Überarbeitung von Teilen der Erläuterungen zu den §§ 37, 62 und 63 BAT.

Der Ergänzungslieferung ist — auf gelben Seiten — ein wichtiger Hinweis zu der Anwendung der „geänderten“ Zuwendungs- und Urlaubsgeldtarifverträge vorgeheftet, die im Vorgriff auf die endgültig abzuschließenden Tarifverträge bereits jetzt vollzogen werden sollen. Die Hinweise betreffen insbesondere die Ablösung des Mutterschaftsurlaubs durch den Erziehungsurlaub und dessen Auswirkungen auf die vorgenannten Leistungen nach Maßgabe der beabsichtigten Tarifänderungen.

Das Werk befindet sich nunmehr auf dem Rechtsstand vom 1. Oktober 1986.

Amtsrat Uwe Bauer

Controlling in Versorgungsunternehmen. Von Karlheinz Bozem. Schriftenreihe des Energiewirtschaftlichen Instituts, Bd. 31, 1986, 468 S., kart., 78.— DM. Verlag R. Oldenbourg, 8000 München 80. ISBN 3-486-26236-X.

Die Probleme, die das Controlling lösen will, findet man grundsätzlich in allen Organisationen. Entsprechend umfangreich ist zwischenzeitlich das Schrifttum zum Thema Controlling.

Umfangreiche Controlling-Konzepte bzw. -Systeme wurden vor allen Dingen in privatwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetrieben aufgebaut.

Immer noch trifft man vor allem in der Verwaltungspraxis auf Zurückhaltung, wenn es um Einsatzmöglichkeiten des Controlling in der öffentlichen Verwaltung und/oder öffentlichen Unternehmen geht.

Dabei sprechen die bisherige sowie die erwartete Entwicklung der öffentlichen Verwaltung sowie deren Unternehmungen für den Einsatz des Controlling.

Auch hier zeichnet sich eine zunehmende Komplexität und Differenzierung der Umwelt ab und die damit verbundene Notwendigkeit, die Integration und zielbezogene Steuerung arbeitsteilig zu vollziehen.

Von daher ist Controlling in seinem Grundkonzept für öffentliche Verwaltungen und deren Unternehmen nicht nur übertragbar, sondern ein zwingendes Instrumentarium.

Der Vorschlag, im Bundesverteidigungsministerium einen Controller einzusetzen, bestätigt diese These, wenn er auch nach neuesten Informationen „nur“ noch „Kontrollleur“ heißt.

Wie ein Controlling-Instrumentarium bei Versorgungsunternehmen aussehen sollte, wie es organisatorisch in die bestehende Unternehmensstruktur eingebaut werden kann und welche Implementierungsstrategie und -technik dabei Anwendung finden sollte, ist Gegenstand des Buches von Karlheinz Bozem.

Das Buch von Bozem, das im Rahmen einer Dissertation geschrieben wurde, gliedert sich in vier Abschnitte:

Im 1. Abschnitt „Einführung in die Thematik“ werden ausgehend von der Definition des Controllingbegriffes die zentralen Controllingaufgaben sowie die Merkmale eines modernen Controlling herausgearbeitet.

Im 2. Abschnitt „Der Controlling-Ansatz aus theoretischer Sicht unter den Bedingungen der Versorgungsunternehmen“ wird auf der Basis der in der Controlling-Literatur beschriebenen Ansätze ein Controlling-Konzept entwickelt, das die Besonderheiten von Versorgungsunternehmen (z. B. teilweise unterschiedliche Zielsetzungen zu privatwirtschaftlichen Unternehmen, Versorgungsverpflichtung) berücksichtigt. Untersucht wird in diesem Zusammenhang, welche Teilfunktionen des Unternehmensprozesses in das Controlling zu integrieren sind, um ergebnisorientierte Information/Beratung, Planaufstellung, Kontrolle sowie Koordination und Integration der Aufgaben in Versorgungsunternehmen erfüllen zu können.

Der zweite Teil dieses Abschnittes ist der institutionellen bzw. aufbauorganisatorischen Gestaltung des Controlling gewidmet.

Neben der Problematik, ob das Controlling zentral, dezentral oder in Mischform durchgeführt werden soll, wird auch auf die Frage eingegangen, ob das Controlling als Linien- oder Stabstelle zweckmäßigerweise einzurichten ist. Da mit jeder dieser Organisationslösungen Macht- und Entscheidungsfragen angesprochen sind, wird in einem Teilabschnitt auch die Problematik „Controller und Macht“ behandelt.

Im letzten Teil des zweiten Abschnittes werden verschiedene Implementierungsgesichtspunkte geprüft. Dabei wird die Frage aufgeworfen, wie eine Controlling-Konzeption in Versorgungsunternehmen eingeführt werden kann, wenn aktive und/oder passive Widerstände vorkommen.

Als Basis des teilweisen Abbaus von personellen Widerständen wird das von Witte propagierte Promotorenmodell (Machtpromotor und Fachpromotor) vorgeschlagen und erläutert.

Die Abschn. 4 und 5 des Buches „Die Controlling-Konzeption in der versorgungswirtschaftlichen Praxis“ sowie „Beurteilung der Controlling-Konzeption in den Versorgungsunternehmen und Resümee“ sind im wesentlichen der praktischen Umsetzung einer Controlling-Konzeption gewidmet.

Ausgehend von einem kurzen Überblick über den Entwicklungsstand des Controlling in der Praxis der Versorgungsunternehmen erfolgt eine deskriptive Darstellung einer vom Verfasser entwickelten und größtenteils umgesetzten Controlling-Konzeption bei der Wuppertaler Stadtwerke AG. Die einzelnen Bausteine dieser

implementierten Controlling-Konzeption, bestehend aus Unternehmensplanung, Budgetwesen, Auftragswesen, Unternehmensanalyse, werden dabei ausführlich erläutert und mit Beispielen dargestellt.

Im Anhang findet sich schließlich noch eine Auswertung der Ergebnisse einer Fragebogenaktion des Verfassers über die Controlling-Praxis bei 127 ausgewählten Versorgungsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, die beispielhafte Darstellung eines Flow Charts des Ablaufprozesses seines Controlling-Bausteines „Auftragswesen“ sowie ein umfangreiches Literaturverzeichnis.

Bozem hat mit seinem Buch nicht nur gezeigt, daß Controlling in öffentlichen Unternehmen — gleiches gilt im Prinzip für die Verwaltung bzw. das politische System im weitesten Sinne — durchaus umsetzbar ist, was in Anbetracht der Tradierteit bei vielen öffentlich Bediensteten nicht von vornherein erfolgversprechend war, sondern hat auch den Themenbereich Controlling so dargestellt, daß dessen Einsatzmöglichkeiten klar werden.

In einzelnen Punkten, so beispielsweise bei der Zielplanung (S. 261 ff.), wäre es interessant gewesen zu wissen, wie eine solche in Versorgungsunternehmen aussehen sollte, nachdem Bozem betont, daß Ziele u. a. für den Controller den Ausgangspunkt seiner Koordinations- und Informationsaufgaben bilden (S. 52).

Gleiches gilt für das (moderne) Budgetierungsverfahren Zero-Base Budgeting, das Bozem zwar kurz erläutert (S. 116 ff.), jedoch offensichtlich in dem Versorgungsunternehmen nicht umgesetzt hat.

Diese „Kritik“ schmälert jedoch keinesfalls die Aussagekraft dieses Buches.

Für Planer in öffentlichen Unternehmen — speziell Versorgungsunternehmen —, teilweise auch für deren Kollegen in der öffentlichen Verwaltung, ist das Buch sehr empfehlenswert.

Professor Dr. Jürgen Volz

Betriebswirtschaftslehre als Management und Führungslehre. Von Rolf Wunderer. 1985, 295 S., kart., 46.— DM. Verlag C. E. Poeschel, 7000 Stuttgart 1. ISBN 3-7910-0387-9

In der Betriebswirtschaftslehre, die sich als selbständige wissenschaftliche Disziplin erst im 20. Jahrhundert entwickelte, gibt es mehrere Denkrichtungen. Nicht ausgenommen davon ist der Bereich der Management- und Führungslehre. Auch hier wird über Begriffe, Grundpositionen, Entwicklungen, Fachergebnisse etc. gestritten. Welche Positionen dabei vertreten werden, ist Gegenstand des Buches von Rolf Wunderer.

In ihm kommen zehn ausgewiesene Management- und Führungsforscher zu Wort, die vier unterschiedliche Managementansätzen zugeordnet werden können.

Zur ersten Gruppe, den Vertretern einer sozialwissenschaftlich orientierten Managementlehre, zählen Hans Ulrich und Werner Kirsch.

Ulrich versteht die Betriebswirtschaftslehre als Unternehmensführungslehre, diese wiederum als Teildisziplin einer umfassenden Managementlehre. Auf der Grundlage des Systemansatzes differenziert er drei Ebenen (materiell, funktionell, sinnorientiert). Die Sinnenebene thematisiert die Unternehmung als Teil der menschlichen Kultur. Dabei versteht er Management als sinngebenden und sinnvermittelnden Prozeß, zu dem die Sozialwissenschaften wesentliche Beiträge als die klassischen Wirtschaftswissenschaften liefern könnten. Eine ähnliche Vorstellung von der Betriebswirtschaftslehre als Führungslehre hat auch Kirsch. Er sieht die Identität der Betriebswirtschaftslehre vor allem in der angelsächsischen Managementlehre verwirklicht, als eine angewandte Führungslehre für die Führung auf der Grundlage einer Lehre von der Führung mit einer regulativen Idee einer voll entfalten fortschrittlichen Organisation.

Zu den Vertretern eines Integrationskonzepts, das ökonomische und sozialwissenschaftliche Ansätze verbinden möchte, zählen Kurt Bleicher, Wilhelm Hill sowie Eduard Gaugler.

Bleicher sieht die Betriebswirtschaftslehre durch zwei Strömungen getrennt; eine unternehmensbezogene Mikrotheorie sowie eine die Untersuchung „transzendierende“ Management- und Führungslehre. Wie Ulrich und Kirsch tritt er für eine interdisziplinäre Öffnung der Betriebslehre ein, jedoch mit dem Unterschied, daß er den Objektbereich auf Betriebe und Märkte beschränken möchte.

Hill betont in seinem Beitrag vor allem die Funktionen der „sozioökonomischen Lenkung und Gestaltung von Betrieben“ in der Betriebswirtschaftslehre, die er durch eine Integration von Ökonomie und Sozialwissenschaften erreichen will. Er zieht dabei das Anspruchsgruppenkonzept einer systemtheoretischen Betrachtungsweise vor. Auch Gaugler plädiert für eine Verbindung von ökonomischer Grundbestimmung und verhaltenswissenschaftlicher Orientierung. Er sieht jedoch in der Unternehmensführungslehre der Bundesrepublik die Aspekte der Wirkungen der Mitbestimmung sowie der Technik auf die Betriebsführung vernachlässigt.

Im Gegensatz zu den um Vermittlung bemühten Beiträgen von Bleicher u. a. plädieren Horst Albach und Eberhard Witte für eine Beschränkung der Betriebswirtschaftslehre auf ökonomische Erkenntnisse und kritisch-rationale Methoden.

Die vierte Autorengruppe befaßt sich schließlich mit dem personalen Ansatz von Führung. Hans-Peter Dachler weist auf die Mängel von zwei vorherrschenden Perspektiven (Individual-versus Organismusansatz) hin und fordert Führung als einen Sinngangsprozeß auf der Grundlage symbolisch-kommunikativer Gesetze zu verstehen. Rolf Wunderer konzentriert sich nach einem dogmengeschichtlichen Exkurs auf einen Vergleich zwischen der angelsächsischen und deutschen Führungslehre. Zum Abschluß plädiert er für eine „unpraktische Führungslehre“. Er vertritt die Auffassung, daß gerade im Bereich der Führung Hochschulen, Beratungsinstitutionen und Praxis auf das engste zusammenarbeiten müssen, sich dabei aber zugleich auf ihre Leistungsschwerpunkte und -vorteile konzentrieren sollen, um damit zur Optimierung des Gesamtsystems beitragen zu können.

Der letzte Beitrag der sozialwissenschaftlichen Führungslehre stammt aus der Feder von Jürgen Wild und zählt zu den klassischen Überlegungen einer betriebswirtschaftlichen Führungslehre.

Wild sieht in einer personalen Führungslehre eine sinnvolle Ergänzung zur traditionellen Betriebswirtschaftslehre. Auf den beiden oberen der drei betrieblichen Funktionsebenen (System-, Prozeß- und Güterebene) identifiziert er spezifische Führungstätigkeiten. Nach seiner Auffassung sollte die betriebswirtschaftliche Führungslehre interaktionelle wie strukturelle Steuerung menschlichen Verhaltens und deren Wirkung erklären.

Für alle Betriebswirte, insbesondere diejenigen, die sich auf diesen Beruf vorbereiten und an theoretischen Identitätsprinzipien, Erkenntnisinteressen und -perspektiven der Betriebswirtschaftslehre als Management- und Führungslehre interessiert sind, ist das Buch von Wunderer sehr empfehlenswert. Jedoch auch für den Praktiker, der sich mit Managementfragen auseinandersetzen muß, bringt dieses Werk interessante und teilweise neue Erkenntnisse.

Professor Dr. Jürgen Volz

Allgemeines Verwaltungsrecht. Von Wilfried Wolff. Studienbuch, 1. Aufl., 33,— DM, 346 S., Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1986, ISBN 3-7890-1277-7. Der Autor wendet sich in erster Linie an diejenigen, die sich zum erstenmal ohne besondere Voraussetzungen mit der Materie des Verwaltungsrechts beschäftigen, Rechtsstudenten von Universitäten und namentlich von Verwaltungsfachhochschulen. Das Rechtsgebiet wird vollständig, wenn auch in knapper Form, erschlossen. Daher stellt das vorliegende Buch vor allem Strukturen und System des Allgemeinen Verwaltungsrechts dar, wobei Wert darauf gelegt wird, daß die Begriffe, Grundsätze und Regeln dieser schwierigen Rechtsmaterie zu praktischen Fällen in Bezug gesetzt werden.

Die besondere Eignung des Werks als Studienbereich für den zukünftigen Verwaltungspraktiker ergibt sich im übrigen daraus, daß es gleichsam in Gestalt von Vorlesungsmitschriften den ausbildungs- und prüfungsrelevanten Stoff geschlossen darbietet. Dabei steht naturgemäß nicht die Vermittlung von Detailkenntnis im Vordergrund, sondern die Einsicht in Grundlinien und das Verständnis von Grundzusammenhängen.

Regierungsdirektor Horst-Dieter Ax t m a n n

Soziale Sicherheit und Freizügigkeit im EWG-Vertrag. Analyse der Grundsatzproblematik einer Norminterpretation durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften. Von Klaus A. K l a n g. 1986, 207 S., 59,— DM. Nomos Verlagsgesellschaft, 7570 Baden-Baden.

Es gibt nicht wenige Stimmen, die angesichts der hindernisreichen und stagnierenden politischen Pfade des europäischen Einigungsprozesses in dem Europäischen Gerichtshof und seiner Rechtsprechung den eigentlichen Motor für die Integration sehen. Durch extensive Norminterpretation wurden Fortschritte erzielt, die in Kommission und Rat nicht realisierbar gewesen wären. Dieses Ergebnis mag zwar europapolitisch wünschenswert sein, ist jedoch unter rechtlichen Gesichtspunkten problematisch. Dieser Problematik geht die angezeigte Schrift auf einem bestimmten Sektor, nämlich der sozialen Sicherheit und Freizügigkeit im EWG-Vertrag, anhand einer sorgfältigen und ausführlichen Rechtsprechungsanalyse nach.

Im Zentrum der Untersuchung steht Art. 51 des EWG-Vertrags. Danach beschließt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission die auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit für die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer notwendigen Maßnahmen; zu diesem Zweck führt er insbesondere ein System ein, welches aus- und einwandernden Arbeitnehmern und deren anspruchsberechtigten Angehörigen folgendes sichert:

- a) Die Zusammenrechnung aller nach den verschiedenen innerstaatlichen Rechtsvorschriften berücksichtigten Zeiten für den Erwerb und die Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs sowie für die Berechnung der Leistungen;
- b) die Zahlung der Leistungen an Personen, die in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten wohnen.

Art. 51 und die Verordnungen über soziale Sicherheit dienen also dem Schutz des Individuums vor sozialen Nachteilen, die sich durch ein Unterfallen unter mehrere Sozialversicherungsordnungen ergeben können. Erreicht werden soll dieses Ziel durch die Abstimmung der mitgliedstaatlichen Sozialrechtsordnungen, wobei entsprechend dem Wortlaut des Art. 51 des EWG-Vertrages und dem rechtlichen Selbstverständnis seiner Ausführungsverordnungen keine Beeinträchtigung der nationalen Rechtsmaterie erfolgen soll. Angestrebt wird vielmehr allein eine Koordination, der Abbau nationaler Hindernisse, die die Mobilität der Personen faktisch beeinträchtigen.

Der Autor legt nun dar, daß die praktische Anwendung des geschilderten Rechtsbereiches durch den Gerichtshof von einer extensiven Norminterpretation gekennzeichnet gewesen sei. Diese extensive Norminterpretation habe im Sekundärrecht die Grenzen des Wortlauts, die Zielsetzung und Systematik der primärrechtlichen Ermächtigungsgrundlagen überschritten. Dieses Vorgehen habe dazu geführt, daß Normen der Verordnungen einer begrifflichen Umdeutung durch den Gerichtshof unterlagen, ohne daß deren Verträglichkeit mit den Bestimmungen des Vertrages im einzelnen untersucht worden sei. Der Gerichtshof habe sich auf den Hinweis beschränkt, daß seine Neudeutungen teleologischen und systemati-

schen Erkenntnissen entspringen würden. Indem die Gerichtshof-Entscheidungen weiterhin nicht grundsätzlich auf dogmatischen Betrachtungen des Gemeinschaftsrechts beruht hätten, sondern von Einzelfall zu Einzelfall unter Bezugnahme auf frühere Entscheidungen weiterentwickelt worden seien, habe sich auch der Abstand zwischen den Gehalten der primärrechtlichen Ermächtigungsgrundlagen und dem Sekundärrecht in der richterlichen Ausgestaltung vergrößert. Insgesamt sei eine klare Rechtsfortbildung durch den Gerichtshof festzustellen gewesen. Ob man eine solche Rechtsfortbildung noch als Norminterpretation verstehen könne, hänge davon ab, ob man der französischen oder der deutschen Auslegungsmethodik folge. Im Ergebnis erscheine jedenfalls eine Grenze der Auslegungsbefugnis des Gerichtshofs dort erreicht, wo der Vertrag Beschränkungen vorsehe und wo die Gemeinschaftszuständigkeit ende. Grenzen ergäben sich im Verhältnis zu anderen Gemeinschaftsorganen, insbesondere gegenüber dem Rat als Gesetzgeber, und im Hinblick auf den der Gemeinschaft gegenüber den Mitgliedstaaten stehenden Kompetenzbereich. Eine dritte Beschränkung ergäbe sich im inhaltlichen Bereich der auszuliegenden Normen des Primärrechts. Der Autor stellt fest, daß die extensive Rechtsprechungssystematik und Zielsetzung in ihrer momentanen Ausgestaltung im EWG-Vertrag sprengt und die Eigenständigkeit des Sozialrechts zu begründen versuche.

Eine rechtliche Basis für eine derartige Norminterpretation des Gerichtshofs sei nicht ersichtlich, zumal da das wirtschaftliche Grundverständnis der Personenfreiheit im Bereich sozialer Sicherheit in seiner gegenwärtigen Ausgestaltung angesichts erforderlicher positiver Rechtssetzungsakte nicht mittels gerichtlicher Norminterpretation aufgehoben und die Normen auf eine höhere Integrationsstufe verbracht werden könnten.

Regierungsdirektor Dr. Michael B o r c h m a n n

Kommentar zum Bundes-Angestelltentarifvertrag — BAT — mit Vergütungsordnung. Von Min.Rat a. D. Horst C l e m e n s, Min.Dir. a. D. Ottheinz S c h e u r i n g, Ltd. Min.Rat a. D. Steingen, Reg.Dir. Friedrich Wiese, Reg.Dir. Hermann F ö r m ä n n und Ltd. Min.Rat Joachim Jeske. Loseblattwerk, 81. Erg.Liefg. Bd. I bis III, 44 S., 82,— DM, 75. Erg.Liefg.; z. VergO Bund/Länder, 142 S., 33,40 DM, 74. Erg.Liefg. z. VergO VKA, 110 S., 26,60 DM; Gesamtwerk, ca. 5 700 S., 229,40 DM. Moll-Verlag, 7000 Stuttgart 80.

Die vorliegende 81. Ergänzungslieferung zu den Bänden I bis III bringt das Werk auf den Rechtsstand vom Juli 1986 und enthält insbesondere den 54. Änderungstarifvertrag zum BAT vom 21. April 1986, die Tarifverträge vom 21. April 1986 zur Änderung der Urlaubsgeldtarifverträge, den Tarifvertrag über eine Zuwendung für Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden, vom 21. April 1986, die Änderungstarifverträge vom 12. Mai 1986 zu den Tarifverträgen über die Regelungen der Rechtsverhältnisse der Fleischbeschauer, Fleischbeschauer und Trichinenschauer innerhalb und außerhalb öffentlicher Schlachthöfe, die Aktualisierung der Rundschriften zur Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes, die Änderung des Rundschriftens zum Mutterschutzgesetz, das Rundschriften des Bundesministers des Innern zum Bundeserziehungsgeldgesetz sowie die sich aus dem Bundeserziehungsgeldgesetz und der Änderung des Mutterschutzgesetzes ergebenden Erläuterungen zu den davon berührten Tarifvorschriften.

Die 75. Ergänzungslieferung zur Vergütungsordnung Bund/Länder enthält — ebenso wie die 74. Ergänzungslieferung zur Vergütungsordnung VKA — die neueste Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbarkeit, Änderungen von Auslegungsvorschriften und Beschlüsse der zuständigen Gremien zu Auslegungsfragen. Darüber hinaus berücksichtigt die 75. Ergänzungslieferung zur VergO BL die außertarifliche Regelung des Bundesministers des Innern betreffend Eingruppierung der Fremdsprachenassistenten (Fremdsprachensekretäre) beim Bund sowie die Änderungen des Verzeichnisses der Schiffe usw. der Länder (Anhang zu Teil IV Abschn. D der Anlage 1 a zum BAT).

Das Werk befindet sich nunmehr komplett auf dem Rechtsstand vom Juli 1986.

Amtsrat Uwe B a u e r

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1986

MONTAG, 29. DEZEMBER 1986

Nr. 52

Güterrechtsregister

6495

Neueintragungen beim Amtsgericht Bad Wildungen

GR 446 — 5. 9. 1986: Alfried Schilling, Kraftfahrer, geb. 5. 8. 1958, und Hausfrau Martina Schilling geb. Leinhos, geb. am 14. 9. 1954, beide wohnhaft in Kornstraße 12, 3590 Bad Wildungen. Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

GR 447 — 19. 9. 1986: Chefarzt Dr. med. Zbigniew Falda, geb. am 1. 4. 1930, und Krankenschwester Gisela Falda geb. Radtke, geb. am 15. 9. 1946, beide wohnhaft in Fichtenstraße 11, 3590 Bad Wildungen-Reinhardshausen. Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

GR 448 — 14. 10. 1986: Landschaftsgärtner Ralf Troska, geb. am 6. 7. 1955, und Sport- und Gymnastiklehrerin Eva-Maria Troska geb. Klemm, geb. am 6. 4. 1958, beide wohnhaft Schlachthofstraße 12, 3590 Bad Wildungen. Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

GR 449 — 18. 11. 1986: Martin Kümmel, geb. 29. 7. 1954, Elektroinstallateur, und Angelika Kümmel geb. Piruschka, geb. am 28. 7. 1957, Hausfrau, beide wohnhaft in Rottlandweg 3, 3590 Bad Wildungen-Odershausen. Die Ehegatten leben in Gütertrennung.

GR 450 — 9. 12. 1986: Karl-Heinz Hoffmann, Das Kannfeld 4, 3593 Edertal-Giflitz, und Angelika Hoffmann geb. Köthe, Frankfurter Straße 17, 3590 Bad Wildungen. Der Ehemann hat das Recht der Frau, Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs der Familie mit Wirkung für ihn zu besorgen, ausgeschlossen.

3590 Bad Wildungen, 11. 12. 1986

Amtsgericht

6496

GR 568 — Neueintragung — 8. 12. 1986: Die Eheleute Christopher Castaneda und Beate Klaes-Castaneda geb. Klaes, Buchenau, Vor der Hardt 14, 3563 Dautphetal, haben durch Ehevertrag vom 11. November 1986 den Güterstand der Gütertrennung vereinbart.

3560 Biedenkopf, 8. 12. 1986

Amtsgericht

6497

Neueintragungen beim Amtsgericht Friedberg (Hessen)

GR 2074 — 10. 12. 1986: Albrecht, Edmund, und Albrecht geb. Gerlach, Roswitha Sieglinde, Barbarastraße 7, Reichelsheim 4. Die Gütertrennung ist durch Vertrag vom 7. November 1986 aufgehoben und der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

GR 2351 — 10. 12. 1986: zur Löwen, Gerd, zur Löwen geb. Karsubke, Petra Maria, Hauptstraße 46, Bad Nauheim-Schwalheim. Gütertrennung durch Vertrag vom 26. Juni 1984.

6360 Friedberg (Hessen), 10. 12. 1986

Amtsgericht

6498

Neueintragungen beim Amtsgericht Hanau

41 GR 2265 — 27. 11. 1986: Eheleute kaufm. Angestellter Kurt Hebenstreit und Hausfrau

Sigrid Ilse Hebenstreit geb. Gnaß, Niederdorfeiden. Durch Vertrag vom 25. September 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

41 GR 2266 — 27. 11. 1986: Maschinen-schlosser Helmut Haymann und Hausfrau Gudrun Hedwig Haymann geb. Demuth, Bruchköbel. Der Mann hat das Recht der Frau, Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs der Familie für ihn zu besorgen, ausgeschlossen.

41 GR 2267 — 27. 11. 1986: Eheleute Orthopädienschuhtechnikermeister Rolf Karl Schmidt und Rechtsanwältin Andrea Susanne Schmidt geb. Schäfer, Nidderau. Durch Vertrag vom 14. August 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

41 GR 2268 — 27. 11. 1986: Eheleute Landwirt und Kraftfahrer Herbert Josef Goy und Verkäuferin Roswitha Goy geb. Jurik, Nidderau. Durch Vertrag vom 31. Oktober 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

41 GR 2269 — 27. 11. 1986: Eheleute Dipl.-Kaufmann Klaus Krempel und kaufmännische Angestellte Pia Krempel geb. Spanger, Hanau. Durch Vertrag vom 18. September 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

41 GR 2072 — Veränderung: 27. 11. 1986: Eheleute Großhandelskaufmann Karl-Heinz Feld und kfm. Angestellte Monika Weber-Feld geb. Weber, Maintal. Durch Vertrag vom 29. Oktober 1986 ist die vereinbarte Gütertrennung aufgehoben.

6450 Hanau, 27. 11. 1986

Amtsgericht, Abt. 41

6499

GR 476 — Neueintragung — 8. 12. 1986: Eheleute Körmoczy, Janos, geb. 29. 1. 1942, und Etelka geborene Facar, geb. 6. 7. 1946, beide wohnhaft Wiesbadener Straße 47, 6272 Niedernhausen. Durch Ehevertrag vom 3. Oktober 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6270 Idstein, 8. 12. 1986

Amtsgericht

6500

8 GR 1311 — Neueintragung — 3. 12. 1986: Eheleute Dr. Erhard Harald Döpel, geboren am 1. 4. 1932, und Ilse Ingeborg Döpel geb. Schiebener, geboren am 23. 7. 1940, beide wohnhaft in Glashütten im Taunus 1. In der notariellen Urkunde vom 22. Oktober 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6240 Königstein im Taunus, 3. 12. 1986

Amtsgericht

6501

8 GR 519 — Veränderung — 3. 12. 1986: Eheleute Eberhard von Löbbbecke und Edeldgard von Löbbbecke geb. Frein Marschall, beide wohnhaft in Kronberg im Taunus. In der notariellen Urkunde vom 24. Oktober 1986 ist die Aufhebung der Gütertrennung und die Geltung des gesetzlichen Güterstandes vereinbart.

6240 Königstein im Taunus, 3. 12. 1986

Amtsgericht

6502

GR 307 — Neueintragung — 10. 12. 1986: Kaufmann Wilhelm Rudolf Donsbach und Sekretärin Rosemarie Donsbach geb. Blümle, 6490 Schlüchtern. Durch Vertrag vom 13.

März 1986 haben die Ehegatten gemäß § 1357 BGB die Berechtigung eines Ehegatten, Geschäfte mit Wirkung für den anderen Ehegatten zu besorgen, ausgeschlossen.

6490 Schlüchtern, 10. 12. 1986 Amtsgericht

6503

GR 308 — Neueintragung — 10. 12. 1986: Werkzeugmacher Elmar Heil und Bekleidungs-näherin Silke Heil geb. Bensing, 6483 Bad Soden-Salmünster. Durch Vertrag vom 28. August 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6490 Schlüchtern, 10. 12. 1986 Amtsgericht

6504

GR 309 — Neueintragung — 10. 12. 1986: Postbeamter Willi Henß und Sekretärin Toni Henß geb. Rausch, 6492 Simtal-Sterbfritz. Durch Vertrag vom 17. September 1986 ist Gütertrennung vereinbart.

6490 Schlüchtern, 10. 12. 1986 Amtsgericht

6505

1 GR 278 — Veränderung — 26. 11. 1986: Die Eheleute Kaufmann Erich Dumke, geb. am 1. 9. 1919, dessen Ehefrau, Hausfrau Elisabeth Dumke geb. Brendel, geb. am 9. 3. 1925, beide wohnhaft Schellenbergstraße 7, 6384 Schmitten i. Ts. 1, haben durch notariellen Vertrag vom 25. September 1986 Gütertrennung aufgehoben und den gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

6390 Usingen, 11. 12. 1986

Amtsgericht

6506

GR 568 — Neueintragung — 5. 12. 1986: Die Eheleute Herr Frank Henrici, geb. am 11. 2. 1957, selbständiger Handelsvertreter, seine Ehefrau, Carmen Henrici geb. Blum, geb. am 8. 6. 1959, PTA, beide wohnhaft in 6390 Usingen 1, Saalburgstraße 6, haben durch notariellen Vertrag vom 25. November 1986 Gütertrennung vereinbart.

6390 Usingen, 11. 12. 1986

Amtsgericht

Vereinsregister

6507

VR 518 — Neueintragung — 9. 12. 1986: Verein für deutsch-französische Partnerschaft Gladenbach e. V., Gladenbach.

3560 Biedenkopf, 9. 12. 1986

Amtsgericht

6508

6 VR 492 — Neueintragung — 9. 12. 1986: Natur- und Vogelschutzgruppe Wanfried im Deutschen Bund für Vogelschutz, Wanfried.

3440 Eschwege, 11. 12. 1986

Amtsgericht

6509

VR 672 — Neueintragung — 11. 12. 1986: Sportverein Germania 1916 Schwalheim, Bad Nauheim.

6360 Friedberg (Hessen), 11. 12. 1986

Amtsgericht

6510

41 VR 1095 — **Neueintragung** — 9. 12. 1986: Musikverein „Soundlight“ e. V., Hanau.

6450 Hanau, 9. 12. 1986 **Amtsgericht, Abt. 41**

6511

VR 250 — **Neueintragung** — 1. 12. 1986: Spielmanns- und Fanfarenzug der Freiwilligen Feuerwehr Ufhausen e. V., Eiterfeld-Ufhausen, Kreis Fulda.

6418 Hünfeld, 12. 12. 1986 **Amtsgericht**

6512

VR 402 — **Neueintragung** — 9. 12. 1986: Elterninitiative Kleinkindergruppe Niederseelbach, Niedernhausen-Niederseelbach.

6270 Idstein, 9. 12. 1986 **Amtsgericht**

6513

8 VR 730 — **Neueintragung** — 11. 12. 1986: Institut für medizinische Vitaminforschung in Prävention und Rehabilitation e. V., Bad Soden am Taunus.

6240 Königstein im Taunus, 11. 12. 1986 **Amtsgericht**

Vergleiche — Konkurse

6514

81 N 747/86 — **Beschluß**: Konkursverfahren über das Vermögen der **G. Müller GmbH u. Co. Kommanditgesellschaft, Adam-Opel-Straße 12, 6000 Frankfurt am Main**, diese vertreten von der **Facta Frankfurt Handelsgesellschaft für Raumausstattung mbH, Frankfurt am Main**, diese vertreten von dem Geschäftsführer **Edmund Klein**.

Für den Verwalter werden festgesetzt:

a) Vergütung: 1 500,— DM,

b) Auslagen: 68,40 DM,

jeweils einschließlich Steuer.

6000 Frankfurt am Main, 5. 12. 1986 **Amtsgericht, Abt. 81**

6515

81 N 878/86: Über das Vermögen der **Firma Büro für Konstruktion und Statik — Thomas Werner Ost GmbH, Friedrich-Ebert-Anlage 3, 6000 Frankfurt am Main 1**, wird heute, am 10. Dezember 1986, 10.45 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Bernhard Hembach, Gr. Bockenheimer Straße 23, 6000 Frankfurt am Main**, Tel. 28 53 26.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Januar 1987, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am Mittwoch, 28. Januar 1987, 10.00 Uhr.

Prüfungstermin am Mittwoch, 18. Februar 1987, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Zeil 42, Gebäude D, III. Stockwerk, Zimmer Nr. 326.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. Januar 1987 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 10. 12. 1986 **Amtsgericht, Abt. 81**

6516

N 53/86: Über das Vermögen der **Firma KK — Engineering & Projectdesign GmbH, Sudetenstraße 8, 6365 Rosbach v. d. Höhe**, ist am Mittwoch, dem 3. Dezember 1986, 12.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Manfred Hermes, Reinhardtstraße 3, 6350 Bad Nauheim**.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Januar 1987 dem Gericht in zwei Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben Vollmacht mit einzureichen oder diese im Termin vorzulegen.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände ist

Donnerstag, der 22. Januar 1987, 14.00 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen

Donnerstag, der 12. Februar 1987, 14.00 Uhr, Amtsgericht Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 32.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderung, für die er aus der Masse gesonderte Befriedigung verlangt, bis zum 20. Januar 1987 anzeigen.

6360 Friedberg (Hessen), 4. 12. 1986 **Amtsgericht**

6517

42 N 110/86: Über das Vermögen der **Firma Jost & Partner KG, Finanzberatung, Erstellung und Verwaltung gewerblicher Immobilien**, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter **Berthold Jost, Friedrich-List-Straße 15, 6300 Gießen**, ist am 8. Dezember 1986, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter ist Rechtsanwalt **Bernd Reuß, Mainzer-Tor-Anlage 33, 6360 Friedberg 1**.

Konkursforderungen sind bis zum 13. Februar 1986 in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

22. Januar 1987, 14.00 Uhr, II. Stock, Saal 205. Weiterer Tagesordnungspunkt: Erörterung der Frage der sofortigen Einstellung des Verfahrens mangels Masse, falls im Termin kein Massekosten deckender Betrag nachgewiesen wird bzw. sich Gläubiger zur entsprechenden Vorschufzahlung bereit erklären.

Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen: 26. Februar 1987, 14.00 Uhr, II. Stock, Saal 205.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 14. Januar 1987 anzeigen.

6300 Gießen, 8. 12. 1986 **Amtsgericht**

6518

42 N 107/86: Über das Vermögen der **Firma Jost Immobilien GmbH u. Co KG**, gesetzlich vertreten durch die **Jost Immobilien GmbH**, diese vertreten durch den Geschäftsführer **Berthold Jost, 6300 Gießen**, ist am 9. Dezember 1986, 13.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Gerfried Becker, Gießener Straße 59, 6304 Lollar**.

Konkursforderungen sind bis zum 22. Januar 1987 dem Gericht in zwei Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben Vollmacht mit einzureichen oder diese im Termin vorzulegen.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines

anderen Verwalters, eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls die in den §§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist der

Donnerstag, 5. Februar 1987, 14.00 Uhr, Amtsgericht Gießen, Zimmer 205.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, bis zum 22. Januar 1987 anzeigen.

Weiterer Tagesordnungspunkt: Erörterung der Frage der Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO) ohne Anberaumung einer weiteren Gläubigerversammlung. 6300 Gießen, 9. 12. 1986 **Amtsgericht**

6519

42 N 112/86 — **Beschluß**: Über das Vermögen der **Firma Wirth GmbH, Steuerberatungsgesellschaft**, vertreten durch den Geschäftsführer **Günter Weiß, Friedrich-List-Straße 15, 6300 Gießen**, ist am 10. Dezember 1986, 17.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Bernd Völpel, Marktlaubenstraße 9, 6300 Gießen**.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Januar 1987 dem Gericht in zwei Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben Vollmacht mit einzureichen oder diese im Termin vorzulegen.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Gegenstände ist auf den

5. Februar 1987, 7.30 Uhr und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den

5. März 1987, 9.00 Uhr, Amtsgericht Gießen, Zimmer 205, bestimmt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 12. Januar 1987 anzeigen.

Weiterer Tagesordnungspunkt im Termin am 5. Februar 1987: Erörterung der Frage der Einstellung des Verfahrens mangels Masse ohne Anberaumung einer weiteren Gläubigerversammlung.

6300 Gießen, 15. 12. 1986 **Amtsgericht**

6520

65 N 153/83: Das am 15. August 1983 über das Vermögen der **Firma Erbarth Tief- und Straßenbau GmbH, Karlsbader Straße 20, 3503 Lohfelden 1**, vertreten durch die Geschäftsführer **Herbert Rudolf Erbarth und Helmut August Hermann Erbarth, HRB 3241 AG Kassel**, eröffnete Konkursverfahren wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt (§ 204 KO). 3500 Kassel, 1. 12. 1986 **Amtsgericht, Abt. 65**

6521

9 N 76/86: In der Konkursache der **Firma M. Gehring — Schlüsselfertiges Bauen GmbH, Hauptstraße 109, 6232 Bad Soden-Neuenhain**, vertreten durch den Geschäftsführer **Michael Gehring, wohnhaft Ahornstraße 4, 6232 Bad Soden a. Ts. 2. Handelsregister B 2507, Amtsgericht Königstein im Taunus**, ist über den Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens der Schuldnerin noch nicht entschieden.

Zur Sicherung der Masse wird angeordnet: Der Schuldnerin wird allgemein verboten, Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

Zugleich wird gemäß § 106 KO die Sequestration angeordnet und Rechtsanwalt Bernhard Hembach, Große Bockenheimer Straße 23, 6000 Frankfurt am Main, zum Sequester bestellt.

6240 Königstein im Taunus, 9. 12. 1986

Amtsgericht

6522

7 N 35/84: Über den Nachlaß des **Herbert Wendt**, zuletzt wohnhaft in **Egelsbach**, ist am 8. Dezember 1986, 14.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsbeistand **Klaus Köhle**, Adelongstraße 13, 6100 Darmstadt.

Konkursforderungen sind bis 28. Februar 1987, zweifach schriftlich, Zinsen berechnet bis zur Eröffnung, bei Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 13. Februar 1987, 9.30 Uhr.

Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 27. März 1987, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Straße 27, Saal 20.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 30. Januar 1987 anzeigen.

6070 Langen, 10. 12. 1986

Amtsgericht

6523

7 K 43/85: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Touristico Reisen GmbH** in **Bad Camberg**, **Max-Planck-Straße 7**, vertreten durch die Geschäftsführerin **Ilona Heinen**, ebenda, ist-Termin zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse und Festsetzung der Vergütung und Auslagen der Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Abnahme der Schlußrechnung bestimmt auf

Freitag, den 6. Februar 1987, 14.00 Uhr, Zimmer 103 des Amtsgerichts Limburg a. d. Lahn, Schiede 14.

6250 Limburg a. d. Lahn, 9. 12. 1986

Amtsgericht

6524

N 34/85: Konkursverfahren über das Vermögen des **Bauunternehmers Dieter Klaus Wittmoser**, **Heidelberger Straße 73**, 6101 **Reichelsheim**.

Besonderer Prüfungstermin wird bestimmt auf Montag, den 16. März 1987, 13.30 Uhr, Zimmer 307, III. Stock, vor dem Amtsgericht Michelstadt, Erbacher Straße 47.

6120 Michelstadt, 5. 12. 1986

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der

Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

6525

K 77/85: Das im Grundbuch von **Homburg/Ohm**, Bezirk **Alsfeld**, Band 76, Blatt 2764, eingetragene Grundstück,

Gemarkung **Homburg**, Flur 1, Nr. 198/1, Gebäude- und Freifläche, Marktstraße 9, Größe 1,82 Ar,

soll am Freitag, dem 6. März 1987, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude **Amthof 12**, **Alsfeld**, 1. Stock, Raum 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 11. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans Dieter Beck, Marktstraße 9, **Homburg/Ohm**,

Jürgen Beck, daselbst, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 140 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6320 **Alsfeld**, 13. 11. 1986

Amtsgericht

6526

K 13/85: Das im Grundbuch von **Arnshain**, Bezirk **Alsfeld**, Band 13, Blatt 615, eingetragene Grundstück,

Gemarkung **Arnshain**, Flur 1, Nr. 77/1, Hof- und Gebäudefläche, **Kasseler Straße 15**, Größe 3,56 Ar,

soll am Freitag, dem 10. April 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude **Amthof 12**, **Alsfeld**, 1. Stock, Raum 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 3. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Landwirt Helmut Grein in **Arnshain** und dessen Ehefrau **Theresia Grein** geborene **Torbeck**, daselbst, — in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 150 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6320 **Alsfeld**, 18. 11. 1986

Amtsgericht

6527

K 10/85: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von **Anraff**, Band 11, Blatt 295, Lieg. B. 216, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung **Anraff**, Flur 1, Flurstück 9, Hof- und Gebäudefläche, **Ackerland**, **Königsberger Straße 6**, Größe 17,98 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung **Anraff**, Flur 1, Flurstück 10, Hof- und Gebäudefläche, **Königsberger Straße 6**, Größe 5,48 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung **Anraff**, Flur 1, Flurstück 11, Hof- und Gebäudefläche, **Königsberger Straße 6**, Größe 0,28 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung **Anraff**, Flur 2, Flurstück 181/59, **Ackerland (Obstbau)**, **Gar-**

tenland, Auf dem **Krautgarten**, Größe 17,46 Ar,

soll am Freitag, dem 20. Februar 1987, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude **Laustraße 8**, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 7. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Studienreferendarin **Angela Odenhardt**, 3501 **Naumburg 2**,

b) Dipl.-Pädagogin **Ulrike Blum**, 3501 **Naumburg 2**, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück Nr. 1 (Flur 1, Flurstück 9) auf 54 000,— DM,

Grundstück Nr. 2 (Flur 1, Flurstück 10) auf 231 000,— DM,

Grundstück Nr. 3 (Flur 1, Flurstück 11) auf 800,— DM,

Grundstück Nr. 4 (Flur 2, Flurstück 181/59) auf 49 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3590 **Bad Wildungen**, 11. 12. 1986

Amtsgericht

6528

K 27/86: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von **Gellershausen**, Band 17, Blatt 508, Lieg. B. 288, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 4, Gemarkung **Gellershausen**, Flur 16, Flurstück 29/42, Freifläche, **Rübenhardtstraße**, Größe 6,86 Ar,

Flur 16, Flurstück 29/43, Freifläche, **Rübenhardtstraße**, Größe 6,66 Ar,

soll am Freitag, dem 6. März 1987, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude **Laustraße 8**, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 7. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Fernsehetechniker Olaf Skroch, 4000 **Düsseldorf 30**.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

27 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3590 **Bad Wildungen**, 11. 12. 1986

Amtsgericht

6529

4 K 14/86: a) Der im Grundbuch von **Wolfgruben**, Band 15, Blatt 463, eingetragene Grundbesitz in der Gemarkung **Wolfgruben**,

lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurstück 87, Hof- und Gebäudefläche, **Hüttenstraße 2**, Größe 10,80 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 4, Flurstück 88, **Gartenland**, **Die Wilhelmshütte**, Größe 3,10 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 4, Flurstück 89, **Gartenland**, **Die Wilhelmshütte**, Größe 8,60 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 4, Flurstück 182/1, **Wasserfläche**, **Die Wilhelmshütte**, Größe 3,82 Ar,

b) eingetragen im Grundbuch von **Dautphe**, Band 39, Blatt 1333, in der Gemarkung **Dautphe**,

lfd. Nr. 1, Gemarkung **Dautphe**, Flur 3, Flurstück 114, **Ackerland**, **Wilhelmshütte**, Größe 5,19 Ar,

soll am Dienstag, dem 24. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3560 **Biedenkopf**, Nebengebäude **Hainstraße 70**, Raum Nr. 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. 4. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wickel, Maria, geb. Bartl, geb. am 10. 10. 1946, wohnhaft in Dautphetal-Wolfgruben, Hüttenstraße 2.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt für

- a) lfd. Nr. 1 auf 181 539,— DM,
lfd. Nr. 2 auf 3 100,— DM,
lfd. Nr. 3 auf 8 600,— DM,
lfd. Nr. 4 auf 3 820,— DM,
b) lfd. Nr. 1 auf 11 950,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 25. 11. 1986 Amtsgericht

6530

4 K 4/85: Der im Grundbuch von Dautphe, Band 30, Blatt 1056, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Dautphe, Flur 2, Flurstück 258, Gebäude- und Freifläche, Freiherr-vom-Stein-Straße 6, jetzt 24, Größe 7,09 Ar,

soll am Dienstag, dem 3. Februar 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3560 Biedenkopf, Nebengebäude Hainstraße 70, Raum Nr. 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 2. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Stoll, Karl-Heinz, Bautechniker, geb. am 24. 5. 1947, Dautphe, Freiherr-vom-Stein-Straße 6, 3563 Dautphetal,

b) dessen Ehefrau Stoll, Lydia, geb. Arnold, geb. am 19. 1. 1949, daselbst, — je zur Hälfte.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt für

- lfd. Nr. 2 auf 219 815,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 3. 12. 1986 Amtsgericht

6531

4 K 11/86: Der im Grundbuch von Obereisenhausen, Band 17, Blatt 605, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Obereisenhausen, Flur 8, Flurstück 44/32, Hof- und Gebäudefläche, Am Blosenberg 12, Größe 8,09 Ar,

soll am Dienstag, dem 31. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3560 Biedenkopf, Nebengebäude Hainstraße 70, Raum Nr. 1, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. 4. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Müller, Doris, Näherin, geb. am 26. 3. 1953, Obereisenhausen, Am Blosenberg 12, 3564 Steffenberg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt für

- lfd. Nr. 5 auf 325 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 9. 12. 1986 Amtsgericht

6532

K28/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bissenberg, Band 33, Blatt 588,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 106, Grünland, Silberberg, Größe 6,22 Ar,

soll am Mittwoch, dem 11. März 1987, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, 1. Stock, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Gerichtsstraße 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. 9. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Manfred Thomas, geboren am 27. 4. 1945, Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

1 122,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 8. 12. 1986

Amtsgericht Wetzlar, Zweigstelle Braunfels

6533

K26/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Albshausen, Band 41, Blatt 958,

lfd. Nr. 3, Flur 2, Flurstück 176, Freifläche, jetzt Gebäude- und Freifläche, Flutgrabenstraße 19, Größe 7,77 Ar,

soll am Mittwoch, dem 4. März 1987, 9.00 Uhr, Sitzungssaal, 1. Stock, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Gerichtsstraße 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. 8. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Renate Hagner geb. Dannewitz, Solms-Albshausen.

Der Wert des Grundbesitzes wird gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

336 882,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 9. 12. 1986

Amtsgericht Wetzlar, Zweigstelle Braunfels

6534

3 K 12/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Kefenrod, Band 22, Blatt 1128,

Flur 3, Nr. 152, Gebäude- und Freifläche, Roseneck 27, Größe 5,78 Ar,

soll am Montag, dem 23. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 4. 1985 (zu a), 18. 11. 1986 (zu b) (Tage der Versteigerungsvermerke):

a) Jürgen Müller, 6471 Kefenrod,
b) Wera Müller geb. Podstatny, dessen Ehefrau, daselbst, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 3, Nr. 152 auf 402 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 5. 12. 1986 Amtsgericht

6535

3 K 9/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Höchst a. d. N., Band 31, Blatt 1083,

Flur 1, Nr. 268/21, Hof- und Gebäudefläche, Mittelstraße 80, Größe 5,91 Ar,

soll am Montag, dem 16. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 4. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Werner Aledter, Altenstadt-Höchst (seit 18. 9. 1985: Silvia Kirchmann geb. Aledter, Altenstadt-Höchst),
b) Elfriede Aledter geb. Becker, Altenstadt-Höchst, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 1, Nr. 268/21 auf 231 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 5. 12. 1986 Amtsgericht

6536

3 K 57/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Usenborn, Band 21, Blatt 988, ein Drittel Miteigentumsanteil an:

Flur 2, Nr. 198, Unland, über dem Waldstrauch, Größe 152,98 Ar,

soll am Montag, dem 16. Februar 1987, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 12. 1985 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Reinhold Mohr, Am Borngarten 7, 6474 Ortenberg-Bergheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

ein Drittel an Flur 2, Nr. 198 auf

5 100,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 5. 12. 1986 Amtsgericht

6537

5 K 13/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Butzbach, Band 118, Blatt 4260,

lfd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnisses, Gemarkung Butzbach, Flur 8, Flurstück 466/2, Gebäude- und Freifläche, Richard-Wagner-Straße 7, Größe 3,65 Ar,

soll am Mittwoch, dem 11. März 1987, 10.00 Uhr, Raum 1, Erdgeschoß, Färbgasse 24, 6308 Butzbach 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 7. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Müller, Emmeline, geb. Spiller, jetzt Schillerstraße 25, 6204 Taunusstein 1, — zur Hälfte —

b) Luenser, Helmut, Von-Weber-Straße 2, 3420 Herzberg am Harz,

c) Luenser, Hedda, Hauptstraße 44, 3420 Herzberg am Harz,

d) Liebenau, Bernd-Jürgen, jetzt im Amstetal 38, 1000 Berlin 28,

e) Luenser, Günter, zur Osterheide 2, 2125 Garlstorf am Walde,

zu b) bis e) — zusammen in Erbengemeinschaft zur Hälfte —

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

160 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6308 Butzbach, 9. 12. 1986 Amtsgericht

6538

61 K 188/85: Der im Grundbuch von Nieder-Ramstadt, Band 54, Blatt 2538, eingetragene 2/48 Miteigentumsanteil von Frau Ferdinande Knist an den Grundstücken,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1208/1, Hof- und Gebäudefläche, Eberstädter Straße, Größe 1,21 Ar,

Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1208/2, Hof- und Gebäudefläche, Eberstädter Straße, Größe 0,18 Ar,

Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1208/3, Hof- und Gebäudefläche, Eberstädter Straße, Größe 0,18 Ar,

Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1208/4, Hof- und Gebäudefläche, Eberstädter Straße, Größe 0,18 Ar,

Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1208/5, Hof- und Gebäudefläche, Eberstädter Straße, Größe 0,18 Ar,

Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1208/6, Hof- und Gebäudefläche, Eberstädter Straße, Größe 0,18 Ar,

Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1208/7, Hof- und Gebäudefläche, Eberstädter Straße, Größe 0,20 Ar,
Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1208/8, Hof- und Gebäudefläche, Eberstädter Straße, Größe 0,20 Ar,

Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1208/9, Hof- und Gebäudefläche, Eberstädter Straße, Größe 0,18 Ar,

Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1208/10, Hof- und Gebäudefläche, Eberstädter Straße, Größe 0,18 Ar,

Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1208/11, Hof- und Gebäudefläche, Eberstädter Straße, Größe 0,18 Ar,

Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1208/12, Hof- und Gebäudefläche, Eberstädter Straße, Größe 0,18 Ar,

Gemarkung Nieder-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 1208/13, Hof- und Gebäudefläche, Eberstädter Straße, Größe 0,18 Ar,

soll am Donnerstag, dem 12. Februar 1987, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. 1. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ferdinande Knist geb. Poppenburg in Nieder-Ramstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 2. 12. 1986 **Amtsgericht**

6539

3 K 63/85: Der im Grundbuch von Münster, Band 147, Blatt 5282, eingetragene Grundbesitz: 63,231/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Münster,

Flur 14, Flurstück 151/1, Hof- und Gebäudefläche, Goethestraße 120, 122, Größe 11,30 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 12 des Aufteilungsplans,

soll am Dienstag, dem 10. Februar 1987, 13.30 Uhr, Zimmer 110, 1. Stock, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 8. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hans-Josef Wenner, 6301 Linden 1.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 115 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 23. 10. 1986 **Amtsgericht**

6540

3 K 28/86: Der im Grundbuch von Reinheim, Band 100, Blatt 3947, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1, Reinheim, Flur 1, Flurstück 69, Gartenland, im Ort, Größe 2,29 Ar,

lfd. Nr. 2, Reinheim, Flur 1, Flurstück 70, Hof- und Gebäudefläche, Kirchstraße 10, Größe 7,63 Ar,

soll am Montag, dem 9. Februar 1987, 13.30 Uhr, Zimmer 110, 1. Stock, im Gerichtsgebäude Dieburg, Bei der Erlesmühle 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 4. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Karl Schumacher,

b) Inge Schumacher geb. Neumann, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 15 000,— DM für Flurstück 69 und 350 000,— DM für Flurstück 70.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin mindestens 1/10 ihres Bargebots als Sicherheit zu hinterlegen.

Nähere Auskünfte erhalten Interessenten unter Tel. 0 60 71/20 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 1. 12. 1986 **Amtsgericht**

6541

2 K 12/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Frankenu, Band 57, Blatt 2035,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Frankenu, Flur 26, Flurstück 248, Hof- und Gebäudefläche, Eichenwaldstraße 1, Größe 8,39 Ar,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Frankenu, Flur 26, Flurstück 249, Hof- und Gebäudefläche, Eichenwaldstraße 1, Größe 8,53 Ar,

soll am Mittwoch, dem 18. März 1987, 10.00 Uhr, Raum 24, I. Stock, im Gerichtsgebäude Geismarer Straße 22, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. 3. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kraftfahrer und Landwirt Heinrich Wikert in 3559 Frankenu.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück Nr. 13 auf 552 000,— DM,
Grundstück Nr. 14 auf 43 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 14. 11. 1986

Amtsgericht

6542

2 K 66/84: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Biebighausen, Band 4, Blatt 114,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Biebighausen, Flur 1, Flurstück 46, Hof- und Gebäudefläche, Grünland (Obstbau), Hesselbach, Haus Nr. 4, Größe 30,20 Ar,

soll am Mittwoch, dem 8. April 1987, 10.00 Uhr, Raum 24, I. Stock, im Gerichtsgebäude Geismarer Straße 22, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 1. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Rentner Franz Schreiber in Hatzfeld, — zur Hälfte —,

b) Marita Seyfarth geb. Scharm in Bechtolsheim,

c) Reinhard Scharm in Hatzfeld, — zu b) und c) zur Hälfte in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

75 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 17. 11. 1986

Amtsgericht

6543

2 K 45/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Allendorf/H., Band 9, Blatt 220,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Allendorf/H., Flur 7, Flurstück 24/2, Hof- und Gebäudefläche, Im Wäldchen 4, Größe 7,58 Ar,

soll am Mittwoch, dem 1. April 1987, 10.00 Uhr, Raum 20, I. Stock, im Gerichtsgebäude Geismarer Straße 22, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 7. 1985 bzw. am 10. 10. 1985 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

Günter Solle,

Ida Solle geb. Honermann, beide wohnhaft in 4700 Hamm-Heesen, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

340 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 17. 11. 1986

Amtsgericht

6544

2 K 26/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Holzhausen (Eder), Band 26, Blatt 778,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Holzhausen, Flur 20, Flurstück 24, Ackerland, Hinter der Horst, Größe 56,10 Ar,

soll am Mittwoch, dem 25. März 1987, 14.30 Uhr, Raum 24, I. Stock, im Gerichtsgebäude Geismarer Straße 22, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 8. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Schlossermeister Hans-Dieter Krumm in Hatzfeld-Holzhausen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

5 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 17. 11. 1986

Amtsgericht

6545

84 K 163/86: Das im Grundbuch, Bezirk 32 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 231, Blatt 7513, eingetragene Teileigentum,

lfd. Nr. 1: 6,15/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Frankfurt am Main 1, Flur 557,

Flurstück 283/16, Hof- und Gebäudefläche, Mailänder Straße,

Flurstück 283/14, Hof- und Gebäudefläche, Darmstädter Landstraße,

Flurstück 283/17, Hof- und Gebäudefläche, Mailänder Straße 3—23,

Flurstück 283/5, Hof- und Gebäudefläche, Mailänder Straße 23,

Flurstück 283/2, Hof- und Gebäudefläche, Mailänder Straße 21, Größe insgesamt 233,35 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem Kfz-Einstellplatz Nr. 834 laut Aufteilungsplan und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blatt 6680—7512, 7514—7831) sowie in der Veräußerung mit bestimmten Ausnahmen,

soll am Montag, dem 11. Mai 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 8. 1986 (Versteigerungsvermerk):

Volker Claus Jochen Gross, Mailänder Straße 15, Frankfurt am Main.

Der Wert des Teileigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

20 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 27. 11. 1986

Amtsgericht, Abt. 84

6546

84 K 184/84: Das im Wohnungsgrundbuch von Okriftel, Band 66, Blatt 1864, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1: 17/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Okriftel, Flur 3, Flurstück 14/5, Straße, Sindlinger Straße, Größe 5,26 Ar,

Flur 3, Flurstück 14/6, Hof- und Gebäudefläche, Sindlinger Straße (52), Größe 62,48 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit 21 606 bezeichneten Wohnung; das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (Wohnungsgrundbuch von Okriftel Blatt 1561 bis 2003); soll am Freitag, dem 3. April 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 7. 1984 (Versteigerungsvermerk):

Kaufmann Karl Müller in Kirchheim/Teck. Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

75 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 4. 12. 1986

Amtsgericht, Abt. 84

6547

84 K 83/86: Das im Grundbuch, Bezirk Kriftel des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. Höchst, Band 107, Blatt 3087, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kriftel, Flur 4, Flurstück 54, Ackerland, Glockengewann, Größe 18,91 Ar,

soll am Montag, dem 18. Mai 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 7. 1986 (Versteigerungsvermerk):

- 1) Edgar Peter Harsche in Gießen,
- 2) Werner Jakob Harsche in Kriftel,
- 3) Günter Josef Harsche in Frankfurt am Main,

— zu 1 bis 3 in Erbengemeinschaft —
Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

28 365,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 4. 12. 1986

Amtsgericht, Abt. 84

6548

84 K 100/86: Das im Grundbuch, Bezirk 38 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 146, Blatt 4955, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1: 95,78/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung 38, Flur 44, Flurstück 46/2, Hof- und Gebäudefläche, Schafneckstraße 12—14, Größe 25,80 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 4 des Aufteilungsplans und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blatt 4952—5020) sowie teilweise in der Veräußerung,

soll am Mittwoch, dem 20. Mai 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. 7. 1986 (Versteigerungsvermerk):

Frau Heidrun Schäfer geb. Schwering, Minnholzweg 3 a, 6242 Kronberg/Taunus.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

64 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 4. 12. 1986

Amtsgericht, Abt. 84

6549

84 K 201/86: Das im Grundbuch, Bezirk 22 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 52, Blatt 1729, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 1, Flur 334, Flurstück 28/1, Gebäude- und Freifläche, Größe 14,76 Ar,

Landwirtschaftsfläche, Friedberger Landstraße 324, Größe 24,57 Ar,

soll am Mittwoch, dem 27. Mai 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 9. 1986 (Versteigerungsvermerk):

- 1) Frau Margarete Hermine Zeh geb. Münzert, Böttgerstraße 12, 6000 Frankfurt am Main 60,
- 2) Frau Anna Elisabeth Henrietta Ottilie Münzert geb. Ladowsky, Dortelweiler Straße 51, 6000 Frankfurt am Main 60,
- 3) Frau Brita Schnitzler geb. Münzert, Friedberger Landstraße 324, 6000 Frankfurt am Main 60,
- 4) Frau Ute Münzert, Tevesstraße 85, 6000 Frankfurt am Main 1, — in Erbengemeinschaft —

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a ZVG festgesetzt auf 408 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 5. 12. 1986

Amtsgericht, Abt. 84

6550

84 K 277/85: Das im Grundbuch, Bezirk 43 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 77, Blatt 2576, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 43, Flur 2, Flurstück 96/1, Gebäude- und Freifläche, Oranienstraße 25, Größe 3,92 Ar,

soll am Freitag, dem 24. April 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 1. 1986 (Versteigerungsvermerk):

Herr Arno Bietz und Frau Barbara Bietz geb. Geisler, Frankfurt am Main, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 285 000,— DM (142 500,— DM für jede ideelle Hälfte).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 8. 12. 1986

Amtsgericht, Abt. 84

6551

K 47/82: Das im Grundbuch von Reichelsheim, Band 31, Blatt 1437, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Reichelsheim, Flur 1, Flurstück 12, Hof- und Gebäudefläche, Forststädter Straße 14, Größe 5,01 Ar,

soll am Freitag, dem 13. Februar 1987, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Homburger Straße 18, 6360 Friedberg (Hessen), Raum 32, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 7. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Antonius Matsoukas, Frankfurt am Main. Am 4. 1. 1983 wurde als Eigentümerin Frau Ingrid Matsoukas geb. Tenta, Forststädter Straße 14, 6361 Reichelsheim, eingetragen.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

543 015,— DM.

Der Zuschlag kann in diesem Termin nicht nach den §§ 74 a, 85 a ZVG versagt werden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 2. 12. 1986

Amtsgericht

6552

5 K 31/85: Die im Grundbuch von Edzell, Band 21, Blatt 647, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Edzell, Flur 3, Flurstück 24/1, Ackerland, Die Schafswiese, Größe 184,93 Ar, Wert 44 383,— DM,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Edzell, Flur 3, Flurstück 18/3, Lieg.-B.-Nr. 399, Grünland, Die Schafswiese, Größe 176,32 Ar,

Wert 39 672,— DM,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Edzell, Flur 3, Flurstück 64, Freifläche, Friedrich-Ebert-Straße, Größe 11,32 Ar, Wert 73 580,— DM,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Edzell, Flur 3, Flurstück 65, Freifläche, Friedrich-Ebert-Straße, Größe 7,74 Ar, Wert 50 310,— DM,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Edzell, Flur 3, Flurstück 67, Freifläche, Friedrich-Ebert-Straße, Größe 8,80 Ar, Wert 61 600,— DM,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Edzell, Flur 3, Flurstück 68, Freifläche, Friedrich-Ebert-Straße, Größe 8,79 Ar, Wert 61 530,— DM,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Edzell, Flur 3, Flurstück 70, Grünland, Die Schafswiese, Größe 16,60 Ar, Wert 3 320,— DM,

sollen am Donnerstag, dem 19. Februar 1987, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 2. 1983 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Kaufmann Ferdinand Neidhardt in Fulda,
- b) Architekt Albrecht Mack in Künzell-Bachrain, — je zur Hälfte —

Der Verkehrswert der Grundstücke ist, wie bei den lfd. Nrn. angegeben, festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6400 Fulda, 4. 12. 1986

Amtsgericht

6553

5 K 133/81: Das im Grundbuch von Wendershausen, Band 19, Blatt 588, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Wendershausen, Flur 5, Flurstück 101, Ackerland, Krautgärten, Größe 4,04 Ar,

soll am Donnerstag, dem 26. Februar 1987, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königstraße Nr. 38, Zimmer Nr. 210, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 9. 1982 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Günther geb. Günther, Grete, Ehefrau, 6413 Tann-Wendershausen,
- b) Gensler geb. Klotzmann, Annemarie, Ehefrau, 6418 Hünfeld,

c) Erb geb. Klotzmann, Gabriele, Ehefrau, 6415 Petersberg-Böckels,
 d) Baier geb. Klotzmann, Elvira, Ehefrau, 6411 Dipperz-Armenhof,
 e) Klotzmann, Reinhold, Metzger, 6413 Tann/Rhön-Wendershausen,
 f) Henkel geb. Klotzmann, Kornelia, Ehefrau, 6411 Künzell-Dietershausen,
 g) Klotzmann, Adolf, Arbeiter, 6413 Tann/Rhön-Wendershausen,
 h) Klotzmann, Andreas, Arbeiter, 6413 Tann/Rhön-Wendershausen,
 — in Erbengemeinschaft —.
 Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 1200,— DM festgesetzt.
 Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6400 Fulda, 11. 12. 1986 **Amtsgericht**

6554

K 39, 92/86: Die im Grundbuch von Pfaffenhausen, Band 13, Blatt 445, eingetragenen Grundstücke,
 Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 5, Gemarkung Pfaffenhausen, Flur 2, Flurstück 69, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Altfeldstraße 10, Größe 7,93 Ar,
 Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 6, Gemarkung Pfaffenhausen, Flur 2, Flurstück 70, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Altfeldstraße 10, Größe 8,04 Ar,
 sollen am Freitag, dem 27. Februar 1987, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Raum 11, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 4. 1986 und 22. 9. 1986 (Tag der Versteigerungsvermerke):

Günter Walter und Linda Walter geb. Becker, 6485 Joßgrund-Pfaffenhausen, — je zur Hälfte —.
 Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für
 Flur 2, Flurstück 69 auf 475 000,— DM,
 Flur 2, Flurstück 70 auf 25 200,— DM.
 Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 21. 11. 1986 **Amtsgericht**

6555

42 K 171/82 und 201/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Kesselstadt, Band 113, Blatt 3976: 657/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,
 BV Nr. 1, Gemarkung Kesselstadt, Flur 15, Flurstück 192/3, Hof- und Gebäudefläche, Dresdner Straße 1 a, Größe 27,64 Ar,
 verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. D 73 bezeichneten Wohnung im 3. Obergeschoß, 2. rechts und Abstellraum D 73 im Keller; Veräußerungsbeschränkungen mit Ausnahmen u. a. im Wege der Zwangsvollstreckung;
 soll am Dienstag, dem 12. Mai 1987, 9.00 Uhr, Raum 161, 1. Stock, Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 11. 1982 bzw. 15. 11. 1985 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

a) Huriser Kaftanci geb. Cal,
 b) Mehmet Ogüz Kaftanci, — je zur Hälfte.
 Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf
 77 500,— DM.
 Die Zuschlagsversagungsgründe gem. § 74 a und 85 a ZVG sind weggefallen.
 Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 9. 12. 1986 **Amtsgericht, Abt. 42**

6556

42 K 135/85: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bischofsheim, Band 113, Blatt 3804: 1207/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,
 lfd. Nr. 2/zu 1, Gemarkung Bischofsheim, Flur 14, Flurstück 327/3, Hof- und Gebäudefläche, Goethestraße 65, Größe 54,00 Ar,
 verbunden mit dem Sondereigentum an der im Erdgeschoß gelegenen Wohnung, im Aufteilungsplan mit Nr. 1005 bezeichnet, soll am Dienstag, dem 31. März 1987, 9.00 Uhr, Raum 161, 1. Stock, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den übrigen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Band 112 bis 116, Blatt 3800 bis 3912) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Veräußerungsbeschränkungen mit Ausnahme u. a. im Wege der Zwangsvollstreckung. Im übrigen wird wegen des Gegenstandes und des Inhalts des Sondereigentums auf die Eintragungsbewilligung vom 31. 7. 1973 Bezug genommen.

Eingetragene Eigentümer am 30. 7. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Lutz Peter Fischer,
 b) Nina Katina Fischer, — je zur Hälfte —.
 Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 215 730,— DM.
 Die Zuschlagsversagungsgründe gem. § 74 a und 85 a ZVG gelten nicht mehr.
 Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 11. 12. 1986 **Amtsgericht, Abt. 42**

6557

42 K 50/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Hanau, Band 303, Blatt 10 760,

BV Nr. 1: 310/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Hanau, Flur 1, Flurstück 46/7, Gebäude- und Freifläche, Friedrich-Engels-Straße 5, Größe 29,65 Ar,
 verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 5. Obergeschoß, im Aufteilungsplan mit Nr. 21 bezeichnet;

Nutzungsrechte am Keller und Pkw-Stellplatz sind geregelt; im übrigen nach dem Inhalt des Grundbuchs,

soll am Dienstag, dem 17. März 1987, 14.00 Uhr, Raum 161, 1. Stock, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 4. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Schäfer, Gerhard, Pforzheim.
 Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 106 000,— DM.
 Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 11. 12. 1986 **Amtsgericht, Abt. 42**

6558

3 K 2/86: Die im Grundbuch von Uckersdorf, Band 30, Blatt 1053, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 7, Flur 10, Flurstück 2313, Ackerland, An der Schürsseite, 1. Gewinn, Größe 13,14 Ar,
 lfd. Nr. 15, Flur 11, Flurstück 11/2974, Grünland und Wiese, Auf der Sauerwies, Größe 10,99 Ar,
 lfd. Nr. 20, Flur 6, Flurstück 1136, Ackerland, Vor den Birken, 4. Gewinn, Größe 6,67 Ar,

lfd. Nr. 38, Flur 3, Flurstück 2220, Ackerland, Unterm Probach, Größe 3,36 Ar,
 lfd. Nr. 41, Flur 6, Flurstück 2758, Ackerland, Am Tabakgarten, 1. Gewinn, Größe 6,81 Ar,
 lfd. Nr. 48, Flur 3, Flurstück 1988, Ackerland, Hinterste Mühlengrüb, Untere Gewinn, Größe 1,20 Ar,
 lfd. Nr. 49, Flur 3, Flurstück 1987, Ackerland, Hinterste Mühlengrüb, Untere Gewinn, Größe 1,84 Ar,
 lfd. Nr. 50, Flur 3, Flurstück 1986, Ackerland, Hinterste Mühlengrüb, Untere Gewinn, Größe 2,47 Ar,
 sollen am Freitag, dem 15. Mai 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Herborn, Westwaldstraße 16, I. Obergeschoß, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 17. 4. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):
 Pfeifer, Sonja Andrea (jetzt verh. Jozwicz), Marktstraße 6, 6349 Driedorf.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück lfd. Nr. 7 auf	1 051,20 DM,
Grundstück lfd. Nr. 15 auf	1 373,75 DM,
Grundstück lfd. Nr. 20 auf	667,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 38 auf	420,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 41 auf	1 021,50 DM,
Grundstück lfd. Nr. 48 auf	120,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 49 auf	184,— DM,
Grundstück lfd. Nr. 50 auf	247,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6348 Herborn, 10. 12. 1986 **Amtsgericht**

6559

2 K 60/82: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Grebenstein, Band 73, Blatt 2242,

Gemarkung Grebenstein, Flur 19, Flurstück 63/2, Hof- und Gebäudefläche, Hochzeitsberg 7, Größe 6,17 Ar,
 soll am Donnerstag, dem 12. März 1987, 10.00 Uhr, Saal 24, im Gerichtsgebäude Friedrich-Pfaff-Straße 8, 3520 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 10. 1982 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Bachus-Grundstücksverwertungs- und Verwaltungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

278 000,— DM.
 Im Versteigerungstermin am 4. Dezember 1986 wurde der Zuschlag aus den Gründen des § 85 a Abs. 1 ZVG versagt.
 Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3520 Hofgeismar, 4. 12. 1986 **Amtsgericht**

6560

64 K 68/85: Das im Grundbuch von Oberkaufungen, Band 104, Blatt 3608, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Oberkaufungen, Flur 6, Flurstück 86/14, Hof- und Gebäudefläche, Niester Straße 15 A, Größe 4,06 Ar,
 soll am Dienstag, dem 14. April 1987, 10.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 4. 1985 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Thomas Kramer, Niester Straße 15 A, 3504 Kaufungen 1.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG:

164 860,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 4. 12. 1986

Amtsgericht

6561

64 K 150/86: Die im Grundbuch von Niedervellmar, Band 65, Blatt 1858, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Niedervellmar, Flur 5, Flurstück 144, Landwirtschaftsfläche, Pflanzbeete, Größe 0,25 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Niedervellmar, Flur 12, Flurstück 68/1, Gebäude- und Freifläche, Dammweg 5, Größe 5,91 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 4. März 1987, 10.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 7. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Sauerwald, Theodor, geb. 4. 11. 1943,
b) Schröder geb. Brede, Monika, geb. 14. 6. 1948, beide Vellmar, — je zur Hälfte —

Verkehrswerte gemäß § 74 a ZVG:

Flurstück 144: 250,— DM,

Flurstück 68/1: 138 181,05 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 26. 11. 1986

Amtsgericht

6562

64 K 273/85, 64 K 275 — 283/85, 64 K 285/85: Die im Grundbuch von Niedervellmar, Band 85, Blatt 2458—2468, Band 86, Blatt 2482, 2485—2490, eingetragenen Wohnungs-/Teileigentumsrechte, jeweils Bestandsverzeichnis, lfd. Nr. 1:

I. Miteigentumsanteil von 172/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2458, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Haus F, Nr. 37 des Aufteilungsplans,

II. Miteigentumsanteil von 75/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2459, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Haus F, Nr. 38 des Aufteilungsplans,

III. Miteigentumsanteil von 172/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2460, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Haus F, Nr. 39 des Aufteilungsplans,

IV. Miteigentumsanteil von 75/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2462, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Haus F, Nr. 41 des Aufteilungsplans,

V. Miteigentumsanteil von 28/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2489, verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage Block K, Nr. 68 des Aufteilungsplans,

VI. Miteigentumsanteil von 172/10 000,

eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2463, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Haus F, Nr. 42 des Aufteilungsplans,

VII. Miteigentumsanteil von 28/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2488, verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage, Block K, Nr. 67 des Aufteilungsplans,

VIII. Miteigentumsanteil von 172/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2464, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Haus F, Nr. 43 des Aufteilungsplans,

IX. Miteigentumsanteil von 28/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2487, verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage Block K, Nr. 66 des Aufteilungsplans,

X. Miteigentumsanteil von 152/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2467, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Haus G, Nr. 46 des Aufteilungsplans,

XI. Miteigentumsanteil von 75/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2465, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Haus F, Nr. 44 des Aufteilungsplans,

XII. Miteigentumsanteil von 28/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2486, verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage Block K, Nr. 65 des Aufteilungsplans,

XIII. Miteigentumsanteil von 172/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2466, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Haus F, Nr. 45 des Aufteilungsplans,

XIV. Miteigentumsanteil von 28/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2485, verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage Block K, Nr. 64 des Aufteilungsplans,

XV. Miteigentumsanteil von 152/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2468, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Haus G, Nr. 47 des Aufteilungsplans,

XVI. Miteigentumsanteil von 29/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2482, verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage, Block K, Nr. 61 des Aufteilungsplans,

XVII. Miteigentumsanteil von 172/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2461, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Haus F, Nr. 40 des Aufteilungsplans,

XVIII. Miteigentumsanteil von 28/10 000, eingetragen im Grundbuch von Niedervellmar, Blatt 2490, verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage, Block K, Nr. 69 des Aufteilungsplans,

zu I — XVIII: an dem Grundstück Gemarkung Niedervellmar, Flur 2, Flurstück 658/2, Hof- und Gebäudefläche, Main-Straße, Größe 96,62 Ar,

Flur 2, Flurstück 682/3, Straße, Brüder-Grimm-Straße, Größe 3,35 Ar,

Flur 2, Flurstück 704/1, Straße, Brüder-Grimm-Straße, Größe 0,09 Ar,

Flur 2, Flurstück 655/4, Straße, Obervellmarsche Straße, Größe 1,38 Ar;

jeder Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

Veräußerungsbeschränkung: (Zustimmung durch Verwalter); Ausnahme: Veräußerung an Ehegatten, Verwandte in gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in Seitenlinie, Veräußerung im Wege der Zwangsvollstreckung durch eingetragenen Grundpfandrechtsgläubiger oder durch Konkursverwalter; Verwalterzustimmung kann durch Eigentümerversammlung mit Zwei-Drittel-Mehrheit ersetzt werden; wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 28. März 1974; sollen an folgenden Terminen durch Zwangsvollstreckung versteigert werden:

Zu IV — V: Montag, 6. April 1987, 9.00 Uhr,

zu I — III: Montag, 6. April 1987, 11.00 Uhr,

zu VI, VII: Montag, 6. April 1987, 14.00 Uhr,

zu VIII bis X: Dienstag, 7. April 1987, 8.00 Uhr,

zu XI bis XIV: Dienstag, 7. April 1987, 10.00 Uhr,

zu XV bis XVIII: Dienstag, 7. April 1987, 14.00 Uhr.

Terminsort: Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 2, Kassel (Außenstelle des Amtsgerichts), Sitzungssaal, Seitenflügel im Erdgeschoß.

Eingetragene Eigentümer am 1. 10. bzw. 4. 10. 1985 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

a) Schubert, Brunhilde geborene Heinrich, Kassel, — zur Hälfte —,

b) Schubert, Brunhilde geborene Heinrich, Kassel,

c) Kordes, Petra geborene Schubert, Kassel,

d) Schubert, Alexander, Kassel, — zur Hälfte in Erbengemeinschaft —

Verkehrswerte gem. § 74 a ZVG:

zu V, VII, IX, XII, XIV, XVI und XVIII: jeweils 12 000,— DM,

zu II: 49 000,— DM,

zu IV und XI: jeweils 53 000,— DM,

zu VI, VIII, XIII und XVII: jeweils 112 000,— DM,

zu X und XV: jeweils 91 500,— DM,

zu I und III: jeweils 104 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 20. 11. 1986

Amtsgericht

6563

64 K 405/85: Das im Grundbuch von Nordshausen, Band 59, Blatt 1633, eingetragene Grundstück.

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nordshausen, Flur 1, Flurstück 25/1, Hof- und Gebäudefläche, Nordshäuser Straße 34, Größe 13,04 Ar.

soll am Donnerstag, dem 19. März 1987, 8.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal.

Reklamationen

bei Ausbleiben des Staatsanzeigers bitte sofort an den Verlag richten. Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.

durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14. 1. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Gerke, Anna, Martha Elschen, geb. Schneider, Kassel.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG:

440 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 3. 12. 1986

Amtsgericht

6564

64 K 292/84: Das im Grundbuch von Oberkaufungen, Band 118, Blatt 4015, eingetragene Grundstück.

lfd. Nr. 4, Gemarkung Oberkaufungen, Flur 24, Flurstück 111/112, Hof- und Gebäudefläche, Mörikestraße 15, Größe 6,44 Ar.

soll am Donnerstag, dem 26. März 1987, 8.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. 8. 1984 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Gross, Karl, geb. 18. 8. 1937,

b) Gross, Karin, geb. Holze, geb. 9. 7.

1938, beide Kaufungen. — je zur Hälfte —,

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG:

302 160,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 4. 12. 1986

Amtsgericht

6565

K 32/86: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Obersuhl, Band 112, Blatt 2984, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Obersuhl, Flur 24, Flurstück 185/1, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 113, Größe 3,08 Ar.

lfd. Nr. 2, Gemarkung Obersuhl, Flur 24, Flurstück 410/254, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße, Größe 0,56 Ar.

soll am Freitag, dem 20. Februar 1987, 9.00 Uhr, Sitzungssaal I, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Weidenberggasse 1, 6442 Rotenburg a. d. Fulda, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 7. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Klempner und Installateur Rudolf Goth, geboren am 20. 6. 1944, wohnhaft: Eisener Straße 113 in 6444 Wildeck-Obersuhl.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnisses auf 27 890,— DM,

lfd. Nr. 2 des Bestandsverzeichnisses auf

1 120,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 27. 11. 1986

Amtsgericht

6566

5 K 35/86: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Usingen, Band 84, Blätter 2777—2780 und 2784—2786,

Usingen, Band 84, Blatt 2777,

lfd. Nr. 1: 43/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Usingen, Flur 44, Flurstück 215/1, Bauplatz auf den Weingärten, Größe 10,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 1, Erdgeschoß links, bestehend aus Wohnraum, Küche, Diele, Bad, Keller Nr. 1,

Usingen, Band 84, Blatt 2778,

lfd. Nr. 1: 107/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Usingen, Flur 44, Flurstück 215/1, Bauplatz auf den Weingärten, Größe 10,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 2, Erdgeschoß links, bestehend aus Wohnraum, Zimmer, Küche, Diele, Bad, Balkon, 1 Pkw-Abstellplatz, Keller Nr. 2,

Neuerscheinung

WIEGAND Kommentar zum Bundesperziehungsgeldgesetz

Herausgegeben und bearbeitet von Bernd Wiegand, Präsident des Hessischen Landessozialgerichts,
Loseblattwerk, z. Z. ca. 540 Seiten, Format DIN A5, 124,— DM
ISBN 3-87124-029-X

Das in wenigen Monaten entstandene Gesetz wirft für alle, die sich mit dieser völlig neuen Materie befassen müssen, eine Vielzahl von Fragen und Problemen auf, so zum Beispiel:

- **WER hat Anspruch auf Erziehungsgeld?**
- **IST Erziehungsgeld einkommensabhängig?**
- **WIE steht es mit dem Kündigungsschutz?**
- **WELCHE Behörden sind für die Durchführung des Gesetzes zuständig?**
- **WELCHES Verfahrensrecht wird von den zuständigen Behörden angewandt?**
- **NACH welchen Richtlinien arbeiten die zuständigen Behörden?**

Der Kommentar enthält die notwendigen Gesetzestexte und Verwaltungsvorschriften sowie alle landesrechtlichen Regelungen und Vereinbarungen. Die Benutzung von Sekundärliteratur erübrigt sich daher.

Durch praxisgerechte Zusammenstellung einzelner Themen, übersichtliche Gliederung und gezielte Erläuterungen wird ein Höchstmaß an Information erreicht. Der Benutzer wird dadurch in die Lage versetzt, Entscheidungen zu treffen, die einer kritischen Nachprüfung standhalten.

Die Konzeption des Werkes als Loseblattausgabe wird auch künftig stets die Wiedergabe des aktuellen Stands von Gesetzgebung und Rechtsprechung gewährleisten!

Verlag Chmielorz GmbH · Wilhelmstraße 42 · 6200 Wiesbaden

Usingen, Band 84, Blatt 2779,

lfd. Nr. 1: 138/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Usingen, Flur 44, Flurstück 215/1, Bauplatz auf den Weingärten, Größe 10,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 3, Erdgeschoß mitte, bestehend aus Wohnraum, Schlafräum, Zimmer, Küche, Diele, Flur, Bad, Loggia, 1 Pkw-Abstellplatz, Keller Nr. 3,

Usingen, Band 84, Blatt 2780,

lfd. Nr. 1: 101/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Usingen, Flur 44, Flurstück 215/1, Bauplatz auf den Weingärten, Größe 10,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 4, Erdgeschoß rechts, bestehend aus Wohnraum, Schlafräum, Küche, Diele, Bad, Balkon, 1 Pkw-Abstellplatz, Keller Nr. 4,

Usingen, Band 84, Blatt 2784,

lfd. Nr. 1: 101/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Usingen, Flur 44, Flurstück 215/1, Bauplatz auf den Weingärten, Größe 10,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 8, Obergeschoß rechts, bestehend aus Wohnraum, Schlafräum, Küche, Diele, Bad, Balkon, 1 Pkw-Abstellplatz, Keller Nr. 8,

Usingen, Band 84, Blatt 2785,

lfd. Nr. 1: 123/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Usingen, Flur 44, Flurstück 215/1, Bauplatz auf den Weingärten, Größe 10,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Kellergeschoßräumen, die im Aufteilungsplan mit 1 bezeichnet sind,

Usingen, Band 84, Blatt 2786,

lfd. Nr. 1: 99/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Usingen, Flur 44, Flurstück 215/1, Bauplatz auf den Weingärten, Größe 10,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Kellergeschoßräumen, die im Aufteilungsplan mit 2 bezeichnet sind;

die Veräußerung bedarf jeweils der Zustimmung des Verwalters;

das jeweilige Miteigentum ist jeweils durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (insgesamt eingetragen in den Blättern 2777-2786) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

soll am Dienstag, dem 10. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. 7. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks) jeweils:

Firma Jost & Partner KG — Finanzberatung, Erstellung und Verwaltung gewerblicher Immobilien — in Gießen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundbesitz Usingen, Blatt 2777 auf

54 000,— DM,

Grundbesitz Usingen, Blatt 2778 auf

138 000,— DM,

Grundbesitz Usingen, Blatt 2779 auf

168 000,— DM,

Grundbesitz Usingen, Blatt 2780 auf

135 000,— DM,

Grundbesitz Usingen, Blatt 2784 auf

135 000,— DM,

Grundbesitz Usingen, Blatt 2785 auf

38 000,— DM,

Grundbesitz Usingen, Blatt 2786 auf

31 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 22. 11. 1986 **Amtsgericht**

6567

5 K 39/86: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Wohnungsgrundbuch von Usingen, Band 108, Blatt 3493,

lfd. Nr. 1: 130.824/1 000 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Usingen, Flur 44, Flurstück 233/1, Gebäude- und Freifläche, Beethovenstraße, Größe 12,77 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und Kellerräumen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 8;

das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in den Grundbüchern von Usingen, Blätter 3486 bis 3492) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

Nutzungsregelung ist getroffen bezüglich Garten sowie Pkw-Abstellplätze;

die Veräußerung bedarf — mit Ausnahmen — der Zustimmung des Verwalters;

soll am Dienstag, dem 17. März 1987, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 7. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans Knopp in Usingen.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

185 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 27. 11. 1986 **Amtsgericht**

6568

5 K 38/86: Das im Grundbuch von Anspach, Band 133, Blatt 4439, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Anspach, Flur 45, Flurstück 419, Gebäude- und Freifläche, Schumannstraße 1, Größe 1,64 Ar,

soll am Dienstag, dem 17. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 7. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Wolfgang Knispel und Margarete Knispel geb. Emmenegger, beide in Frankfurt am Main, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

298 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 25. 11. 1986 **Amtsgericht**

6569

5 K 1/86: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Treisberg, Band 6, Blatt 150: 5/100 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Treisberg, Flur 2, Flurstück 3/3, Hof- und Gebäudefläche, Leiweg 22, Größe 5,86 Ar,

Gemarkung Treisberg, Flur 2, Flurstück 3/4, Bauplatz, Waldstraße, Größe 3,31 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichneten Garage,

soll am Dienstag, dem 17. März 1987, 7.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 1. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Horst Gutberlet z. Z. unbekanntem Aufenthalts.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

11 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 9. 12. 1986 **Amtsgericht**

6570

3 K 1/80: Die im Grundbuch von Wetzlar, Band 286, Blatt 9652, eingetragene Grundstückshälfte,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wetzlar, Flur 12, Flurstück 145/93, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Straße 22, Größe 11,93 Ar,

soll am Mittwoch, dem 4. März 1987, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Wetzlar, Wertherstraße 1, Zimmer 306, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 24. I. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Sibylle-Claudia Berlinicke, Wetzlar, — zur Hälfte —

Der Wert der Grundstückshälfte ist gemäß § 74 a ZVG durch Beschluß vom 23. November 1983 auf 165 310,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 17. 11. 1986 **Amtsgericht**

6571

61 K 102/86: Das im Grundbuch von Naurod, Band 68, Blatt 1645, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Naurod, Flur 4, Flurstück 55/1, Ackerland, Stiehlhecke, Größe 19,66 Ar,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Naurod, Flur 4, Flurstück 55/2, Ackerland, Stiehlhecke, Größe 15,54 Ar,

soll am Freitag, dem 20. Februar 1987, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Moritzstraße 5, Zimmer 412, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 10. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Emil Wilhelm Schreiner.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 11 auf 11 796,— DM,

lfd. Nr. 12 auf 9 324,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 10. 12. 1986 **Amtsgericht**

6572

61 K 35/86: Das im Grundbuch von Biebrich, Band 260, Blatt 5856, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Biebrich, Flur 52, Flurstück 154/12, Hof- und Gebäudefläche, Adolf-Todt-Straße 21, Größe 11,17 Ar,

soll am Donnerstag, dem 26. Februar 1987, um 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Nebengebäude Moritzstraße 5, Zimmer 412, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. 3. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Leis Produktions- und Beteiligungs KG.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

338 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 5. 12. 1986 **Amtsgericht**

Öffentliche Ausschreibung

1. Vergabestelle:

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Straßenbauamt
Große Friedberger Straße 7—11
6000 Frankfurt am Main 1

2. Verfahrensart:

Öffentliche Ausschreibung von Brückenbauarbeiten nach VOB/A

3. Ausführungsort:

Frankfurt am Main-Heddernheim
Heddernheimer Landstraße

4. Art und Umfang der Leistungen:

Neubau einer Fuß- und Radwegunterführung

Wesentliche Leistungen:

722 m³ Erdaushub
1 740 m³ Bauwerkshinterfüllung
548 m³ Stahlbeton
51 t Stahl
195 m² gestaltete Wandfliesen
186 m² Fliesen für die Lauffläche

5. Ausführungsfrist:

Baubeginn: 4. Mai 1987

Bauende: April 1988

6. Anforderungen der Ausschreibungsunterlagen:

Firmen, die sich an dieser Ausschreibung beteiligen wollen, haben dies spätestens bis 9. Januar 1987 (Bewerbungsfrist) der Vergabestelle mitzuteilen.

Ausschreibungsunterlagen werden gegen Entrichtung der Selbstkosten in Höhe von 50,— DM als Abholpreis bzw. 70,— DM als Versandpreis abgegeben. Die Entschädigung ist auf das Postgirokonto Ffm. Nr. 2-609 (BLZ 500 100 60) der Stadtkasse Frankfurt am Main unter Angabe der Haushaltsstelle 1 6020 1302 und der Baumaßnahme — Nordweststraße-Nord, Bw K 10, Verd.Nr. 1 B/87 — einzuzahlen.

Gegen Vorlage des Einzahlungsabschnittes werden die Ausschreibungsunterlagen ab 19. Januar 1987 von 8.30 bis 11.30 Uhr beim

Straßenbauamt
Zimmer 403 (IV. OG)
Große Friedberger Straße 7—11
6000 Frankfurt am Main 1

ausgehändigt.

7. Eröffnungstermin:

6. Februar 1987, 11.00 Uhr,
beim Straßenbauamt

Zimmer 214 (II. OG)

Große Friedberger Straße 7—11
6000 Frankfurt am Main 1

8. Zuschlags- und Bindefrist:

27. März 1987

Stellenangebote – richtig formuliert!

Wenn eine Stelle neu zu besetzen ist, bitte bei der Textgebung folgendes beachten:

Das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz (§ 611b BGB) vom 21. August 1980 besagt, daß ein Arbeitsplatz nicht nur für Männer oder nur für Frauen ausgeschrieben werden soll, es sei denn, für die Ausübung der Tätigkeit ist ein bestimmtes Geschlecht unverzichtbare Voraussetzung.

Staatsanzeiger für das Land Hessen

Öffentlicher Anzeiger

Anzeigenabteilung

Postvertriebsstück

Verlag Kultur und Wissen GmbH

Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1.

Gebühr bezahlt

1 Y 6432 A

Stellenausschreibung

MAIN-KINZIG-KREIS

(rd. 360 000 EW, bevölkerungsreichster Landkreis Hessens)

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Ärztin/Arzt

als stellvertretende/n Leiterin/Leiter des Gesundheitsamtes.

Die Tätigkeit umfaßt alle ärztlichen Aufgaben im öffentlichen Gesundheitsdienst. Gleichzeitig obliegt dem Stelleninhaber die Leitung der Nebenstelle des Gesundheitsamtes in der Hauptverwaltungsstelle Schlüchtern.

Dienstszitz ist deshalb die Stadt Schlüchtern.

Bewerberinnen/Bewerber sollen über die amtsärztliche Qualifikation (Amtsarztlehrgang oder Arzt für öffentliches Gesundheitswesen) verfügen.

Je nach Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen ist, unter Beachtung des Laufbahnrechts, die Einstellung im Beamtenverhältnis nach Besoldungsgruppe A 15 BBesO vorgesehen. Solange die beamtenrechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder ein Beamtenverhältnis nicht angestrebt wird, ist die Beschäftigung im Angestelltenverhältnis nach Vergütungsgruppe I a BAT möglich.

Der Main-Kinzig-Kreis gewährt alle sozialen Leistungen des öffentlichen Dienstes.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, Zeugniskopien über Ausbildung und bisherige Tätigkeit richten Sie bitte innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige an den

Kreisausschuß des Main-Kinzig-Kreises

Abteilung Personal

Eugen-Kaiser-Straße 9, 6450 Hanau

Telefon (0 61 81) 2 92-2 88

Für telefonische Auskünfte steht außerdem Herr Medizinaldirektor Lieser unter Rufnummer (0 61 81) 2 92-4 64 zur Verfügung.

Mit unseren Spezialmaschinen übernehmen wir das

sandfreie Herausnehmen

von NATURSTEIN-PFLASTER sowie das

Aussortieren

von auf Haufen gelagertem Alt-Pflaster.

Auch kaufen wir alles ALT-PFLASTER aus NATURSTEIN.

TUSA-NATURSTEINE, Postf. 924, 7290 Freudenberg, Tel. (0 74 41) 28 02

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind an den Verlag zu richten. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (einschließlich Porto und 7 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandkosten und 7 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postgirokonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Ministerialrat Dietrich Gantz, Telefon 0 61 21 / 35 31; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Dietrich Poetter. Verlag: Kultur und Wissen GmbH, Postfach 22 29, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71.

Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen): Telefon 0 61 22 / 60 71, App. 88, Fernschreiber 4 186 648. Redaktionsschluß für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985. Der Umfang der Ausgabe Nr. 52 vom 29. Dezember 1986 beträgt 48 Seiten.